

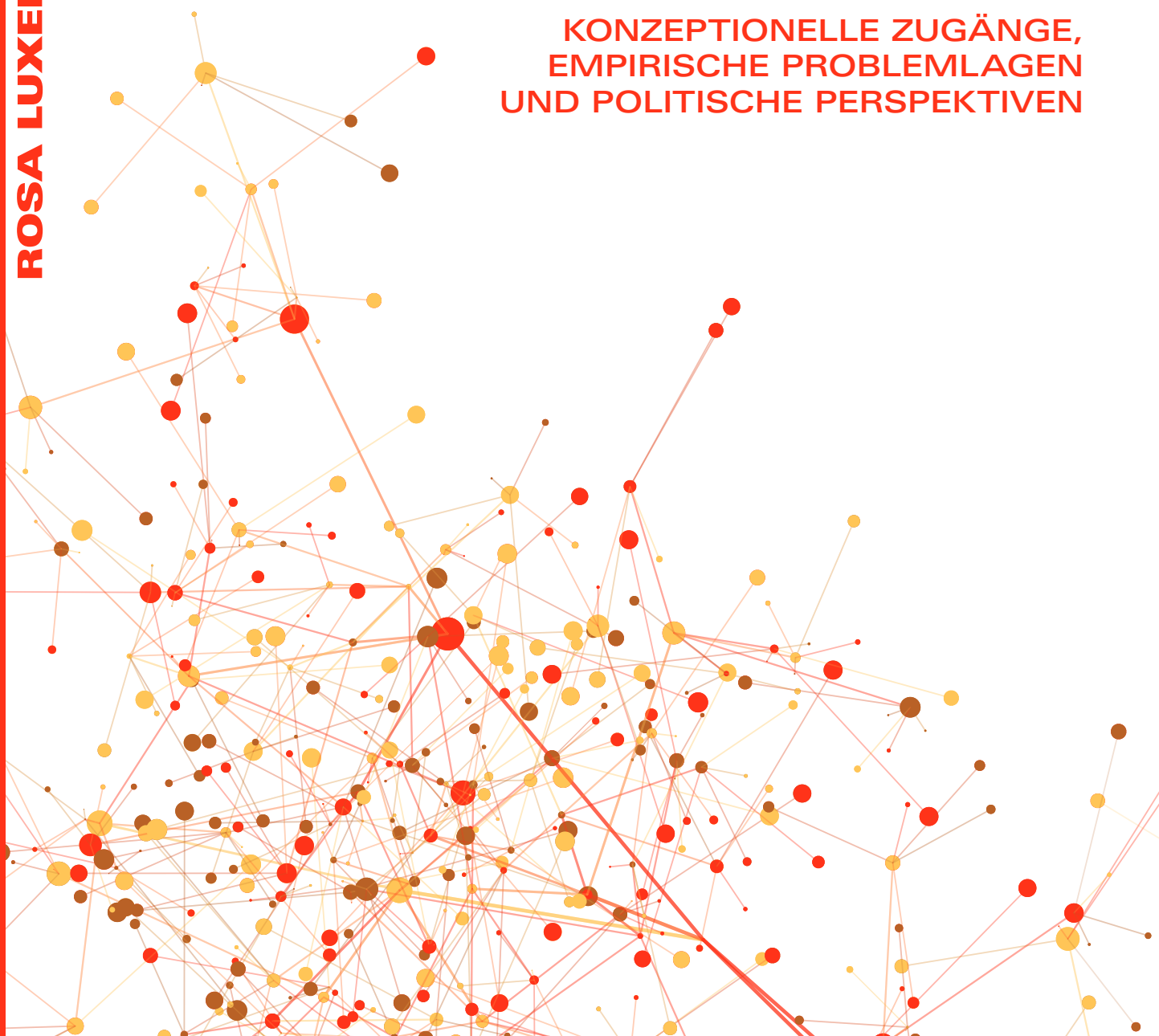
STUDIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

LISA MASCHKE, MICHAEL MIESSNER
UND MATTHIAS NAUMANN

KRITISCHE LANDFORSCHUNG

KONZEPTIONELLE ZUGÄNGE,
EMPIRISCHE PROBLEMLAGEN
UND POLITISCHE PERSPEKTIVEN



LISA MASCHKE, MICHAEL MIESSNER
UND MATTHIAS NAUMANN

KRITISCHE LANDFORSCHUNG

KONZEPTIONELLE ZUGÄNGE,
EMPIRISCHE PROBLEMLAGEN
UND POLITISCHE PERSPEKTIVEN

LISA MASCHKE studierte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main Humangeographie mit Schwerpunkt Wirtschaftsgeographie. In ihrer Masterarbeit beschäftigte sie sich mit den Potenzialen ländlicher Räume für eine sozialökologische Transformation.

MICHAEL MIESSNER ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie der Technischen Universität Dresden. Er forscht zu Fragen ländlicher und regionaler Entwicklung, der Raumordnungspolitik sowie den Entwicklungen von Immobilienmärkten und Segregationsprozessen abseits der Großstädte.

MATTHIAS NAUMANN vertritt die Professur «Didaktik der Geographie» an der Technischen Universität Dresden. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Stadt- und Regionalentwicklung, Transformationen soziotechnischer Systeme und Mensch-Umwelt-Verhältnisse sowie kritische Geographie.

IMPRESSUM

STUDIEN 1/2020

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Gabriele Nintemann

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Dezember 2019

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALT

Zusammenfassung	5
Vorwort.	6
1 Einleitung	7
2 Konzepte: Ansätze einer kritischen Landforschung	10
2.1 Politische Ökonomie – zur ungleichen Entwicklung ländlicher Räume	10
2.2 Politische Ökologie ländlicher Räume	12
2.3 Diskurse um ländliche Räume	15
3 Transformationen: Themen einer kritischen Landforschung	19
3.1 Ländliche Ökonomien	19
3.1.1 Strukturwandel der Landwirtschaft	19
3.1.2 Ländlicher Strukturwandel	22
3.1.3 Kommodifizierung ländlicher Räume durch Tourismus	24
3.1.4 Schlussfolgerungen	25
3.2 Sozialer Wandel in ländlichen Räumen.	25
3.2.1 Ländliche Armut und soziale Ausgrenzungen	26
3.2.2 «Weiße Orte»? Rassismus in ländlichen Räumen	27
3.2.3 Patriarchale Orte? Gender und Sexualität in ländlichen Räumen	29
3.2.4 Migration und Mobilität	31
3.2.5 Wohnraum in ländlichen Räumen	32
3.2.6 Schlussfolgerungen	34
3.3 Mensch-Umwelt-Beziehungen in ländlichen Kontexten	34
3.3.1 Natur in ländlichen Räumen – Gefährdung und Schutz	34
3.3.2 Klimawandel und ländliche Räume	37
3.3.3 Schlussfolgerungen	39
3.4 Machtverhältnisse in ländlichen Räumen.	39
3.4.1 Ebenen, Akteure und Netzwerke ländlicher Politik	39
3.4.2 Paradigmen ländlicher Entwicklung	41
3.4.3 Autoritärer Populismus in ländlichen Räumen	42
3.4.4 Schlussfolgerungen	45
4 Perspektiven: Alternative Entwicklungsstrategien für ländliche Räume	46
4.1 Selbstorganisation in ländlichen Räumen	46
4.2 Gemeinschaftsgüter und ländliche Räume	47
4.3 Libertärer und neuer Munizipalismus	49
4.4 Vom «Recht auf Stadt» zum «Recht auf Dorf».	51
5 Fazit: Von der kritischen Landforschung zu einer alternativen Landpolitik	53
Literatur	54

ZUSAMMENFASSUNG

Weltweit bestimmen Städte gesellschaftliche Entwicklungen und politische Debatten. Die vielfältigen Transformationen städtischer Räume und die Möglichkeiten emanzipatorischer Politik sind Gegenstand einer umfangreichen kritischen Stadtforschung, die sich über verschiedene wissenschaftliche Disziplinen hinweg in den letzten Jahrzehnten entwickelte. Demgegenüber geraten ländliche Räume zunehmend aus dem Fokus politischer wie auch wissenschaftlicher Aufmerksamkeit. Ungeachtet des enormen Bedeutungsgewinns von Großstädten lebt ein Großteil der Bevölkerung Deutschlands weiterhin in Klein- und mittelgroßen Städten sowie in ländlichen Räumen. Diese Regionen sind nicht minder als Städte von den Auswirkungen der Globalisierung, vom Klimawandel, von Veränderungen der Arbeitswelt, demographischen Prozessen und politischen Verschiebungen durch die Dominanz neoliberaler Programme betroffen. Häufig sind hier gesellschaftliche Umbrüche viel unmittelbarer erfahrbar und führen zu einer oft sehr kleinräumigen Ausdifferenzierung ländlicher Entwicklungen. Damit ist es eine wichtige Aufgabe kritischer Wissenschaft, Konzepte beizusteuern, mit denen die Transformationen ländlicher Räume besser verstanden werden können, sowie Perspektiven für eine emanzipatorische Politik auf dem Land zu benennen. Der Bedarf hierfür wird an den Erfolgen von rechten Bewegungen und Parteien sowie an der schwindenden Verankerung linker Politik in ruralen Kontexten deutlich.

An diesen Herausforderungen setzt die vorliegende Studie an und stellt Ansätze aus der anglo-amerikanischen Forschung, insbesondere der «Rural Geography», vor, die uns bei der Erklärung und Deutung von Transformationen ländlicher Räume in der Bundesrepublik helfen können und Orientierungspunkte dafür liefern, wie eine emanzipatorische Politik für diese aussehen müsste. Hierfür wertet die Studie die vorliegende Fachliteratur hinsichtlich theoretischer Überlegungen, empirischer Problemfelder und politischer Konzepte für ländliche Räume aus. Zu den konzeptionellen Zugängen einer kritischen Landforschung gehören die Politische Ökonomie, die sich mit ungleicher Entwicklung als Ursache der strukturellen Benachteiligung ländlicher Räume befasst, die Politische Ökologie als ein Ansatz, der ländliche Natur immer als Resultat gesellschaftlicher Prozesse begreift, und die vielfältigen Diskurse, die unsere Vorstellungen von «Ländlichkeit» prägen. Zu den empirischen Gegenständen einer kritischen Landforschung zählt die Entwicklung ländlicher Ökonomien, die von einem Strukturwandel der Landwirtschaft,

der zunehmenden Inwertsetzung von Ressourcen und Landschaften und dem damit einhergehenden Umbruch ländlicher Arbeitsmärkte geprägt ist. Darüber hinaus ist der soziale Wandel, der Fragen von Armut und Ausgrenzung, Rassismus, den Wandel von Geschlechterverhältnissen, neue Formen von Migration und die Wohnungsfrage umfasst, von großer Bedeutung. Zu den wichtigen empirischen Untersuchungsfeldern zählen darüber hinaus die sich verändernden Mensch-Umwelt-Verhältnisse, Ausbeutung und Schutz von Natur sowie die Auswirkungen des Klimawandels. Schließlich verlangen aus Sicht einer kritischen Landforschung die politischen Machtverhältnisse mitsamt der verschiedenen Ebenen, Akteure und Netzwerke sowie die Paradigmen ländlicher Entwicklung und der aufkommende autoritäre Populismus nach einer noch größeren wissenschaftlichen Aufmerksamkeit.

Als Fazit der Studie werden mögliche Perspektiven ländlicher Entwicklung und Gegenentwürfe zu der vorherrschenden Politik skizziert. Hierzu zählen Möglichkeiten der Selbstorganisation, der Ansatz der Gemeinschaftsgüter, die Entwicklung eines neuen Municipalismus in ländlichen Regionen und die Forderung nach einem «Recht auf das Dorf».

Ein wichtiger Ausgangspunkt der Studie ist der Befund, dass soziale städtische Bewegungen in der Bundesrepublik, wie zum Beispiel die zahlreichen Recht-auf-Stadt-Initiativen, stark von den Erkenntnissen einer kritischen Stadtforschung profitiert haben. Eine kritische Landforschung, die sich dem Wandel und den Perspektiven ländlicher Räume widmet, könnte – was unser Anliegen ist – ebenfalls dazu beitragen, Ansätze emanzipatorischer Politik in ländlichen Kontexten zu unterstützen.

Wir richten uns mit dieser Studie einerseits an Studierende und Wissenschaftler*innen, die wir motivieren möchten, sich stärker als bisher mit Fragen ländlicher Entwicklung aus einer kritischen Perspektive zu befassen. Andererseits hoffen wir, Aktivist*innen in ländlichen Räumen mit unseren theoretischen Ausführungen und empirischen Beispielen aus anderen Kontexten Anregungen für ihre Auseinandersetzungen und politischen Aktivitäten zu geben. Damit schließt die Studie an die akademische wie auch aktivistische Debatte um ein «Recht auf Stadt» an. Auch das «Recht auf das Dorf» ist immer wieder neu zu bestimmen, auf unterschiedliche Kontexte anzuwenden und durch das Zusammenspiel von kritischer Wissenschaft und politischer Praxis weiterzuentwickeln. Für diese Debatte möchte die Studie einen ersten Anstoß liefern.

VORWORT

Der städtische Raum steht im Zentrum zahlreicher politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen – von Wohnungsnot und Wohnungspolitik über Debatten um klimagerechte Mobilität, öffentlichen Nahverkehr und die Nutzung öffentlicher Räume bis hin zur Digitalisierung und zur «Smart City». Publikationen zu städtischen Problemlagen, Bewegungen und Kämpfen, zum «Recht auf Stadt», zum Widerstand gegen Gentrifizierung oder zum neuen Munizipalismus füllen ganze Bücherregale. Wenig wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit erfahren demgegenüber die Entwicklungen, Perspektiven und Konflikte in kleineren Städten und Dörfern. Während Henri Lefebvre schon in den 1970er Jahren das «Recht auf die Stadt» ausbuchstabierte, befinden sich die linken Debatten um ein «Recht aufs Dorf» noch ganz am Anfang: Wie kann eine Demokratisierung des Lebens in nicht-urbanen Räumen aussehen? Wie lassen sich Commons, das ländliche Gemeinwesen oder eine nachhaltige Ökonomie, Daseinsvorsorge und Mobilität in dieser Vision gestalten?

Die nun vorliegende Studie liefert zunächst einen orientierenden Überblick zu relevanten Entwicklungen und Fragestellungen der kritischen Landforschung, die für eine fundierte Auseinandersetzung mit Themen wie etwa dem Strukturwandel ländlicher Ökonomien und den damit verbundenen sozialen Veränderungen, den Mensch-Umwelt-Beziehungen oder der Frage der Machtverhältnisse im ländlichen Raum von Relevanz sind. Mit dieser zusammenfassenden Darstellung des internationalen Forschungs- und Debattenstands kann die Studie als wertvolle Handreichung für den Einstieg in eigene Forschungsarbeiten zu ländlichen Räumen dienen. Darüber hinaus bietet sie für Praktiker*innen, Politiker*innen und Aktivist*innen wichtige Ansatzpunkte und Literaturhinweise zum Verständnis der zentralen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, für die ländliche Kommunen und ihre Bewohner*innen heute dringend neuer Lösungen bedürfen.

Die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Herbst 2019 haben gezeigt, dass der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) zur zweitstärksten Partei in den jeweiligen Landesparlamenten seine Ursachen vor allem in den politischen Veränderungen in ländlichen Räumen hat. Auffällig hohe Stimmenanteile erhielt die AfD insbesondere in Gegenden, die stark unter Abwanderung leiden. In etlichen Kleinstädten und Gemeinden mit einer schrumpfenden Bevölkerung erzielte sie annähernd 50 Prozent der Wählerstimmen. Dieser Trend – und gegenläufig die Erfolge linker Parteien und progressiver Initiativen in großen Städten – verweist auf die Notwendigkeit aufseiten der Linken, noch einmal grundlegender über demokratische, soziale und kulturelle Entwicklungsperspektiven nachzudenken. Denn in den Metropolen und

Ballungsräumen leben weiterhin nur etwa 35 Prozent der Bevölkerung, der weit größere Teil der Menschen in Deutschland wohnt in Kleinstädten, Vororten und in ländlichen, dünn besiedelten Räumen.

Als Institution der politischen Bildung plädiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung für Diskussionen jenseits einfacher Zuschreibungen und holzschnittartiger Gegenüberstellungen wie der vom «abgehängten Dorf» versus «progressiver Stadt» oder vom «urbanen Kosmopolitismus» versus «national befreite Zonen» auf dem Land. Hier kann die vorliegende Studie hilfreich sein und Wissens- und Wahrnehmungsdefizite beseitigen, denn sie ermöglicht einen Blick über den Teller- und hinaus, vergleicht hiesige mit europäischen und internationalen Entwicklungen und arbeitet zahlreiche Forschungsdebatten auf. Wir hoffen daher, dass diese Publikation auf reges Interesse und vor allem auch auf Resonanz stoßen wird.

Zugleich plädieren wir mit der Veröffentlichung dafür, von der teils betriebenen «Exotisierung» ländlicher Räume – einerseits als romantisches Natur- und Erholungsgebiet für Städter*innen, andererseits als perspektivloses Hinterland oder gefährliche No-go-Area – abzusehen. Es gibt vieles, was in den aktuellen Feuilletondebatten zum ländlichen Raum untergeht. In etlichen Bildern und Zuschreibungen finden die Bewohner*innen ländlicher Räume sich, ihre Sichtweisen und Lebensrealitäten nicht wieder. Auch dies trägt zur politischen Entfremdung, zum Gefühl von Machtlosigkeit und Marginalisierung bei. Umso relevanter ist also die Themenstellung der Studie, denn sie kann dazu beitragen, unsere Diskussionen zu öffnen und den einseitigen Fokus auf das Urbane aufzuheben. Interessant ist hierbei ein zentraler Befund der Studie: Weltweit ist ein Anstieg lokaler Selbstorganisation und sozialer Bewegungen in ländlichen Räumen zu verzeichnen. Dabei geht es zum einem um ganz praktische Anliegen und Kämpfe, die häufig der Verbesserung der Alltagssituation dienen, zum anderen handelt es sich um explizit politisch motivierte Bewegungen, die für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel eintreten. Was Hoffnung macht: Viele davon, wie etwa die, die sich der Klimagerechtigkeit oder alternativen Wirtschaftsformen verschrieben haben, setzen auf Solidarität und Inklusion. Auch wird immer wieder rechten und reaktionären Mobilisierungen Widerstand entgegengesetzt und finden sich neue Bündnisse zusammen, die sich dafür starkmachen, dass Dörfer für ganz unterschiedliche Menschen zu lebenswerten Orten werden. Ansätze für gesellschaftliche und politische Veränderungen existieren also, wenig überraschend, auch in ländlichen Räumen. Wir sollten sie nicht übersehen.

Wenke Christoph und Steffen Kühne,
Dezember 2019

1 EINLEITUNG

Im Januar 2019 fand in der spanischen Hauptstadt Madrid eine Demonstration mit Zehntausenden Teilnehmenden statt, die sich gegen die anhaltende Landflucht in Spanien richtete und von der Zentralregierung Maßnahmen zur Unterstützung der Landbevölkerung forderte. Der Deutschlandfunk (2019) berichtete unter der Überschrift «Großdemo für ländliche Regionen» darüber und illustrierte damit zum einen, wie groß der Problemdruck ist, der auf ländlichen Räumen lastet. Zum anderen zeigten die Demonstration und die internationale Berichterstattung auch, dass die Abkoppelung ländlicher Räume nicht unwidersprochen bleibt und auch rural geprägte Regionen Ausgangspunkt sozialer Bewegungen sein können. An diesen beiden Punkten – den strukturellen Problemen ländlicher Räume und den politischen Auseinandersetzungen darum – setzt die vorliegende Studie an.

Während in vielen wissenschaftlichen Debatten und in den Medien ländliche Räume meist entweder als von Wüstung bedrohte «Resträume» oder als «Idylle» für großstadtmüde Mittelschichten dargestellt werden, sind sie zugleich nach wie vor unabdingbar für die Nahrungsmittelproduktion und werden auch zunehmend wichtiger für die Sicherung der Energieversorgung. Damit ist zugleich das Spannungsfeld angedeutet, innerhalb dessen sich ländliche Entwicklung bewegt. Wir sind davon überzeugt, dass der medial vielfach heraufbeschworene Niedergang ländlicher Räume eben nicht unausweichlich ist und dass es von großer Bedeutung ist, die Transformationsprozesse ländlicher Räume mit kritischer Forschung zu begleiten – auch um alternative Handlungsperspektiven für ländliche Räume zu ermöglichen.

Hierfür einen ersten Anstoß zu liefern und die bereits – insbesondere im angelsächsischen Raum – umfangreich vorliegenden kritischen Forschungsarbeiten über ländliche Räume vorzustellen, das sind die zentralen Anliegen der Studie. Im Folgenden legen wir kurz den Hintergrund der Studie dar, stellen deren Aufbau vor und geben Hinweise, was sie leistet und wo ihre Beschränkungen sind.

Zum Hintergrund der Studie

Ausgangspunkt dieser Studie ist die Feststellung, dass städtische Entwicklung und deren politische Steuerung in den vergangenen Jahren erhebliche öffentliche wie wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren haben, während Fragen ländlicher Entwicklung insbesondere aus kritischer Perspektive kaum behandelt wurden. So sind stadtpolitische Fragen seit den 2000er Jahren zu einem Schwerpunkt sozialer Bewegungen geworden. Hierfür stehen zahlreiche Initiativen für ein «Recht auf Stadt», die vielerorts wichtige Trägerinnen von mietenpolitischen Demonstrationen und Volksbegehren sind. Gentrifizierungsprozesse, das Verschwinden öffentlicher Räume oder die Privatisierung öffent-

licher Unternehmen und Einrichtungen bleiben nicht mehr unwidersprochen, sondern stoßen auf breite Proteste. Diese städtischen sozialen Bewegungen erfahren Unterstützung durch eine kritische Stadtforschung, die seit einiger Zeit auch in der deutschsprachigen Wissenschaft an Resonanz gewonnen hat. Beispielhaft hierfür stehen die Gründung der Zeitschrift *sub\urban*, die neue Buchreihe «Raumproduktionen» im Verlag Westfälisches Dampfboot oder auch das Erscheinen von Lehrbüchern der «Kritischen Stadtgeographie» (Belina et al. 2014; Oßenbrügge/Vogelpohl 2014). Im Zuge wachsender Aufmerksamkeit für Ansätze der kritischen Geographie im deutschsprachigen Raum entstanden auch einige Arbeiten, die sich der Überschrift kritische Regionalwissenschaft zuordnen lassen (Brand et al. 2013; Kroecker 2007; Krumbein et al. 2008; Mießner 2017). Die Forschung aus einer kritischen Perspektive zu ländlichen Regionen steht hingegen noch ganz am Anfang (siehe dazu Kaeß 2018; Mießner/Naumann 2019).

Wir wollen mit dieser Studie einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke innerhalb der deutschsprachigen kritischen Geographie zu schließen, und einen Anstoß geben, ländlichen Räumen wieder verstärkte Aufmerksamkeit in politischen Debatten zu widmen. In der englischsprachigen Humangeographie gibt es bereits zahlreiche Arbeiten, die sich mit der Konstruktion ländlicher Räume, mit den Widersprüchen ländlicher Entwicklungen sowie sozialen Bewegungen und emanzipatorischen Alternativen in ruralen Kontexten befassen. Zu dieser Literatur soll die Studie eine Verknüpfung herstellen und dazu ermuntern, aktuelle Transformationen ländlicher Räume in der Bundesrepublik aus der Perspektive einer kritischen Landforschung zu betrachten.

Der Begriff kritische Landforschung wirft zwei Fragen auf. Zum einen danach, was in Zeiten weltweiter Verstädterung, die eine Ausdehnung städtischer Räume und eine urbane Prägung der gesamten Gesellschaft zur Folge hat – von Neil Brenner und Christian Schmid (2012) mit dem Begriff «Planetary Urbanisation» beschrieben –, überhaupt noch mit ländlichen Räumen gemeint ist. Zum anderen stellt sich die Frage nach unserem Verständnis von kritischer Forschung, da sich Wissenschaft doch stets als kritisch versteht, indem bestehende Ansätze und Autor*innen immer wieder hinterfragt werden (Markard 2005). Bei der Bestimmung ländlicher Räume greifen wir nicht auf «klassische» Indikatoren wie eine geringe Bevölkerungs- und Bebauungsdichte, eine überdurchschnittliche Bedeutung der Landwirtschaft oder räumliche Distanz zu großen Städten zurück. Auch das Vorgehen, alles als ländlich zu bezeichnen, was nicht städtisch ist, begreifen wir als eine problematische Zuschreibung, die mit sehr heterogenen und teilweise widersprüchlichen Kriterien hantiert. Stattdessen bezieht sich die Studie

auf Räume, die in Literatur und Gesellschaft als ländlich bezeichnet bzw. als solche konstruiert werden. Ländliche Räume sind damit nicht per se als «ländliche» vorhanden, sondern werden durch die gesellschaftliche Praxis und gesellschaftliche Zuschreibungen zu ländlichen Räumen gemacht. Eine kritische Landforschung schließt aus unserer Sicht an Konzeptionen einer kritischen Stadtgeographie an, die sich nach Jonas et al. (2015) mehreren Zielen verpflichtet sieht: Erstens ist sie bestrebt, Bezüge zu allgemeinen gesellschaftlichen Prozessen herzustellen, zweitens gesellschaftlich relevant und engagiert zu sein und drittens die Perspektive bislang marginalisierter Bevölkerungsgruppen einzunehmen. Vor diesem Hintergrund versucht die Studie, theoretische Konzepte, empirische Gegenstände und Perspektiven einer kritischen Landforschung zu umreißen.

Aufbau der Studie

Die vorliegende Studie ist ein Literaturbericht. Es werden wesentliche Begriffe, Ansätze und Gegenstände der englischsprachigen Forschung zu ländlichen Räumen aufbereitet, strukturiert und zusammengefasst. Die Grundlage bildeten zum einen Einführungs- bzw. Überblicksbände wie das «Routledge International Handbook of Rural Studies» oder das «Handbook of Rural Studies», zum anderen Aufsätze aus für die Debatte um ländliche Räume maßgeblichen Zeitschriften wie *Antipode*, *Journal of Rural Studies*, *Sociologia Ruralis* oder *The Journal of Peasant Studies*. Ein wichtiger disziplinärer Fokus liegt dabei auf der Humangeo-

graphie, jedoch sind viele Forschungen stark interdisziplinär ausgerichtet, sodass auch Perspektiven aus der Anthropologie, der Soziologie, den Wirtschafts- und Politikwissenschaften in die Auswertung eingeflossen sind. Ein Großteil der ausgewerteten Arbeiten bezieht sich auf ländliche Räume im Globalen Norden, jedoch werden immer wieder auch Bezüge zum Globalen Süden hergestellt, da viele Transformationen ruraler Regionen mittlerweile Ausdruck und Bedingung globaler Prozesse sind.

Die Studie gliedert sich in drei Teile (vgl. Abbildung 1). Im ersten Teil «Konzepte» stellen wir ausgewählte theoretische Ansätze einer kritischen Landforschung vor. Hier möchten wir zeigen, wie die ungleiche Entwicklung ländlicher Räume in verschiedenen Kontexten konzeptionell erfasst werden kann. Der zweite Teil «Transformationen» beschreibt am Beispiel vorliegender empirischer Arbeiten die verschiedenen Herausforderungen, vor denen ländliche Räume stehen. In diesem Teil war es uns ein zentrales Anliegen, das Spektrum an Themen, die in der deutschsprachigen Debatte behandelt werden, zu erweitern. Die verschiedenen Themen kritischer Landforschung werden zum besseren Verständnis jeweils mit einer kurzen Beispielstudie illustriert. Die Kapitel in den beiden, eher einführenden Teilen «Konzepte» und «Transformationen» enden mit Schlussfolgerungen, die noch einmal die wesentlichen Begriffe und Themen zusammenfassen. Im dritten Teil «Perspektiven» befassen wir uns mit alternativen Visionen und Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume. Damit möchten wir eine Diskussion

Abbildung 1: Aufbau der Studie

Konzepte: Ansätze einer kritischen Landforschung			
Transformationen: Themen einer kritischen Landforschung			
Ländliche Ökonomien	Sozialer Wandel in ländlichen Räumen	Mensch-Umwelt-Beziehungen in ländlichen Kontexten	Machtverhältnisse in ländlichen Räumen
<ul style="list-style-type: none"> – Strukturwandel der Landwirtschaft – Ländlicher Strukturwandel – Kommodifizierung ländlicher Räume durch Tourismus 	<ul style="list-style-type: none"> – Ländliche Armut und soziale Ausgrenzung – «Weiße Orte»? – Rassismus in ländlichen Räumen – Patriarchale Orte? – Gender und Sexualität in ländlichen Räumen – Migration und Mobilität – Wohnraum in ländlichen Räumen 	<ul style="list-style-type: none"> – Natur in ländlichen Räumen – Gefährdung und Schutz – Klimawandel und ländliche Räume 	<ul style="list-style-type: none"> – Ebenen, Akteure und Netzwerke ländlicher Politik – Entwicklungsparadigmen ländlicher Entwicklung – Autoritärer Populismus
Perspektiven: Alternative Entwicklungsstrategien für ländliche Räume			

um Gegenentwürfe zur bisherigen Politik und Planung anregen. Weitergehende Fragen für eine kritische Wissenschaft und eine alternative Landpolitik, die aus unserer Arbeit an der Studie folgen, werden im Fazit benannt.

Mit der Aufgabenstellung einer einführenden Überblicksstudie sind einige Einschränkungen verbunden, auf die wir im Folgenden hinweisen möchten.

Zum Gebrauch der Studie

Die Studie liefert einen ersten deutschsprachigen Überblick über konzeptionelle Zugänge, Themen und Perspektiven einer kritischen Landforschung. Angesichts der breiten internationalen Debatten erfolgt die Darstellung in einer stark komprimierten Form. Außerdem haben wir eine thematische Auswahl getroffen und fokussieren auf Aspekte, die für ländliche Räume in Deutschland von besonderer Bedeutung sind. Es war unser Anliegen, einen ersten Überblick über wichtige internationale Debatten sowie Hinweise auf weiterführende Literatur und ausführlichere Untersuchun-

gen zu geben. Wir empfehlen daher, die Studie eher als eine Art Handreichung und Aufforderung zur weiteren Beschäftigung mit den aufgegriffenen Themen zu verstehen und weniger als eine abgeschlossene Ausarbeitung, die am Ende auf alle Fragen befriedigende Antworten hat.

Angesichts der sehr umfangreichen Literatur musste sich die Studie auf eine Auswahl an Ansätzen und Themen beschränken. Diese Auswahl orientiert sich an Schwerpunkten der Literatur, aber auch an unseren eigenen Vorarbeiten im Bereich Regional- und Infrastrukturentwicklung, Politische Ökonomie und Politische Ökologie sowie sozialräumliche Marginalisierungsprozesse.

Wir hoffen, für eine Debatte über eine alternative Politik zu ländlichen Regionen einige Anregungen zu liefern und sowohl das Potenzial wie auch die Grenzen einer kritischen Landforschung deutlich zu machen. Angesichts der Wahlerfolge rechter Parteien gerade in ländlichen Regionen erscheint diese Debatte notwendiger denn je.

2 KONZEPTE: ANSÄTZE EINER KRITISCHEN LANDFORSCHUNG

Die kritische Stadtforschung hält eine umfassende Literatur bereit, die ein theoretisches Verständnis von Stadt ermöglicht und verschiedene konzeptionelle Zugänge zur Entwicklung urbaner Räume bietet. Demgegenüber gibt es nur wenige Arbeiten, die sich explizit als «Theorien ländlicher Räume» fassen lassen. Für die Analyse der Transformationen ländlicher Regionen und die Formulierung einer alternativen Politik für ländliche Räume ist es jedoch erforderlich, in grundlegende konzeptionelle Ansätze der Entwicklung ländlicher Räume einzuführen. Es geht darum, allgemeine Muster ländlicher Entwicklung und deren Hintergründe zu verstehen, um lokal spezifische Bedingungen einordnen zu können.

Im Folgenden sollen einige Theorieansätze der kritischen Geographie dargestellt werden, die auf ländliche Räume bezogen werden können. Zunächst wird mit dem Ansatz der ungleichen Entwicklung ein wichtiges geographisches Konzept innerhalb der Politischen Ökonomie vorgestellt, das bisher jedoch nur selten für ländliche Entwicklungen nutzbar gemacht wurde (Kapitel 2.1). Daran anschließend führt Kapitel 2.2 mit den Ansätzen der Nahrungsregime und der Umweltgerechtigkeit in zwei wichtige Konzepte der Politischen Ökologie ein, die für das Verständnis ländlicher Entwicklung von großer Bedeutung sind. Am Ende des Kapitels stellen wir Diskurse zu ländlichen Räumen vor und zeigen, wie damit bestimmte Zuschreibungen und Konstruktionen verbunden sind und wie diese mit spezifischen politisch-ökonomischen Entwicklungen zusammenwirken (Kapitel 2.3).

Die Trennung zwischen theoretischen Konzepten und empirischen Gegenständen ist dabei vor allem der besseren Strukturierung der Studie geschuldet.

2.1 POLITISCHE ÖKONOMIE – ZUR UNGLEICHEN ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RÄUME

Die Politische Ökonomie im Anschluss an Karl Marx beschäftigt sich nur selten explizit mit ländlichen Räumen. In der traditionellen marxistischen Theorie ist allenfalls die Rolle der Landwirtschaft im Kapitalismus als «Agrarfrage» thematisiert worden (Marx/Engels 1972: 527 f.). Die Marginalisierung ländlicher Räume in der Politischen Ökonomie beginnt bereits mit der Rolle der Landbevölkerung in Marx' Beschreibung der gesellschaftlichen Situation im 19. Jahrhundert (Cloke 1989). Er thematisiert ländliche Räume auf zweierlei Weise: Erstens sagte er die Industrialisierung der Landwirtschaft voraus. Der marxistische Philosoph und sozialdemokratische Politiker Karl Kautsky ging hier noch einen Schritt weiter und sprach sich für die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Landwirtschaft und Industrie aus. Er argumentierte, die Landwirtschaft werde in einem kapitalistischen System zunehmend den

Regeln der industriellen Marktwirtschaft unterworfen (Akram-Lodhi/Kay 2010). Zweitens begreift Marx ländliche Räume als ein vorübergehendes Phänomen, als eine Raumkategorie, die der Kapitalismus durch seine Tendenz zur Vereinheitlichung im Laufe der Zeit zum Verschwinden bringen würde. Marx zufolge neigt das Kapital dazu, sich über geographische Grenzen hinweg auszubreiten und die kapitalistische Produktionsweise flächendeckend durchzusetzen. Dies ist auch auf die technologischen Entwicklungen und den Ausbau von Transportnetzwerken zurückzuführen, die zu einer Aufhebung der Bedeutung von räumlichen Distanzen durch eine verkürzte Transportdauer führten (Altwater 1989). Der marxistische Geograph David Harvey (1989) umschreibt den Prozess, dass immer größere Distanzen in immer kürzerer Zeit überwunden werden können, mit dem Begriff der «raum-zeitlichen Verdichtung».

Trotz der Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise kann nicht von einer allgemeinen räumlichen Homogenisierung gesprochen werden. Die Erscheinungsformen des Ländlichen sind sehr unterschiedlich und daher müssen ländliche Räume nicht als statisch, sondern als dynamisch und differenziert verstanden werden (Hoggart 1990). Vielmehr sieht die Politische Ökonomie Stadt und Land gleichermaßen von den Auswirkungen kapitalistischer Produktionsbedingungen geprägt (Cloke 1989). Die Folgen in Form von Armut, Ausbeutung und Umweltzerstörung werden demnach unabhängig vom geographischen Raum deutlich (vgl. hierzu Kapitel 3.2 und 3.3).

Es gibt jedoch neomarxistische Theoretisierungen der ländlichen Entwicklung und Stimmen, die sich für eine Untersuchung des Zusammenhangs zwischen geographischem Raum und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen aussprechen (Cloke 1989). Auf diese Debatte um die Bedeutung der Kategorie ländlicher Räume geht der Begriff der Lokalität zurück. Der Begriff versucht, der Unterschiedlichkeit ländlicher Räume gerecht zu werden (Duncan 1989). Lokalität erkennt an, dass bestimmte Räume spezifische Eigenschaften aufweisen (Smith 2008). Dies verweist auf die Kontextabhängigkeit lokaler Entwicklungen und ihrer Analysen. Zugleich ist die Trennung von ländlichen und nicht-ländlichen Lokalitäten immer eine theoretische wie gesellschaftliche Zuschreibung (Hoggart 2008), die sich wiederum in der räumlichen Praxis von Akteuren niederschlägt und so bestimmte Lokalitäten erst als ländlich konstituiert.

Während sich die traditionelle marxistische Forschung also überwiegend auf gesellschaftliche Prozesse in urbanen Räumen beschränkt, die als Orte der gesellschaftlichen Veränderungen gesehen werden, kommen in den 1970er und 1980er Jahren zunehmend neomarxistische Theorieansätze auf, die sich auch mit

ländlichen Räumen, insbesondere mit der Landwirtschaft beschäftigten (Woods 2011b). Besonders interessant in diesem Zusammenhang sind marxistisch inspirierte Konzepte der ungleichen Entwicklung. Stellvertretend hierfür stellen wir im Folgenden die Überlegungen von Neil Smith (2008) und David Harvey (2006) vor, die sie bereits in den 1980er Jahren entwickelt haben, und fragen danach, inwiefern sie auf ländliche Räume übertragen werden können.

Ungleiche Entwicklung bezeichnet die strukturelle Herausbildung ungleicher Verteilungen von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ressourcen im Kapitalismus. Diese Ungleichheiten drücken sich nicht nur in Form von Klassen- oder Einkommensunterschieden aus, sondern treten auch räumlich in Erscheinung (Harvey 2006). Diese ungleichen geographischen Entwicklungen sind jedoch nicht nur die Folge, sondern auch eine Voraussetzung des Kapitalismus. In Anlehnung an Rosa Luxemburgs Imperialismustheorie argumentiert David Harvey (2005), dass der Kapitalismus aufgrund seines inhärenten Wachstumszwangs immer neue Anlagesphären und damit auch neue Orte und Räume erschließt. Dabei handelt es sich sowohl um bislang nicht-kapitalistische Gesellschaftssysteme, nach Rosa Luxemburg vor allem im Globalen Süden, als auch um bisher nicht kapitalisierte Bereiche (ebd.), etwa durch die Privatisierung der Wasserversorgung sowie von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen oder die Kommodifizierung natürlicher Ressourcen (siehe hierzu Kapitel 3.1.3).

Diese Argumentation baut auf Marx' Analyse auf, wonach früher oder später alle Gesellschaften und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens kapitalistisch organisiert werden. Harvey (2005) bezeichnet die Erschließungen neuer Gesellschafts- und Lebensbereiche durch das Kapital als *fixes*, also Reparaturen, die temporär verhindern, dass es zu Überakkumulationskrisen kommt. Bei Letzteren handelt es sich um wirtschaftliche Krisen des Kapitalismus, die immer dann auftreten, wenn Kapital nicht mehr gewinnbringend investiert werden kann. Durch neue Anlagemöglichkeiten können diese Krisen für einen gewissen Zeitraum aufgeschoben werden. Harvey verweist darauf, dass die von Marx beschriebene ursprüngliche Akkumulation, also die Enteignung von Grund und Boden und somit die Trennung des Menschen von seiner Existenzgrundlage, auch heute noch ein wichtiger Teil kapitalistischer Entwicklung ist. Da dieser Prozess nach wie vor anhält und beispielsweise durch die Beteiligung von Finanzinstitutionen – wie Banken, Anlagefonds etc. – sogar noch verstärkt wird, schlägt er die Formulierung «Akkumulation durch Enteignung» vor. Damit soll verdeutlicht werden, dass es sich bei der Landnahme durch das Kapital nicht um eine dem Kapitalismus vorausgehende, sondern eine im kapitalistischen System zwangsläufig stattfindende Art der Akkumulation handelt (ebd.).

Ungleiche räumliche Entwicklung erklärt sich durch eine weitere Voraussetzung des Kapitalismus: den

Wettbewerb (Harvey 2006). Dieser «zwingt» Unternehmen dazu, beständig nach für sie günstigeren Standorten mit «besseren» Produktionsbedingungen, beispielsweise billigeren Arbeitskräften oder niedrigeren Umweltstandards, zu suchen. Die alten Produktionsstandorte sind meist von ökonomischem Niedergang, Arbeitsplatzverlusten und Abwanderungen betroffen (Smith 2008). Die Ausprägungen der ungleichen Entwicklungen sind jedoch nur temporär. So können sich ökonomisch florierende Räume zu wirtschaftsschwachen Regionen entwickeln und bislang benachteiligte Räume durch Kapitalinvestitionen wirtschaftliche Aufschwünge erleben (Harvey 2006). Neil Smith (2008: 149) benutzt für die Veranschaulichung dieser Entwicklungen das Bild einer Wippe: Das Kapital bewegt sich von einem Ort zum anderen – und gegebenenfalls auch wieder zurück –, je nachdem, wo die Bedingungen der ökonomischen Verwertung am profitabelsten sind. Dabei hinterlässt das Kapital eine «Spur der Verwüstung» (Harvey 2004: 186) – beispielsweise in Form der Deindustrialisierung – an den Orten, von denen es abgezogen wird. Gleichzeitig sind genau dies die Orte, die aufgrund hoher Arbeitslosigkeit, niedriger Lohnkosten etc. wieder profitabel werden und deshalb Kapital erneut anziehen können. Auf diese Weise kann ein neuer Verwertungszyklus beginnen (Smith 2008). Dies bezeichnet Harvey (2004: 186) im Anschluss an Joseph Schumpeter als «Geschichte der (schöpferischen Zerstörung)». Ungleiche räumliche Entwicklungen sind demnach zugleich Voraussetzung und Folge kapitalistischer Entwicklung (ebd.).

Dieses Konzept räumlich ungleicher Entwicklung wurde bisher jedoch nur selten explizit für das Verständnis ländlicher Räume genutzt. Dabei sind die unterschiedlichen Bedingungen ländlicher Regionen ein bezeichnendes Beispiel ungleicher Entwicklung. Ein Beispiel für ungleiche Entwicklung in ländlichen Räumen ist die Industrialisierung der Landwirtschaft seit den 1940er Jahren. Schon Marx beschrieb die Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion im England des späten 19. Jahrhunderts (Akram-Lodhi/Kay 2010). Mit der Einführung der motorisierten Bewirtschaftung und anderen technischen Neuerungen sowie der Entwicklung von genmanipuliertem Saatgut, Pestiziden und chemischen Düngemitteln in den folgenden Jahrzehnten wurde die Landwirtschaft nach und nach zu einem Industriezweig, der von transnationalen Agrarunternehmen dominiert wird (siehe Kapitel 3.1.1). Die landwirtschaftlichen Erzeuger*innen sind im Kapitalismus gezwungen, ihre Waren auf dem Markt anzubieten. Angesichts der zunehmenden «raumzeitlichen Verdichtung» im Zuge der Globalisierung werden die Marktpreise nicht mehr lokal bestimmt. Weltmarktpreise haben sich durchgesetzt, und zusätzlich werden die Preise für Agrarprodukte durch große Supermarktketten gedrückt (Ilbery/Bowler 1998).

Ein weiteres Beispiel ist das gestiegene Interesse von Investoren an landwirtschaftlichen Flächen seit der Finanzkrise 2008. Nicht nur in Ländern des Globa-

len Südens, auch im Globalen Norden wuchs die Nachfrage von Investoren nach sicheren Anlagemöglichkeiten. Diese fanden sie unter anderem im Agrarsektor. Denn eine wachsende Weltbevölkerung, erschwerte Produktionsbedingungen unter sich ändernden klimatischen Verhältnissen und die hohe Nachfrage nach Tierfuttermitteln und Biotreibstoffen lassen bei Investitionen in landwirtschaftliche Flächen hohe Renditen erwarten. Der durch die zunehmende Präsenz von internationalen (Finanz-)Investoren weltweit bedingte Landverlust von Kleinbäuer*innen kann als Beispiel für die von Harvey beschriebene Akkumulation durch Enteignung bezeichnet werden (Akram-Lodhi 2007).

Aufbauend auf diesen Arbeiten von David Harvey und Neil Smith haben verschiedene Vertreter*innen der kritischen Geographie versucht, die Ursachen für verschiedene Aspekte ungleicher Entwicklung weitergehend zu konzeptionalisieren. In Hinblick auf Unterschiede zwischen urbanen und ruralen Räumen beziehen sich einige auf die Weltstheorie von Immanuel Wallerstein (2004). Danach bildeten sich im Laufe der Geschichte weltwirtschaftliche Zentren heraus, deren Wohlstand auf der Ausbeutung der sogenannten Peripherien beruht. Während sich Wallerstein auf die Weltwirtschaft bezog und den ökonomischen Entwicklungsstand verschiedener Staaten historisch analysierte, wurde die Theorie in einigen Arbeiten auch auf das Verhältnis zwischen Stadt und Land angewendet (Tomaskovic-Devey/Roscigno 1997). Demnach besteht strukturell ein ausbeuterisches Verhältnis zwischen urbaner und ländlicher Bevölkerung (Kelly-Reif/Wing 2016). Nach Lipton (1977) ergeben sich ungleiche Entwicklungen zwischen Stadt und Land aus der Ausbeutung der ländlichen Peripherien durch urbane Eliten etwa durch die Extraktion von Rohstoffen, die Produktion von Nahrungsmitteln für die urbane Bevölkerung oder die Reproduktion von urbaner Arbeitskraft in ruralen Orten. Weil ein Großteil der Wahlberechtigten in den Städten lebt, richten sich politische Entscheidungen nach den Bedürfnissen der urbanen Bevölkerung und den Bedürfnissen urbaner Ökonomien. Politische Entscheidungen würden so häufig zum Nachteil ländlicher Räume getroffen (Dixon/Richards 2016). Beispielsweise werde die kapitalintensive Landwirtschaft eher gefördert als arbeitsintensive Anbaumethoden, um die Versorgung der (urbanen) Bevölkerung mit günstigen Nahrungsmitteln zu garantieren (ebd.). Malin und DeMaster (2016) beschreiben, wie beispielsweise Mülldeponien, obwohl der Müll vorwiegend in den Städten produziert wird, vorzugsweise in ländlichen Räumen angesiedelt werden und hier zu besonderen Umweltbelastungen und Gesundheitsschäden führen können. Diese Entscheidungen, die weitreichende Auswirkungen auf ländliche Räume haben, werden jedoch überwiegend in den Städten getroffen (Barracough 2013).

Zusammengefasst sind zwei Konzepte der Politischen Ökonomie für das Verständnis ländlicher Entwicklung besonders wichtig:

- *Ungleiche Entwicklung*: Kapitalistische Entwicklung produziert nicht nur soziale Ungleichheiten, sondern auch räumliche. Ländliche Räume sind mehrfach durch ungleiche Entwicklungen gekennzeichnet: einmal im Verhältnis untereinander, aber auch in Bezug auf die Städte. Diese Unterschiede nutzt das Kapital und bewegt sich stets zum Ort mit den profitabelsten Verwertungsmöglichkeiten. Dabei hinterlässt es eine Spur von Niedergang und Aufschwung.
- *Akkumulation durch Enteignung*: Grund und Boden in ländlichen Räumen kann eine attraktive Anlagemöglichkeit für das Kapital sein. Die damit einhergehende Privatisierung von Boden, aktuell maßgeblich durch globale Finanzinstitutionen wie Banken oder Investmentfonds vorangetrieben, wird als Akkumulation durch Enteignung bezeichnet.

2.2 POLITISCHE ÖKOLOGIE LÄNDLICHER RÄUME

Während sich die Politische Ökonomie mit der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume beschäftigt, stellt die Politische Ökologie die Folgen gesellschaftlicher Entwicklungen auf die Umwelt ins Zentrum ihrer Untersuchungen. Unter dem Begriff Politische Ökologie werden verschiedene theoretische Konzepte zusammengefasst, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie Natur und gesellschaftliche Verhältnisse in einen direkten Zusammenhang stellen. In den 1970er und 1980er Jahren begannen Wissenschaftler*innen, Umweltveränderungen mit politischen und wirtschaftlichen Marginalisierungen in Verbindung zu bringen (Robbins 2011). Einige dieser Arbeiten orientieren sich stark an der Politischen Ökonomie, indem sie ökologische Fragen einer marxistischen Analyse unterziehen.

Ansätze der Politischen Ökologie gehen davon aus, dass die Kosten und Gewinne, die mit Umweltveränderungen in Verbindung stehen, unterschiedlich verteilt sind, was bestehende Ungleichheiten verschärft und zu neuen Ungleichheiten beiträgt. Ziel der Politischen Ökologie ist es, die Verlierer und Gewinner zu benennen, auf verdeckte Kosten von Umweltveränderungen aufmerksam zu machen und auf ungleiche Machtverhältnisse hinzuweisen. Es geht jedoch nicht nur darum, bestehende ökologische Probleme sowie deren Folgen und Hintergründe zu benennen. Theorien der Politischen Ökologie erheben darüber hinaus den Anspruch, Alternativen für eine ökologisch und sozial gerechte Gesellschaft zu entwickeln (ebd.) – eine Perspektive, die auch für ländliche Räume von großer Relevanz ist. Im Folgenden werden mit dem Nahrungsregime und der Umweltgerechtigkeit zwei für ländliche Räume bedeutende Ansätze der Politischen Ökologie vorgestellt.

Nahrungsregime

Nahrungs- oder auch Ernährungsregime beschreiben die historischen Veränderungen in der Landwirtschaft und ihre Einbettung in die jeweiligen politischen und

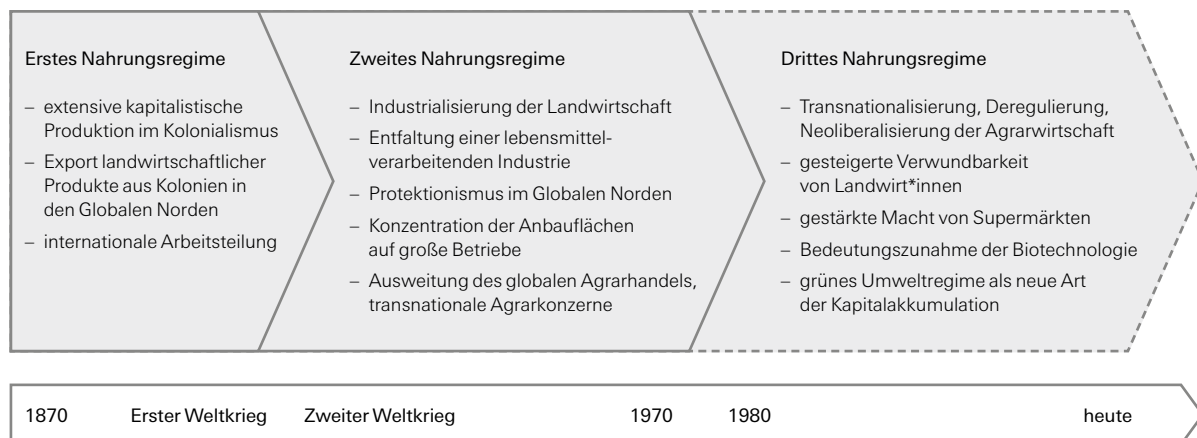
ökonomischen Verhältnisse. Als Begründer*innen der Theorie der Nahrungsregime gelten Harriet Friedmann und Philip McMichael (1989). Sie verweisen aus einer historischen Perspektive auf die Wechselwirkungen zwischen landwirtschaftlicher Produktion und kapitalistischer Ökonomie. Schlüsselemente der Betrachtung sind dabei Staatssysteme, internationale Arbeitsteilung und Handelsmodelle, Regulationen, Diskurse und Ideologien unterschiedlicher als Regime identifizierter Perioden sowie die Beziehungen zwischen Landwirtschaft, technischen Entwicklungen und Umweltveränderungen (Bernstein 2016).

Die neomarxistische Regulationstheorie, an der sich der Ansatz des Nahrungsregimes orientiert, identifizierte verschiedene Perioden der kapitalistischen Entwicklung, die für verschiedene Akkumulationsregime stehen, die durch bestimmte Normen und Organisationsformen kapitalistischer Produktion gekennzeichnet sind (Noel 1987). Der Nahrungsregime-Ansatz orientiert sich an ähnlichen historischen Perioden, deren Merkmale das Vorherrschen bestimmter landwirtschaftlicher Produkte und Produktionsweisen sowie die Strukturen des Lebensmittelhandels sind. Produktion, Konsum, Handel und entsprechende institutionelle Regulierungen im Bereich Landwirtschaft und Nahrungsmittel werden hier zueinander ins Verhältnis gesetzt (Atkins/Bowler 2001). Friedmann und McMichael (1989) identifizierten anhand dieser Kriterien die folgenden drei Nahrungsregime:

als ein national organisierter Wirtschaftszweig zu entwickeln. Es etablierte sich eine internationale Arbeitsteilung, die auf einer kosteneffizienteren Lebensmittelproduktion in den Kolonien beruhte (Friedmann/McMichael 1989). Das erste Nahrungsregime endete mit dem Ersten Weltkrieg und fand seinen endgültigen Abschluss in der globalen Rezession der 1920er Jahre beziehungsweise mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Teile des Regimes überlebten jedoch, so etwa der internationale Handel mit Lebensmitteln aus den Kolonien, darunter Bananen, Kakao oder Kaffee. Es gibt auch eine Kontinuität, was die Produktion dieser Güter betrifft: Bis heute existiert in vielen Ländern eine Plantagenwirtschaft, geprägt von Monokulturen, Leiharbeit und großen landwirtschaftlichen Flächen im Besitz von Agrarunternehmen (ebd.).

Ein zweites Nahrungsregime formierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg und dauerte bis zu den 1970er Jahren an. Es wird auch als produktivistisches Ernährungsregime bezeichnet. Dieses war durch intensive kapitalistische Produktionsbeziehungen und eine Industrialisierung der Landwirtschaft gekennzeichnet. In der Zeit des zweiten Nahrungsregimes wurde der Agrarsektor radikal reformiert. So wurden im Zuge technischer Neuerungen landwirtschaftliche Höfe zunehmend zu hochgradig maschinisierten Betrieben umgebaut. Zur Ertragssteigerung wurden im großen Umfang Chemikalien und Pestizide eingesetzt und die Massentierhaltung gefördert. Außerdem entstand ei-

Abbildung 2: Nahrungsregime im Zeitverlauf



Quelle: eigene Darstellung

Das erste Nahrungsregime reichte etwa von den 1870er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg. Es war von einer extensiven Form kapitalistischer Produktion und vom Kolonialismus geprägt. Weiße Siedler*innen in den Kolonien exportierten landwirtschaftliche Produkte in den Globalen Norden. Diese wurden gegen in den Fabriken des Globalen Nordens gefertigte Produkte gehandelt. Arbeit, Kapital und Handel wurden zunehmend multilateral organisiert, während landwirtschaftliche Produkte noch überwiegend lokal vertrieben wurden. Die Landwirtschaft begann sich aber zunehmend

ne lebensmittelverarbeitende Industrie, sodass landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht länger hauptsächlich dem direkten Konsum dienen, sondern zum Teil einer Wertschöpfungskette wurden. Maschinen und Chemikalien ersetzen Land und Arbeitskraft als primäre Faktoren in der Landwirtschaft (Atkins/Bowler 2001).

Die Weltwirtschaft wurde nach Ende des Zweiten Weltkriegs unter der wachsenden Hegemonie der USA neu organisiert. Im Rahmen des 1947 vereinbarten Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sollten Handelsbarrieren wie Tarife, Zölle und Quoten abgebaut

werden. Während Länder des Globalen Südens ihre Märkte öffnen mussten, betrieben – und betreiben bis heute – die USA sowie die EU einen starken Protektionismus und investierten hohe Summen in die Industrialisierung der heimischen Landwirtschaft. Die Folgen dieser Maßnahmen waren ein massiver Anstieg der bewirtschafteten Flächen durch einzelne landwirtschaftliche Betriebe bei gleichzeitiger Schließung kleinerer, nicht mehr konkurrenzfähiger Höfe. Die Maschinisierung der Betriebe führte zu einem Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und im Zuge dessen zu einer Bevölkerungsabnahme in ländlichen Räumen. Da die Wertschöpfung zunehmend in der Verarbeitungs- und Verpackungsindustrie erfolgte, sanken die Preise für landwirtschaftliche Rohprodukte. Des Weiteren kam es zu einer Ausweitung des globalen Agrarhandels und der Gründung bis heute mächtiger transnationaler Agrarkonzerne (Friedmann/McMichael 1989).

Dieses zweite Nahrungsregime endete mit der Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und damit die Aufhebung der Bindung des US-Dollars an den Goldpreis führten zu einer globalen Rezession sowie einer Öl- und Lebensmittelkrise. Angesichts umfangreicher landwirtschaftlicher Subventionen in den USA und insbesondere im westlichen Europa zur Unterstützung der jeweiligen nationalen landwirtschaftlichen Produktionszweige kam es zu massiven Überproduktionen, gefolgt von Exporten künstlich vergünstigter Lebensmittel in den Globalen Süden. Auch der wachsende Widerspruch zwischen einem nationalen Protektionismus und der zunehmenden wirtschaftlichen wie politischen Macht transnationaler Unternehmen stehen für das Ende dieses zweiten Nahrungsregimes (Atkins/Bowler 2001).

Ob sich seit den 1980er Jahren ein drittes Nahrungsregime formierte und wie dieses zu charakterisieren ist, wird von Vertreter*innen der Ernährungsregime-Theorie kontrovers diskutiert. McMichael (2005) sieht in der zunehmenden Bedeutung von transnationalen Unternehmen und neoliberalen Regelungen charakteristische Elemente eines dritten Ernährungsregimes. Dieses Regime steht im Zeichen einer zunehmenden Globalisierung und Deregulierung des Lebensmittelhandels. Damit einher geht die weltweite Enteignung von Kleinbäuer*innen und die Aneignung von Land durch transnationale Großunternehmen. Die Preise landwirtschaftlicher Produkte richten sich dabei nach dem Weltmarktpreis. Dies führt zu einer gesteigerten Verwundbarkeit von Landwirt*innen im Globalen Süden wie auch im Globalen Norden. Zu diesem Regime gehört auch eine gestärkte Macht von Supermärkten als wichtige Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte (McMichael 2013). Otero (2013) betont die wachsende Bedeutung von Biotechnologie in der Landwirtschaft ebenso wie die wachsende Bedeutung der transnationalen Unternehmen, die diese Produkte entwickeln und vertreiben. Giménez und Shattuck (2011) sehen in diesen Entwicklungen den Ursprung für die globale Le-

bensmittelkrise im Jahr 2008, in der es zu Hungerkatastrophen in Ländern des Globalen Südens kam, während gleichzeitig weltweit Ernteerträge in Rekordhöhe erzielt wurden und Agrarkonzerne ihre Gewinne steigern konnten.

Die steigenden Preise bei guten Ernten führten an vielen ländlichen Orten der Welt zu Aufständen und sozialen Bewegungen. In dieser Krise landwirtschaftlicher Produktion sieht Friedmann (1993) deswegen auch eine bedeutende Chance. So verweist sie darauf, dass Menschen in Ländern des Globalen Nordens zunehmend unzufrieden sind, wie ihre Lebensmittel produziert werden. Eine wachsende Zahl von Konsument*innen bevorzugt mittlerweile saisonale und regional angebaute Produkte. Menschen achten mehr auf die gesundheitsfördernde Wirkung von Lebensmitteln sowie darauf, wie diese hergestellt werden und welche Auswirkungen die jeweilige Produktion auf die Umwelt hat. Friedmann (2005) bezeichnet diese, durch ökologische Bewegungen und neue Themen wie Fairtrade, Gesundheit und Tierwohl geprägte Nahrungsmittelproduktion als eine neue Art der Kapitalakkumulation im landwirtschaftlichen Sektor. Sie beschreibt die Herausbildung eines grünen Umweltregimes als Folge sozialer Proteste und Umweltbewegungen. Die bisherigen Anfechtungen bestehender Hegemonien seien aber noch nicht bedeutend genug, um von einem neuen Nahrungsregime sprechen zu können. Vielmehr betont sie das Potenzial für eine anstehende Regimeänderung.

Inwieweit also ein drittes Nahrungsregime bereits existiert und wie es zu charakterisieren ist, bleibt umstritten. Die Diskussion zeigt jedoch, dass die neoliberale Umstrukturierung der Landwirtschaft weitreichende Folgen für die Lebenssituation von Menschen nicht nur in ländlichen Räumen hat. Das Konzept der Umweltgerechtigkeit, das im Folgenden beschrieben wird, geht über landwirtschaftliche Fragen hinaus und thematisiert die ungleiche Verteilung von Umweltschäden.

Umweltgerechtigkeit

Mit dem Begriff der Umweltgerechtigkeit wird in der Literatur sowohl eine soziale Bewegung als auch eine Forschungsrichtung beschrieben (Callewaert 2006). Die Debatte um Umweltgerechtigkeit hat ihre Ursprünge in Analysen über den Zusammenhang von gesellschaftlicher Marginalisierung und Umweltverschmutzung (Banzhaf 2012). In den USA entwickelte sich daraus in den 1970er Jahren eine politische Bewegung (Pellow 2016a). Anlass war die Erkenntnis, dass an sozial benachteiligten Orten, beispielsweise in Gemeinden mit geringen Einkommen oder hohen Anteilen von People of Colour, überdurchschnittlich häufig Umweltverschmutzungen auftreten wie etwa erhöhte Schadstoffwerte in der Luft durch nahegelegene Fabriken. Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen einem Stadt-Land-Gegensatz und Gerechtigkeit erläutert. Anschließend werden Themenfelder der Bewegung für Umweltgerechtigkeit dargestellt.

Viele Auseinandersetzungen um Umweltgerechtigkeit finden in ländlichen Räumen statt, so etwa im Zuge der Ansiedlung von Mülldeponien, bestimmten Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben, Militärübungsplätzen oder Testgeländen, die in der Regel zu Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzungen sowie Lärmbelastigungen führen (Malin/DeMaster 2016). Häufig treten Konflikte im Zusammenhang mit dem Abbau von natürlichen Rohstoffen auf. Gerade die Kohle- oder Holzgewinnung verursacht oftmals massive lokale Umweltschäden. Die Gewinne verbleiben meist nicht in der lokalen Bevölkerung, sondern gehen zu einem Großteil an die Anteilseigner*innen großer Unternehmen, die meist in den Städten ansässig sind. Auch die mithilfe der Kohle produzierte Energie und Wärme wird primär von städtischen Bevölkerungen verbraucht (Masterman-Smith et al. 2016).

Otsuki (2016) führt als weiteres Beispiel das der Atomkraft an. So gelten die geringe Bevölkerungsdichte und der Abstand zu großen Siedlungen als wichtige Gründe, um zum Beispiel Endlager bevorzugt in ruralen Räumen einzurichten. Daraus resultiert eine systematische Benachteiligung der dort Wohnenden. Otsuki zeigt für das Atomkraftwerk in Fukushima, dass die lokale Bevölkerung die Risiken einer erhöhten Strahlung trägt, während der produzierte Strom in Tokio verbraucht wird. Ashwood und MacTavish (2016) zufolge können ländliche Räume daher ein wichtiges Verbindungsglied zwischen Menschen, Ökologie und der Forderung nach Gerechtigkeit darstellen. Sie schlagen vor, ländliche Räume ins Zentrum der Betrachtungen von Umweltgerechtigkeit zu stellen.

Um den Ansatz der Umweltgerechtigkeit hat sich eine intensive Debatte entsponnen, die auch auf die Grenzen und blinden Flecken des Konzepts verweist. Es gibt den Vorwurf, dass Umweltgerechtigkeit Faktoren wie Geschlecht, Sexualität, Staatsbürgerschaft oder Indigenität nicht ausreichend beachtet (Pellow 2016a). Harvey (1996) wirft Vertreter*innen des Umweltgerechtigkeitsansatzes dagegen vor, einen zu lokalen Fokus zu haben. Dadurch würden die den lokalen Marginalisierungen zugrunde liegenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen nicht angemessen berücksichtigt. Manche fragen, ob die Forderung nach rechtlicher Anerkennung von Ansprüchen auf Umweltgerechtigkeit ausreichend ist (Holifield 2009). Diverse Studien kamen nämlich zu dem Ergebnis, dass sich durch die Anerkennung von Rechten wenig an der tatsächlichen Situation marginalisierter Gruppen verändert hat und Gemeinden mit einem hohen Anteil marginalisierter Bevölkerungsgruppen nach wie vor häufiger von Umweltdegradationen betroffen sind (Pulido 2017).

In Reaktion auf diese Debatte entwickelten Pellow und Brulle (2005) den Begriff der kritischen Umweltgerechtigkeit. Darunter fassen sie die Einbeziehung anderer theoretischer Ansätze der Politischen Ökologie, der anarchistischen Theorie, des Ökofeminismus oder der Ernährungssouveränität. Auf den Vorwurf einer zu

lokalen Betrachtungsweise reagieren viele neuere Studien zu Umweltgerechtigkeit mit einem multiskalaren Ansatz, der die Zusammenhänge zwischen verschiedenen räumlichen Ebenen anerkennt und untersucht, inwieweit lokale Benachteiligungen mit globalen oder nationalen Prozessen in Verbindung stehen (Sharma-Wallace 2016). Ebenso hat sich die Spannweite der untersuchten Themen um aktuell auftretende Umweltveränderungen, wie etwa die Folgen des Klimawandels, erweitert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Für das Verständnis der Politischen Ökologie ländlicher Räume sind zwei Konzepte von besonderer Bedeutung:

- *Nahrungsregime*: Der Ansatz der Nahrungsregime ermöglicht ein Verständnis des Zusammenhangs von landwirtschaftlicher Produktion und allgemeinen Veränderungen in der kapitalistischen Produktionsweise. Die Entwicklung ländlicher Räume kann damit in verschiedene Phasen der Produktion, des Vertriebs und des Konsums landwirtschaftlicher Produkte eingeordnet werden. Dabei wirken wirtschaftliche Prozesse, technologische Neuerungen, sozialer Wandel und politische Regulierungen zusammen.
- *Umweltgerechtigkeit*: Mit dem Begriff der Umweltgerechtigkeit werden die sozial und räumlich ungleich verteilten Folgen von Umweltbelastungen thematisiert. Gerade ländliche Bevölkerungen sind überproportional stark von ökologischen Problemen betroffen. Zu den häufigsten Forderungen gehört, ihnen Zugang zu natürlichen Ressourcen zu gewährleisten, sowie die Forderung nach Anerkennung politischer Rechte und des Rechts auf Beteiligung und Mitbestimmung.

2.3 DISKURSE UM LÄNDLICHE RÄUME

Für das Verständnis ländlicher Entwicklungen spielen auch Diskurse um ländliche Räume eine entscheidende Rolle. Insbesondere konstruktivistische Ansätze verstehen die Kategorie des ländlichen Raums nicht als neutral und objektiv, sondern als Resultat von gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen, medialen sowie wissenschaftlichen Diskursen (Bell 2006). Der Begriff des Diskurses wurde entscheidend von dem französischen Philosophen und Soziologen Michel Foucault geprägt. Foucault sieht Diskurse als eine Art, die Welt zu verstehen sowie gesellschaftliche Beziehungen und Praktiken auszudrücken. Diskurse bilden so den Rahmen für die Produktion und Verbreitung von Wissen. Durch Diskurse geben wir der Welt für uns und für andere einen Sinn. Ein Diskurs ist also keine Repräsentation der Realität, sondern er schafft Realität, indem durch Diskurse Bedeutungen und Zuschreibungen produziert werden (Foucault 1981). Diskurse bestehen dabei nicht nur aus Worten, sondern auch aus Gesten, Gewohnheiten, Gedanken und Praktiken (Woods 2011b).

Diskurse um ländliche Räume in Politik, Wissenschaft und Medien haben also Auswirkungen auf die Wahrnehmung und Entwicklung ländlicher Räume.

Murdoch et al. (2003) identifizieren in diesem Zusammenhang zwei dominante Diskurse: ein Diskurs, der das Rurale als Idylle romantisiert, und einer, der es als rückständig abwertet. Im Folgenden werden diese beiden Diskurse vorgestellt sowie deren Hintergründe und Wirkungen analysiert. Anschließend wird anhand des Konzepts «dreifacher ländlicher Raum» das Zusammenspiel von diskursiven Zuschreibungen und politisch-ökonomischen Entwicklungen verdeutlicht.

Ländliches Idyll

Die Vorstellung von ländlichen Räumen als Orte der Ruhe, Entspannung und Friedlichkeit reicht weit in die Vergangenheit zurück. Schriftsteller*innen und Maler*innen bildeten ländliche Räume als Kontrast zu Städten und dem dortigen hektischen und ungesunden Leben ab. Im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, der Zeit der beginnenden Industrialisierung und Urbanisierung in Europa, greift dieses Bild ländlicher Räume immer mehr um sich (Murdoch et al. 2003). Dabei variieren die Diskurse zwischen verschiedenen Regionen und Staaten, gemeinsam ist ihnen jedoch die Konstruktion eines nostalgischen, romantisierten Ideals ländlicher Räume, das in traditionellen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen verankert ist (Woods 2011b). Die Eigenschaften, die ländlichen Räumen und Gesellschaften zugeschrieben werden, reichen von Harmonie, Beständigkeit und Sicherheit über ästhetisch ansprechende Landschaften und einen ausgeprägten Gemeinschaftssinn bis hin zum verbreiteten Respekt der auf dem Land lebenden Menschen gegenüber Autoritäten (Short 2006). Noch heute befördert dieses idyllische Bild in erheblichem Maße den Tourismus in ländlichen Regionen.

Die künstlerische Repräsentation ländlicher Räume umfasst Gedichte, Erzählungen, Musik und Malerei sowie in jüngerer Zeit auch Filme und Fernsehserien (Woods 2011b). Ländliche Räume werden in diesen Repräsentationen in der Regel nicht als Orte der Arbeit dargestellt, sondern vielmehr als Räume der Entspannung und Erholung (DuPuis 2006). Der Diskurs des ländlichen Idylls wirkt sich aber auch auf Migrationsbewegungen von Menschen aus anderen ländlichen Räumen und Städten aus (siehe Kapitel 3.2.4; Murdoch et al. 2003). Er hat also durchaus Konsequenzen für ländliche Räume und das Leben dort. Dazu gehören neben einer wachsenden Tourismusindustrie (siehe Kapitel 3.1.3) und steigenden Immobilienpreisen auch politische Entscheidungen, die von Diskursen beeinflusst werden. So stehen beispielsweise Bauvorschriften für ländliche Räume oder die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete häufig im Einklang mit Diskursen um die Notwendigkeit, das ländliche Idyll zu erhalten (Woods 2011b).

Die Vorstellungen idyllischer ländlicher Räume gehen zumeist nicht auf die dort lebende Bevölkerung zurück. Es sind meist städtische Eliten, die dieses Bild verbreiten (Bell 2006). Die Alltagsrealitäten ruraler Gebiete entsprechen diesem Bild jedoch nur selten. Da

die Tourismusindustrie im Zuge des Niedergangs vieler anderer Wirtschaftsbereiche in ländlichen Räumen immer mehr an Bedeutung gewinnt, versuchen ländliche Gemeinschaften oft den Erwartungen an das ländliche Idyll zu entsprechen (Woods 2011b). So kommt es zu einer Beeinflussung des ländlichen Lebens durch urban geprägte Diskurse. Vorstellungen von einem ländlichen Idyll begünstigen zudem den Ausschluss von Personengruppen, die nicht zu dem idealisierten Bild passen (Bell 2006). Es werden beispielsweise Arme, Obdachlose oder Andersaussehende meist aus dem öffentlichen Diskurs um ländliche Räume ausgeschlossen (DuPuis 2006).

Die Diskurse um ländliche Idyllen haben auch eine globale Dimension. So ließen sich zum Beispiel englische Siedler*innen bei der Kolonialisierung weiter Teile der Welt durch die Vorstellung von einer maskulinen, weißen, friedlichen Heimat leiten und versuchten, die von ihnen übernommenen Gebiete nach ihren Idealen zu gestalten (ebd.). Doch viele der kolonialisierten Gegenden entsprachen so gar nicht dem Bild einer typisch englischen Dorflandschaft. In Nordamerika beispielsweise stießen die Siedler*innen vielmehr auf eine als gefährlich erlebte Natur, die sogenannte Wildnis, die in starkem Kontrast zu den Vorstellungen des ländlichen Idylls stand (Woods 2011a).

Rückständigkeit und Modernisierung

Ein weiterer wichtiger Diskurs um ländliche Räume steht zwar nicht im kompletten Gegensatz zu dem der ländlichen Idylle, vermittelt aber doch ein deutlich anderes Bild. Murdoch et al. (2003) beschreiben ihn als Modernisierungsdiskurs und verweisen damit auf gängige Zuschreibungen, wonach Dörfer und ländliche Räume urbanen Regionen hinterherhinken und einer nachholenden Entwicklung bedürfen. Diese drückt sich unter anderem in der politisch geförderten Industrialisierung der Agrarwirtschaft in Ländern des Globalen Nordens seit den 1940er Jahren aus (ebd.). Rurale Gebiete werden im Rahmen dieser Debatte oftmals auch als rückständig, reaktionär und konservativ dargestellt. Dies sind Assoziationen, die zum Teil aktuell auch in der politischen Linken in Zusammenhang mit ländlichen Räumen erkennbar sind (Franquesa 2018). Weitere Begriffe, die für wirtschaftliche, demographische und infrastrukturelle Probleme ländlicher Räume stehen, sind Peripherisierung, Marginalisierung und Stigmatisierung (Fischer-Tahir/Naumann 2013). Diese sind jedoch mitunter problematisch, weil sie vermeintliche Defizite, aber auch reale Benachteiligungen verfestigen können, indem sie negative Zuschreibungen wiederholen und verstärken.

Der «dreifache ländliche Raum»

Der britische Geograph Keith Halfacree (2007) hat versucht, die politisch-ökonomischen und diskursiven Dimensionen ländlicher Räume in seinem Modell des «dreifachen ländlichen Raums» miteinander zu verbinden. Es geht ihm darum anzuerkennen, dass Räume

aus Materialitäten, Vorstellungen und Praktiken des Alltagslebens bestehen. Dabei orientiert er sich an der Raumkonzeption von Henri Lefebvre (1991). Lefebvres Grundannahme: Der Raum ist kein abgeschlossener Container, keine passive und bereits existierende Einheit, die darauf wartet, entdeckt und kartiert zu werden. Vielmehr wird Raum auf verschiedenen Ebenen durch soziale Prozesse produziert und gestaltet. Dabei spielt das alltägliche Leben auf lokaler Ebene ebenso eine Rolle wie die Folge globaler ungleicher räumlicher Entwicklungen im Kapitalismus (Halfacree 2007). In Lefebvres Vorstellung von Raum sind dabei drei Dimensionen relevant: die räumliche Praxis, die Repräsentation von Raum und Räume der Repräsentation beziehungsweise das Alltagsleben. Er veranschaulichte sein Konzept am Beispiel urbaner Räume.

Halfacree (2006) übertrug Lefebvres Raumkonzept auf ländliche Räume. In Anlehnung an die oben erwähnten drei Raumdimensionen nennt Halfacree die folgenden drei Dimensionen, die für die Produktion ländlicher Räume von Bedeutung sind (vgl. Abbildung 3):

Ländliche Lokalitäten: Diese Kategorie entspricht dem Begriff der räumlichen Praxis bei Lefebvre und umfasst die politisch-ökonomische (Re-)Produktion ländlicher Räume. Ländliche Lokalitäten ergeben sich danach aus bestimmten Produktions- und Konsumtionsmustern. Dazu gehören etwa die Landwirtschaft oder eine geringe Bevölkerungsdichte (Halfacree 1993). Diese werden als charakteristisch für ländliche Räume betrachtet (Halfacree 2007).

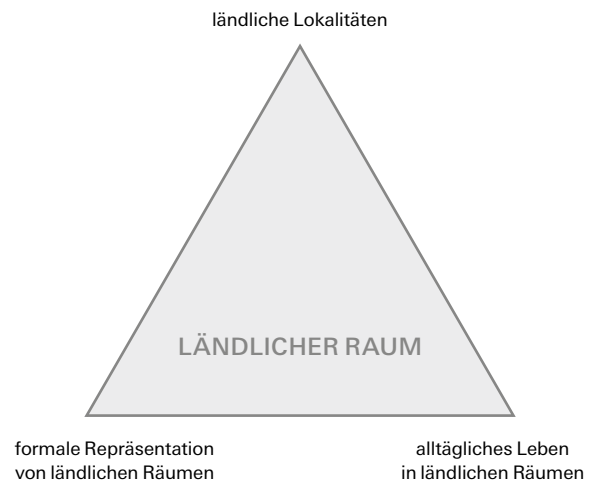
Die formale Repräsentation von ländlichen Räumen: Hier greift Halfacree Lefebvres Dimension der räumlichen Repräsentation auf. Es sind in erster Linie Raumplaner*innen oder Politiker*innen, die diese Aufgabe der Repräsentation übernehmen. Entsprechende Artikulationen finden sich in verschiedenen medialen, politischen und wissenschaftlichen Diskursen. Die Art der Repräsentation richtet sich danach, wie Ländlichkeit im kapitalistischen Produktionsprozess gerahmt wird und insbesondere, wie ländliche Räume kommodifiziert werden (siehe Kapitel 3.1.3; Halfacree 2006). Wie bereits beschrieben, werden ländliche Räume

häufig zu Orten der Ruhe und Friedlichkeit stilisiert, um den Erholungstourismus zu fördern, während andere als Orte der Produktion von landwirtschaftlichen Gütern gelten.

Das alltägliche Leben in ländlichen Räumen: Das Alltagsleben auf dem Land ist alles andere als homogen, sondern eher fragmentiert und von vielen subjektiven Faktoren und lebensweltlichen Aspekten abhängig. Es umfasst verschiedene soziale und kulturelle Elemente und Dimensionen. Das alltägliche Leben in ländlichen Räumen wird von den anderen Kategorien, insbesondere der formalen Repräsentation von Raum, beeinflusst, kann diese Repräsentation aber auch untergraben (ebd.).

Der Ansatz des «dreifachen ländlichen Raumes» verbindet Vorstellungen von ländlichen Räumen als Resultat diskursiver Konstruktionen von Ländlichkeit mit politisch-ökonomischen Theorien, nach denen die kapitalistische Expansion die Trennung zwischen ländlichen und urbanen Räumen überflüssig macht. Aus dem Zusammenspiel der drei Raumdimensionen entstehen verschiedene Formen und Ausprägungen ländlicher Räume (ebd.).

Abbildung 3: Der dreifache ländliche Raum



Quelle: Robin Marlow (nach Halfacree 2006)

**DER «DREIFACHE LÄNDLICHE RAUM»
UND DIE INDUSTRIALISIERUNG
DER LANDWIRTSCHAFT**

Das Beispiel der Industrialisierung der Landwirtschaft im Globalen Norden ab Mitte der 1940er Jahre (siehe Kapitel 3.1.1) verdeutlicht die Wirkung der drei Halfacree'schen Dimensionen ländlicher Räume (Woods 2011b): Angesichts der Industrialisierung der Landwirtschaft wandelten sich die ländlichen Lokalitäten: Kleinere Höfe mussten schließen, andere Betriebe wurden zunehmend größer und maschinisierter. Das alltägliche Leben in ländlichen Räumen wurde von diesen Veränderungen stark beeinflusst. So verloren viele in der Landwirtschaft Beschäftigte ihren Arbeitsplatz. Außerdem zeigten sich die negativen Auswirkungen auf die Umwelt, etwa durch den vermehrten Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln. Repräsentationen des Ländlichen – vor allem die Betonung der Rückständigkeit von ländlichen Räumen – bestärkten den Produktivismus. Produktivismus ist die Bezeichnung für ein von den 1940er Jahren bis in die 1980er Jahre vorherrschendes Agrarregime, das sich durch eine staatlich geförderte intensive industrielle und expandierende Landwirtschaft auszeichnet, die vor allem auf Ertragsleistung und Produktionsmaximierung ausgerichtet ist. In erster Linie war die politische Unterstützung der Industrialisierung der Landwirtschaft aber von dem Streben nach Ertrags- und damit Gewinnsteigerungen motiviert, ebenso wie von der Möglichkeit, neue Investitionsmöglichkeiten und Absatzmärkte in der Landwirtschaft zu schaffen (Halfacree 2006).

Für das Verständnis ländlicher Entwicklungen sind zwei Erkenntnisse aus dem in diesem Abschnitt Erörterten zentral:

- Ländliche Räume sind Gegenstand *diskursiver Zuschreibungen*. Insbesondere urbane Eliten konstruieren sie einerseits als Idylle, als Orte der Ruhe, der Entspannung, der Harmonie und Sicherheit. Andererseits gelten ländliche Räume häufig als rückständige Orte, deren soziale und wirtschaftliche Strukturen modernisiert werden müssen. Beide Zuschreibungen werden den vielfältigen Entwicklungen in ländlichen Räumen nicht gerecht.
- Mit dem Modell *dreifacher ländlicher Raum* wird die gesellschaftliche Produktion ländlicher Räume hervorgehoben. Ländliche Räume entstehen durch das Zusammenspiel von Produktions- und Konsummustern (ländliche Lokalitäten), diskursiven Repräsentationen (formale Repräsentation von ländlichen Räumen) und der alltäglichen Praxis der auf dem Land Lebenden (Alltag in ländlichen Räumen). Somit sind ländliche Räume nicht einfach fixe Einheiten, sondern werden gesellschaftlich hergestellt und verändert.

3 TRANSFORMATIONEN: THEMEN EINER KRITISCHEN LANDFORSCHUNG

Aufbauend auf der vorangegangenen Darstellung theoretischer Ansätze zur Erklärung ländlicher Entwicklung befasst sich das folgende Kapitel mit aktuellen Transformationsprozessen. Ziel des Kapitels ist es, einen Überblick über wichtige gegenwärtige Herausforderungen in ländlichen Räumen zu geben und damit die Grundlagen für eine kritische Betrachtung der verschiedenen stattfindenden Veränderungen zu liefern. An dieser Stelle können nicht alle in der Literatur diskutierten Entwicklungen berücksichtigt werden. Der Fokus liegt auf den zentralen Transformationen ländlicher Ökonomien (Kapitel 3.1), dem sozialen Wandel (Kapitel 3.2), den veränderten Mensch-Umwelt-Beziehungen (Kapitel 3.3) sowie auf den Machtverhältnissen in ländlichen Räumen (Kapitel 3.4).

3.1 LÄNDLICHE ÖKONOMIEN

Die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume gilt im Vergleich zu der von Städten immer noch als unterdurchschnittlich und vom Agrarsektor geprägt. Nach wie vor ist dieser ein wichtiger Wirtschaftszweig in ländlichen Räumen, unterliegt allerdings angesichts der zunehmenden Globalisierung, zahlreicher technologischer Neuerungen und veränderter politischer Regulierung einem erheblichen Wandel, wie in Kapitel 3.1.1 gezeigt wird. Trotz der anhaltenden großen Relevanz des primären Sektors wuchs in den vergangenen Jahrzehnten selbst auf dem Land die Bedeutung des Dienstleistungssektors (Kapitel 3.1.2). Dies hängt insbesondere mit der touristischen Inwertsetzung ländlicher Natur zusammen (siehe Kapitel 3.1.3).

3.1.1 Strukturwandel der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft galt und gilt immer noch als ein prägendes Merkmal ländlicher Räume. Sie war der wichtigste Beschäftigungsbereich, bestimmte den Alltag und die soziale Zusammensetzung der ländlichen Bevölkerung über viele Jahrzehnte hinweg (Woods 2011a). Veränderungen in der Landwirtschaft haben deshalb einen großen Einfluss auf ländliche Räume. Im Folgenden werden diese Prozesse und ihre jeweiligen Auswirkungen überblicksartig dargestellt. Zunächst geht es um die Folgen der Industrialisierung für die Landwirtschaft, danach um die Frage, ob angesichts der Gleichzeitigkeit von nachhaltiger Bewirtschaftung und weiter zunehmender Industrialisierung von einer multifunktionalen Landwirtschaft gesprochen werden kann. Abschließend beschäftigt sich das Kapitel mit der Finanzialisierung der Landwirtschaft, die einige Autor*innen als wesentliches Kennzeichen eines dritten Ernährungsregimes ansehen (siehe zum Konzept der Nahrungs- oder Ernährungsregime Kapitel 2.2) und die ein wichtiges aktuelles Forschungsfeld der Agrarforschung darstellt (Gertel/Sippel 2016).

Industrialisierung der Landwirtschaft

Die Transformationen in der Landwirtschaft sind eingebettet in gesellschaftliche, technologische, politische sowie wirtschaftliche Veränderungen, die sich in historischen Phasen der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Form von Ernährungsregimen widerspiegeln. Der Prozess, der in den 1940er und 1950er Jahren in der Landwirtschaft im Globalen Norden begann, wird in der Literatur als Modernisierung, Intensivierung, Kommodifizierung beziehungsweise Kommerzialisierung bezeichnet (siehe Kapitel 3.1.3). Alle Bezeichnungen, auch die der Industrialisierung, weisen darauf, dass lokale Landwirtschaften zunehmend in das globale Wirtschafts- und Finanzsystem eingebunden sind (Woods 2011a; Lobao/Stofferahn 2008). Industrialisierung bezieht sich dabei vor allem auf die Finanzierung der landwirtschaftlichen Produktion durch das Industriekapital. Damit ging die Entwicklung des Produktivismus in der Landwirtschaft einher (Woods 2011a) mit weitreichenden Folgen für Mensch und Natur wie Flächenexpansion, Schließungen kleiner Betriebe, Arbeitsplatzverluste durch Rationalisierungsmaßnahmen, verstärkter Einsatz von Chemikalien sowie Ausbau von Monokulturen.

Zwischen 1960 und 1990 stieg die landwirtschaftliche Produktion in den Ländern des Globalen Nordens im Durchschnitt um mehr als 60 Prozent an (Woods 2011a). Im Zuge der Industrialisierung der Landwirtschaft sind einige wenige landwirtschaftliche Betriebe stark gewachsen, während viele mittlere und kleine Höfe den Betrieb einstellen mussten, da sie nicht länger konkurrenzfähig waren (van der Ploeg 2006). So verringerte sich die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen in den USA zwischen 1950 und 1970 um mehr als ein Drittel (ebd.). Kleine und mittlere Höfe, auf denen in erster Linie Familienmitglieder arbeiteten, wurden vielerorts abgelöst von immer kommerzielleren Agrarbetrieben, die im größeren Maßstab Lohnarbeiter*innen beschäftigten. In der modernen kapitalistischen Landwirtschaft kam es so zu einer neuen Trennung zwischen der kapitalistischen Klasse der Grundeigentümer, die Höfe besitzen, und Saisonarbeiter*innen sowie prekär Beschäftigten, die in den landwirtschaftlichen Großbetrieben arbeiten (Woods 2011b). Dies führte ebenfalls zu verstärkten Einkommensungleichheiten in ländlichen Räumen mit einem Rückgang bei den mittleren Einkommensklassen (siehe Kapitel 3.2.1; Lobao/Stofferahn 2008).

Zusätzlich zu den sozialen Folgen brachte die Industrialisierung der Landwirtschaft eine Reihe ökologischer Probleme mit sich: Der vermehrte Einsatz chemischer Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie der Anbau in Monokulturen und Massentierhaltung äußerten sich in zunehmender Luft- und Wasserverschmutzung, einem Absinken des Grundwasserspiegels, einer Abnahme

der Biodiversität und dem Auftreten von immer neuen Krankheiten bei Pflanzen und Tieren sowie weiteren Folgen, die zu einem Großteil externalisiert wurden und so nicht in die Preise der Endprodukte eingingen (Weis 2010).

Die Agrarpolitik der Nachkriegszeit im Globalen Norden förderte diese Entwicklungen. Zum einen hatte der Staat ein Interesse daran, der Bevölkerung möglichst viele und günstige Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, weshalb die Industrialisierung der Landwirtschaft subventioniert und der technische Fortschritt in der landwirtschaftlichen Produktion unterstützt wurde. Auf der anderen Seite flossen erhebliche Mittel in die ländliche Strukturpolitik, indem der Markt für Agrarprodukte durch staatliche Interventionen stabilisiert wurde (Woods 2011a). So garantierte beispielsweise die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union den Landwirt*innen die Abnahme ihrer Produkte zu einem vereinbarten Mindestpreis. Die Folge dieser Garantie war eine massive Überproduktion. Im Jahr 1984 gab die EU 70 Prozent ihres gesamten Haushalts für die Agrarpolitik aus, allein ein Viertel davon fiel für die Lagerung der aufgrund der Subventionen produzierten Überschüsse an (ebd.).

Die Überproduktion führte außerdem zu erhöhten Exporten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus den USA und Europa in Länder des Globalen Südens. Da die landwirtschaftlichen Produkte aus dem Globalen Norden aufgrund der staatlichen Subventionen zu geringen Preisen angeboten werden konnten oder in Form von Nahrungsmittelhilfen exportiert wurden, unterboten sie in vielen Fällen die Preise lokaler Produzent*innen im Globalen Süden. Die Folge ist in vielen Ländern dort bis heute eine erhöhte Abhängigkeit von Lebensmittelimporten und eine schwach ausgebildete lokale Lebensmittelindustrie (Atkins/Bowler 2001).

Eine multifunktionale Landwirtschaft?

In den frühen 1980er Jahren stagnierte der bis dahin im ständigen Wachstum begriffene landwirtschaftliche Sektor in den USA. Die Preise für Agrarprodukte sanken, zusätzlich kam es aufgrund einer Bankenkrise zu einem Anstieg der Zinssätze. Viele Landwirt*innen hatten zum Ausbau ihrer Betriebe große Kredite aufnehmen müssen und sahen sich nun gezwungen, ihre Betriebe angesichts von Umsatzrückgängen bei gleichzeitig steigenden Kreditrückzahlungen aufzugeben (Woods 2011a). Zeitgleich veränderten sich die öffentlichen Diskurse um die Industrialisierung der Landwirtschaft, als die negativen Umweltfolgen der intensiven Landwirtschaft unübersehbar wurden. Auch die sozialen Folgen wie die vermehrte Abwanderung und der Anstieg der Arbeitslosigkeit in ländlichen Räumen brachten die industrielle Landwirtschaft in die Kritik (Lobao/Stofferahn 2008). Überproduktionen auf der einen und Hungerkatastrophen auf der anderen Seite verdeutlichten die Krise des bestehenden Nahrungsregimes.

Infolgedessen begannen Politiker*innen wie auch Landwirt*innen, das jahrzehntelange Paradigma von Modernisierung, Spezialisierung und Wachstum zumindest in Teilen zu hinterfragen (de Roest et al. 2018). Einige Autor*innen sehen in diesen Entwicklungen den Beginn einer post-produktivistischen Ära, in der ökologische und soziale Aspekte in der Landwirtschaft an Bedeutung gewinnen (siehe Kapitel 2.2.1). Gleichzeitig wirkte sich der neoliberale Umbau der Weltwirtschaft mit dem Abbau von Zöllen auch auf die Landwirtschaft aus. Die Welthandelsorganisation (WTO) war ein entscheidender Akteur beim Abbau von Handelsbeschränkungen und setzt sich bis heute für marktbasiertere Lösungen ein (Lawrence 2016.). Es kam zu einer Neoliberalisierung der Landwirtschaft in Form von erhöhtem Konkurrenzdruck für landwirtschaftliche Betriebe, ökonomischer Effizienzsteigerung, Arbeitsplatzabbau und weiteren Betriebsvergrößerungen (ebd.).

Zudem schritt die Intensivierung der Landwirtschaft weiter voran und es kam ab den 1980er Jahren zu einer zunehmenden «Supermarketisierung» der Landwirtschaft (Iocco et al. 2018). Agrarerzeugnisse werden längst nicht mehr in kleinen inhabergeführten Lebensmittelgeschäften oder auf lokalen Märkten, sondern in großen Stückzahlen an die lebensmittelverarbeitende Industrie und Supermarktketten verkauft (Woods 2011a). Da es sich bei Letzteren oft um internationale Unternehmen handelt, wird die lokale Landwirtschaft im Rahmen der «Supermarketisierung» noch stärker als bisher in globale Produktions- und Lieferketten eingebunden (Stenbacka/Bygdell 2018). Gleichzeitig können diese internationalen Akteure aufgrund ihrer Marktmacht die Preise bei den Produzent*innen senken. Die Folge ist ein steigender Druck auf die Landwirt*innen, auf den diese mit einer Reduzierung der Lohnkosten reagieren (Lawrence 2016). Als Erntehelfer*innen werden nun immer häufiger migrantische Arbeitskräfte mit unsicherem Aufenthaltsstatus beschäftigt (siehe Kapitel 3.2.2). Etwa ein Drittel aller, die in Italiens Landwirtschaft arbeiten, sind nicht im Besitz der italienischen Staatsbürgerschaft (Iocco et al. 2018).

Auch die ökologische Landwirtschaft ist diesen Prozessen der Kommerzialisierung zum Teil unterworfen. Durch die steigende Nachfrage nach ökologisch angebauten Produkten, auch durch Supermarktketten, stellen zunehmend große industrielle Landwirtschaftsbetriebe auf eine ökologische Produktion um (ebd.). Der Biostandard verbietet zwar die Nutzung künstlicher Düngemittel und chemischer Pestizide, bedeutet aber nicht zwangsläufig eine Abkehr von intensiver Bewirtschaftung, Monokulturen und schlechten Arbeitsbedingungen. Der Prozess der Einbindung ökologisch produzierter Lebensmittel in den kapitalistische Markt ist auch eine Folge der Suche des Kapitals nach neuen Möglichkeiten, Kapital anzulegen und Profite zu steigern (Woods 2011b). Aufgrund dieser gegenläufigen Entwicklungen – Ausweitung einer nachhaltigeren Landwirtschaft auf der einen und eine anhaltende Intensivierung der Bewirtschaftung auf der anderen Sei-

te – schlägt Woods den Begriff der multifunktionalen Landwirtschaft vor und betont damit das Nebeneinander unterschiedlicher agrarwirtschaftlicher Modelle.

Finanzialisierung der Landwirtschaft

Die Globalisierung führte auch zu einer Internationalisierung der Landwirtschaft. Neue Transportmöglichkeiten wie die kostengünstige Bewegung von Gütern in Containern zogen einen Ausbau des internationalen Handels mit landwirtschaftlichen Produkten nach sich (Lawrence 2016). Im Zuge der Industrialisierung wurden landwirtschaftliche Betriebe immer abhängiger von international agierenden Unternehmen: nicht nur in Bezug auf die Vermarktung durch die lebensmittelverarbeitende Industrie und den Einzelhandel, sondern auch hinsichtlich der Belieferung mit Saatgut, Düngemitteln und Pestiziden (Woods 2011a).

Der Begriff der Finanzialisierung steht für den zunehmenden Einfluss von Finanzmärkten auf die Landwirtschaft (Gertel/Sippel 2016). Hierzu zählen die Umwandlung von Ernteerträgen oder Agrarland in international handelbare Finanzprodukte (Sommerville/Magnan 2015). Die Ursprünge der globalen Finanzialisierung reichen bis in die Zeit des Kolonialismus zurück (Gertel/Sippel 2016). Die virtuelle Integration der Landwirtschaft in internationale Finanzmärkte ist jedoch eine Entwicklung jüngerer Datums: Internationale Finanztransaktionen, die virtuell und aufgrund von Algorithmen automatisiert stattfinden, gewinnen rasant an Bedeutung. Geschwindigkeit und Komplexität dieser Transaktionen nehmen derart zu, dass sie nur noch bedingt nachzuvollziehen oder zu beeinflussen sind (Lawrence 2016).

Lawrence sieht die Gründe für die Finanzialisierung der Landwirtschaft in erster Linie darin, dass Investoren seit der Finanzkrise 2008 verstärkt nach sicheren Anlagemöglichkeiten suchen. Im Aktionärskapitalismus steht nicht mehr allein die Erwirtschaftung von Gewinnen durch die Produktion von Gütern im Fokus, sondern die Steigerung des Unternehmenswertes (*shareholder value*) wird zum wichtigsten Ziel, sodass bei einem Verkauf des Unternehmens hohe Gewinne erzielt werden können (Fairbairn et al. 2014). Die dafür notwendigen Umstrukturierungen haben zur Folge, dass die Rechte von Produzent*innen und Beschäftigten in der Landwirtschaft sowie die Interessen der Kund*innen weniger Berücksichtigung finden. Beheizt wurde diese Finanzialisierung zunächst in den USA und später auch in anderen Ländern durch die Aufhebung von Beschränkungen für die Spekulation mit Lebensmitteln. Die Industrialisierung und Internationalisierung der Landwirtschaft hatten bereits zu einer Konzentration weniger großer Unternehmen im Agrarbusiness geführt. Diese stellten günstige Voraussetzungen für die Finanzialisierung dar, weil große Investitionssummen notwendig und durch Umstrukturierungen der Unternehmen große Wertsteigerungen möglich sind. Dies betrifft vor allem Unternehmen, die Lebensmittel aufkaufen und weiterverkaufen, sie la-

gern und weiterverarbeiten, aber auch Unternehmen, die Saatgut und Düngemittel produzieren oder für die Zertifizierung landwirtschaftlicher Produkte verantwortlich sind.

Eine zweite entscheidende Entwicklung im Rahmen der Finanzialisierung ist der Handel mit landwirtschaftlichen Derivaten. Derivate werden von anderen Finanzprodukten abgeleitet und besitzen keinen eigenen Wert, sondern sind von den Preisentwicklungen des Basiswertes abhängig. In der Landwirtschaft werden sie genutzt, um sich gegen Preisschwankungen abzusichern oder auf bestimmte Preisentwicklungen zu wetten. Wurde das Instrument zunächst für die Absicherung von Produzent*innen und Abnehmer*innen genutzt, um durch eine vorherige Preisabsprache durch den Kauf von Derivaten einen gewissen Kauf- und Verkaufspreis festzulegen, wurden mit der Zeit Derivate zunehmend an dritte, nicht direkt an der Landwirtschaft beteiligte Akteure verkauft (ebd.).

Gertel und Sippel (2016) nennen drei wichtige Entwicklungen, die die Finanzialisierung der Landwirtschaft massiv vorantreiben: die Lockerung der Gesetze, die den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten in den USA regulieren, die schlechten Renditen «traditioneller» Anlagemöglichkeiten wie beispielsweise Immobilien, die sich in vielen Ländern besonders in der Finanzkrise 2008 zeigten, und der Einfluss von Statistiken und Berechnungen, die hohe Gewinne für Wetten auf landwirtschaftliche Produkte prognostizierten.

Es gibt verschiedene Studien und Aussagen dazu, in welchem Zusammenhang die Finanzialisierung der Landwirtschaft und der Anstieg von Lebensmittelpreisen stehen. Gesichert ist, dass die Deregulierung der Märkte und das schwarmhafte Verhalten der Anleger*innen starke Preisschwankungen von Agrarprodukten verursachen (de Roest et al. 2018). Im Zuge der Finanzialisierung der Landwirtschaft verstärken sich auch die Wechselwirkungen zwischen Entwicklungen im Globalen Norden und im Globalen Süden. So entsteht durch den Handel mit landwirtschaftlichen Finanzprodukten, etwa durch Investitionen großer Rentenfonds in Lebensmittel, ein direkter Zusammenhang zwischen der Höhe der Renten im Globalen Norden und der Bezahlbarkeit von Lebensmitteln im Globalen Süden. Dabei sind weder die Rentner*innen im Globalen Norden noch die Konsument*innen im Globalen Süden direkt an diesen Verbindungen beteiligt, sondern vielmehr indirekt über Rentenfonds in die globalen Finanzströme eingebunden. Darüber hinaus können sie diese Kapitalströme weder beeinflussen noch kontrollieren – und aufgrund ihrer Komplexität häufig auch nicht einmal verstehen (Gertel/Sippel 2016).

Ein dritter Aspekt ist die Finanzialisierung von Agrarland. Agrarland gilt aufgrund seiner Eigenschaft als begrenzte Ressource und angesichts der steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln und Pflanzen zur Erzeugung von Biotreibstoffen mittlerweile als lohnenswerte Anlage (Lawrence 2016). Dies hat ein verstärk-

tes Interesse und steigende Investitionen in agrar- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen seit der Finanzkrise 2008 hervorgerufen (siehe hierzu die Beispielstudie von Ekers 2019). Die Finanzialisierung durch den Kauf von Agrarflächen wird in der Öffentlichkeit überwiegend als ein Phänomen des Globalen Südens thematisiert. Allerdings wurden 80 Prozent des in Agrarland investierten Kapitals im Jahr 2012 für Flächen in Kanada, den USA, Brasilien, Neuseeland und Australien und damit überwiegend im Globalen Norden ausgegeben (Gertel/Sippel 2016). Die Finanzinvestitionen in Agrarland lassen ebenso die Bodenpreise und Pachten ansteigen, die besonders für kleine landwirtschaftliche Betriebe immer schwerer zu erwirtschaften sind.

Beispielstudie: Die Finanzialisierung von Wald auf Vancouver Island (Kanada)

Ekers untersucht in seiner Studie die zunehmenden Investitionen in forstwirtschaftlich genutzte Flächen im Südwesten Kanadas seit Mitte der 2000er Jahre, vor allem durch internationale Vermögensverwaltungen. Er argumentiert, dass Investoren in Zeiten ökonomischer Krisen vermehrt Grundbesitz aufkaufen. Durch den Kauf von Forstland, das zu den produktivsten und wertvollsten Flächen Nordamerikas gehört, schaffen sie neue Möglichkeiten der Kapitalakkumulation. Ekers beschreibt diese neuen Investitionen als «sozio-ökologischen Fix», als Instrument staatlicher Akteure und Investoren zur Überwindung von Krisen. Land und Bäume werden dabei zu Wertspeichern gemacht. Ekers stellt fest, dass durch staatliche Deregulierungen, etwa durch die Freigabe öffentlichen Bodens für Privatkäufer*innen, Landansprüche indigener Bevölkerungsgruppen, die häufig nicht als Privatbesitz bestehen, marginalisiert werden.

Quelle: Ekers, Michael (2019): *Financiers in the forests on Vancouver Island, British Columbia: On fixes and colonial enclosures*, in: *Journal of Agrarian Change* 19(2), S. 270–294.

3.1.2 Ländlicher Strukturwandel

Historisch bestand eine wichtige ökonomische Funktion ländlicher Räume in der Versorgung der Städte mit natürlichen Rohstoffen, Energie, Lebensmitteln und Arbeitskräften (Lockie et al. 2006). Auch mit der Diversifizierung ländlicher Räume durch verstärkte Mobilität, Prozesse der Migration und der Einbindung ländlicher Räume in globale Migrations- und Produktionsnetzwerke bleibt diese traditionelle Aufgabe ländlicher Ökonomien bis heute bestehen. Es haben sich aber auch neue Formen der Wirtschaft in ländlichen Kontexten herausgebildet. Dieses Kapitel thematisiert die historische Entwicklung ländlicher Ökonomien jenseits der Landwirtschaft. Dazu wird ein Fokus auf die Entwicklung des Ressourcenabbaus gelegt und die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors für

ländliche Räume erläutert. Dabei lassen sich die verschiedenen Entwicklungen nicht als strikt voneinander zu trennende und aufeinanderfolgende Stufen verstehen. Vielmehr verlaufen die regionalen Entwicklungspfade ländlicher Ökonomien sehr unterschiedlich und teilweise widersprüchlich (Marini/Mooney 2006).

Ländliche Räume als Ressourcenlieferanten

Während historisch Städte als Orte des Handwerks, Handels und des Wissens galten, lagen die Aufgaben ländlicher Räume in der Sicherung der Energieversorgung und der Lebensmittelproduktion (Woods 2011b). Doch ländliche Räume waren und sind auch Orte der Reproduktion von Arbeitskräften für urbane Industrien (Edelman/Wolford 2017). Die klassischen Bereiche ländlicher Ökonomien liegen neben der Landwirtschaft in der Forstwirtschaft, im Bergbau, in der Fischerei, in der Jagd und der Energieversorgung (Woods 2011b). Auch wenn ländliche Ökonomien heute weitaus ausdifferenzierter sind als noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts, sind diese wirtschaftlichen Sektoren in vielen ländlichen Gegenden nach wie vor bedeutsam (siehe hierzu die Beispielstudie von Kröger 2016). Die Möglichkeiten des Abbaus natürlicher, nicht erneuerbarer Ressourcen wie Erdöl, Kohle oder Mineralien sind dabei stark von den jeweiligen lokalen Vorkommen abhängig. In den USA und Kanada beispielsweise musste ein Großteil der Minen in den 1970er Jahren geschlossen werden (Rønningen 2016). Zum einen, weil viele Vorkommen erschöpft waren, zum anderen, weil sie im Zuge der Handelsliberalisierungen auf dem internationalen Markt nicht mehr konkurrenzfähig waren oder die nationalen Umweltauflagen verschärft wurden (Woods 2011a). Ländliche Ökonomien, die primär auf Ressourcenförderung setzen und damit in hohem Maße exportabhängig sind, weisen oft eine hohe Anfälligkeit für Marktpreisschwankungen auf (Freshwater 2016).

Waren Ressourcenindustrien früher häufig in lokaler Hand, wird der Abbau natürlicher Ressourcen heute meist von international agierenden Großkonzernen geleitet, da ein hohes Maß an Kapital notwendig ist, um den Abbau international wettbewerbsfähig zu gestalten (Halseth 2016). Ursprünglich wurden Rohstoffe nur für den lokalen Gebrauch gefördert, aber mit der Entstehung großer Städte wurden ländliche Ökonomien zu Exportwirtschaften, die sich an der internationalen Nachfrage orientieren mussten. Mit der fortschreitenden Finanzialisierung der Gesellschaft ist das primäre Ziel heute nicht mehr die Befriedigung lokaler Bedürfnisse, sondern die Steigerung von Unternehmensprofiten und -werten (Woods 2011b). Durch die zunehmende Bedeutung überregionaler, meist internationaler, privater Investoren verbleiben die Profite aus dieser Wertschöpfung aber nicht oder nur in geringem Maße in der Region des Ressourcenabbaus. Gleichzeitig besteht eine hohe Abhängigkeit der Regionen von den internationalen Konzernen, da sie aufgrund der meist wenig ausdifferenzierten Ökonomien auf Steu-

ereinnahmen und Arbeitsplätze angewiesen sind. Diese Situation führt zu einem Machtungleichgewicht und schwächt die Verhandlungspositionen von lokalen Regierungen und Beschäftigten hinsichtlich Bezahlung, Arbeitsrechten oder Umweltauflagen (Halseth 2016). Infolgedessen unterstützen politische Akteure in ländlichen Regionen oft die Entscheidungen von Unternehmen und sprechen sich gegen Verschärfungen von Vorschriften aus. Auch Streiks und Widerstände der Beschäftigten sind angesichts der starken Marktposition der Unternehmen in ländlichen Räumen unwahrscheinlicher (Ashwood/MacTavish 2016) ebenso wie die Organisation und Unterstützung der Arbeiter*innen durch Gewerkschaften (Woods 2011a).

Der Abbau von Ressourcen geht oft mit Vertreibungen der lokalen Bevölkerung einher. So galten etwa in der Nachkriegszeit in Europa öffentliche oder als Allmende dienende Flächen (siehe hierzu Kapitel 4.2) in ländlichen Räumen oft als «ungenutzt». Die Regierungen vergaben private Landrechte und schufen eine Transportinfrastruktur (Halseth 2016). Oft wurden lokale Bevölkerungen enteignet, Ansprüche indigener Bevölkerungsgruppen negiert, der Zugang zu den lokalen Ressourcen massiv beschränkt und die Umwelt in Folge rücksichtsloser Abbaumethoden degradiert (Fairbairn et al. 2014). Heute werden diese Prozesse mit dem Abbau von Rohstoffen an Orten des Globalen Südens in Zusammenhang gebracht, während ein solches Vorgehen in Ländern des Globalen Nordens als zumindest teilweise überwunden gilt (Halseth 2016). Dennoch kommt es auch im Globalen Norden im Zusammenhang mit Ressourcenabbau nach wie vor zu Ausschlüssen und Diskriminierungen sowie Enteignungen (Hall 2013).

Neben der klassischen Nutzung natürlicher Ressourcen in ländlichen Ökonomien haben Rannikko und Salmi (2018) Prozesse identifiziert, die sie neoproduktivistisch nennen. Diese sind nicht zuletzt auf die in den 1970er Jahren aufkommenden Umweltbewegungen zurückzuführen. Dabei stützen sich rurale Ökonomien zwar nach wie vor auf natürliche Ressourcen, allerdings erfolgt ihre Kommerzialisierung auf eine konsumorientierte Weise (Hines 2012), etwa durch Outdoor-Tourismus oder die Ausweitung von Erholungsgebieten.

Während der Ressourcenabbau in Ländern des Globalen Nordens seit den 1970er Jahren insgesamt abgenommen hat, nicht zuletzt aufgrund verschärfter Umweltauflagen, erschöpfter Vorkommen, höherer Lohnkosten und Besteuerungen, steigt der Ressourcenverbrauch global weiter an. So beschreiben Exner et al. (2015) für die Energieversorgung, dass sich der Bedarf an energetischen Rohstoffen durch Energieeffizienz und den steigenden Anteil erneuerbarer Energien zwar regulieren lässt, damit aber die Nachfrage nach Metallen und Seltenen Erden steigt. Dieses Defizit wird durch Importe aus dem Globalen Süden ausgeglichen. Die sozialen und ökologischen Kosten des Abbaus werden so externalisiert (Rønning 2016).

Produktion und Dienstleistungen in ländlichen Räumen

Auch wenn der primäre Sektor in ländlichen Ökonomien nach wie vor eine wichtige Rolle spielt, hat sich der wirtschaftliche Schwerpunkt in vielen Regionen verschoben. In den 1960er und 1970er Jahren siedelten sich vermehrt Fabriken in ländlichen Räumen an (Kale/Lonsdale 1987). Während in den vergangenen Jahrzehnten viele Unternehmen die Fertigung in Länder des Globalen Südens verlagerten, bieten ländliche Räume im Globalen Norden ähnliche Vorteile: geringere Lohnkosten, niedrigere Grundstückspreise und einen Zugang zu Absatzmärkten (Marini/Mooney 2006). Ein weiterer attraktiver Standortfaktor ländlicher Räume ist die Möglichkeit zur Expansion, die vielen Fertigungsbetrieben in urbanen Räumen fehlt (Woods 2011a). Als Orte der Fertigungsindustrie stehen ländliche Räume des Globalen Nordens damit im wirtschaftlichen Wettbewerb mit Standorten im Globalen Süden.

In den letzten Jahrzehnten sind Dienstleistungen zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor ländlicher Räume im Globalen Norden geworden (Atterton 2016). So sind sieben von zehn Beschäftigten in den ländlichen Räumen Englands heute im tertiären Sektor beschäftigt. Der Bereich umfasst dabei eine breite Spanne von Beschäftigungen und Einkommen. Es zählen gutverdienende Anwält*innen, Finanzberater*innen oder Ärzt*innen dazu ebenso wie Beschäftigte im öffentlichen Dienst oder auch Geringverdienende in der Logistikbranche, der Schnellgastronomie oder der Pflege (Woods 2011a). Zahlen aus den USA zeigen, dass in mehr als 200 ländlichen, peripher gelegenen Counties über ein Viertel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst angestellt ist. Das Wachstum des Dienstleistungssektors ist zum einen auf den allgemeinen Strukturwandel hin zu einer Dienstleistungsökonomie sowie auf staatliche Entwicklungsmaßnahmen für ländliche Räume wie den Ausbau des Breitbandnetzes zurückzuführen (Atterton 2016), zum anderen auf den allgemein steigenden Konsum in ländlichen Räumen und die zunehmende Bedeutung des Tourismus (siehe Kapitel 3.1.3).

Beispielstudie: Ursachen und Hintergründe des finnischen Bergbaubooms

Kröger beschäftigt sich mit der Entwicklung des finnischen Bergbaus seit Mitte der 2000er Jahre. Er verweist auf einen weltweiten, noch nie dagewesenen Anstieg des Ressourcenabbaus, der sich nicht nur auf den Globalen Süden beschränkt, sondern auch die Länder des Globalen Nordens betrifft. So steigerte sich das Abbauvolumen von Eisenerz und anfallendem tauben Gestein in Finnland zwischen 2005 und 2010 von 5 auf 46 Millionen Tonnen. Kröger beschreibt, dass die Eröffnung von vier großen Minen im Norden und Osten von Finnland vor allem mit dem Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen gerechtfertigt wurde. Die Durchsetzung der massiven Steigerungen des Abbaus

führt er außerdem auf eine Neoliberalisierung des Staates zurück. Um im internationalen Wettbewerb um Bergbaustandorte konkurrenzfähig zu bleiben, nahm der Staat die negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus auf die Umwelt in Kauf. Die sich im staatlichen Besitz befindlichen Abbaugelände wurden von der Regierung zum Kauf freigegeben. Staatliche Akteure schufen so eine wesentliche Voraussetzung für die Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Die wohlwollende Haltung der Verwaltung und insbesondere der Regionalpolitiker*innen als demokratisch gewählte Vertreter*innen gegenüber den multinationalen Bergbauunternehmen bewertet Kröger als problematisch.

Quelle: Kröger, Markus (2016): Spatial Causalities in Resource Rushes: Notes from the Finnish Mining Boom, in: Journal of Agrarian Change, 16(4), S. 543–570.

3.1.3 Kommodifizierung ländlicher Räume durch Tourismus

Kommodifizierung beschreibt den Prozess des zur «Ware-Werdens». Objekte werden miteinander vergleichbar gemacht, um mit ihnen handeln zu können. Ihr konkreter stofflicher Inhalt ist dabei nur der Träger des Wertes und ihr Nutzen nur Mittel zum Zweck des Tausches und der Profitmaximierung. Das vorangegangene Kapitel beschäftigte sich mit dem Abbau natürlicher Ressourcen in ländlichen Räumen. Dabei kann von einer «klassischen» Kommodifizierung gesprochen werden, bei der Rohstoffe wie Kohle oder Holz abgebaut und handelbar gemacht werden. Die Rohstoffe haben dabei immer seltener einen direkten Nutzwert für die lokale Bevölkerung, vielmehr entscheiden Preise auf dem Weltmarkt über ihren vom Nutzwert unabhängigen Tauschwert. Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit dem Prozess des «zur Ware-Werdens» ländlicher Räume am Beispiel des Tourismus.

Mit dem Bedeutungsverlust der Landwirtschaft für ländliche Ökonomien setzten Entwicklungsstrategien für ländliche Räume vermehrt auf Tourismus. In der Literatur wird dies als der Übergang von einer produktions- hin zu einer konsumorientierten Ökonomie in ländlichen Räumen beschrieben (Vergunst 2016). So werden heute die ästhetischen Reize ländlicher Räume als Produkt inszeniert und verkauft. «Natürlichkeit», «Idylle» und «Landschaft» sind damit zu handelbaren Produkten geworden (Woods 2011a). Dabei ist besonders der Diskurs um ländliche «Friedlichkeit» und Erholung, aber auch die Beschreibung von ländlichen Räumen als Orte der Tradition (siehe Kapitel 2.3.1) von Bedeutung. Für Perkins (2006) ist die Kommodifizierung ländlicher Räume Ausdruck der Suche nach immer neuen Investitions- und Akkumulationsmöglichkeiten (siehe auch Harvey 2004 und Kapitel 2.1).

Flächendeckende Statistiken zur Entwicklung des Tourismus in ländlichen Räumen sind kaum verfügbar, dennoch lässt sich ab den 1980er Jahren eine zuneh-

mende Bedeutung der Tourismusindustrie feststellen. Dabei sind Erholungsaufenthalte und Freizeitaktivitäten schon seit der Entstehung größerer Städte etabliert, diese waren in der Vergangenheit allerdings nur den urbanen Eliten vorbehalten (Woods 2011b). Erst die zunehmende Mobilität durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die steigende Zahl automobilisierter Haushalte und die Ausweitung des Flugverkehrs machten ländliche Räume für ein breites Publikum zugänglich (Gibson 2009).

Die Inwertsetzung von Ländlichkeit findet auf verschiedenen Ebenen statt: Sie können gesehen, geschmeckt und gehört werden. Die Art der touristischen Attraktionen reicht von immer neuen Abenteuersportarten über Erholungsangebote bis hin zu kulturellen Erlebnissen. Outdoor-Aktivitäten wie Reiten, Wandern, Jagen oder Angeln haben eine lange Tradition. Hier geht es zumeist um den Konsum der Natur, verkauft werden die frische Luft und der Ausblick auf als schön bewertete Landschaften (Woods 2011b). Dabei wird die Nutzung dieser Güter zum Teil direkt verkauft, zum Beispiel in Form von Eintrittsgebühren für bestimmte Aussichtspunkte oder Nationalparks. Meist aber entstehen die Gewinne in Bereichen, die indirekt damit verbunden sind, etwa durch Ausgaben für Übernachtungen, Essen und Trinken, Leihgebühren oder Reiseleiter*innen. Von der zunehmenden Popularität von Aktiv- und Outdoor-Sportarten profitieren auch die Ausrüstungshersteller und der Einzelhandel, der beispielsweise Kletterzubehör oder Wanderausrüstung anbietet (ebd.). Die Bedeutung von ländlicher Natur für Erholungszwecke nimmt ebenfalls zu. Dabei werden ländlichen Räumen zugeschriebene Eigenschaften wie Ruhe, Einsamkeit und Friedlichkeit direkt oder indirekt kommodifiziert (Crouch 2006). Ländliche Räume werden dabei urbanen Zentren als Orte der Erholung entgegengestellt.

Ländliche Räume gelten häufig auch als Orte der Tradition (Cloke 2006). Als sogenannter «Ursprung» der Nation können hier die nationalen oder regionalen Werte vermeintlich in ihrer ursprünglichen Form erlebt werden. Dies zeichnen Silva und Leal (2015) anhand der Kommodifizierung historischer Orte in ländlichen Räumen Portugals nach (siehe hierzu die Beispielstudie). «Ländliche Traditionen» können in Form von Essen, Trinken, Musik oder Kunsthandwerk zur Ware beziehungsweise handelbar gemacht werden. Dies kann beispielsweise im Zuge von ländlichen Musikfestivals, in Form des Angebots regional produzierter Speisen und Getränke oder des Verkaufs von Souvenirs erfolgen (Woods 2011b).

Während der ländliche Tourismus in Küsten- und Bergregionen schon länger etabliert ist, wird Tourismus zunehmend auch für abgelegene, ehemals landwirtschaftlich geprägte Regionen relevant (Woods 2011a). Hier hat sich eine Art landwirtschaftlicher Tourismus entwickelt, oft in Form von Ferienwohnungen auf den Höfen, vielfach aber auch verbunden mit der Möglichkeit für den zahlenden Gast, Eindrücke vom

Hofleben zu gewinnen: beispielsweise beim Kühemelken oder Traktorfahren. Ländliche Räume und Lebensstile werden auf diese Weise zu Waren (Perkins 2006). Woods (2011b) beschreibt, dass ländliche Gemeinschaften dabei zum Teil Bräuche und Gewohnheiten wiederbeleben oder pflegen, die nicht mehr Teil des alltäglichen Lebens sind oder es nie waren. Vielmehr wird versucht, den Ländlichkeitsvorstellungen von Tourist*innen zu entsprechen. Die Diskurse, die die Tourismusindustrie im Rahmen von Filmen, Broschüren und Reiseführern von ländlichen Räumen setzt, materialisieren sich so im alltäglichen Handeln ländlicher Bevölkerungen (Perkins 2006).

Tourismus verändert ländliche Räume auf mehreren Ebenen (Crouch 2006). Dies drückt sich nicht nur in Anpassungsleistungen bestimmter ländlicher Bevölkerungsgruppen aus, sondern auch in der Bodenpreisentwicklung. So nimmt mit der wachsenden Bedeutung der Tourismusindustrie in einem Ort meist auch der Zuzug aus urbanen Räumen zu, was nicht selten einen Anstieg der Grundstückspreise in der Region zur Folge hat (Leebrick 2015; siehe auch Kapitel 3.2.5).

Der Ausbau des Tourismus wird in der wissenschaftlichen Literatur wie auch in der Regionalpolitik als Möglichkeit gesehen, ehemals landwirtschaftlich geprägten Regionen eine alternative wirtschaftliche Entwicklung zu bieten (Vuin et al. 2016). Dabei müssen die Auswirkungen des Tourismus in ländlichen Räumen differenziert betrachtet werden: So werden durch die Tourismusindustrie zwar vermehrt Arbeitsplätze geschaffen, diese liegen aber vor allem im Niedriglohnssektor und sind unsichere, saisonale Jobs, beispielsweise in der Gastronomie oder im Reinigungsgewerbe (Gibson 2009). Auch Marcouiller und andere (2004) stellen fest, dass Tourismus zwar Impulse für ländliche Ökonomien liefern kann, diese aber mit einem Anstieg regionaler Einkommensunterschiede einhergehen. Auch kann es zu Nutzungskonflikten zwischen lokaler Bevölkerung und Tourist*innen kommen (Øian 2013). Weitere mögliche negative Auswirkungen von Tourismus können Umweltbelastungen sein (Meletis/Campbell 2009).

Beispielstudie: Ländlicher Tourismus und nationale Identitätsbildung in Portugal

Silva und Leal untersuchten zwei bekannte historische Dörfer in Portugal. Mittels Interviews und Beobachtungen erforschten sie den Zusammenhang zwischen nationaler Identitätsbildung und ländlichem Tourismus. Die Dörfer werden als materielle Beweise für die mittelalterlichen Ursprünge der portugiesischen Nation vermarktet. Ihre Kommerzialisierung erfolgt durch die Möglichkeit, Geschichte in Form einer «Zeitreise» zu erleben. Sie werden so als Denkmäler dargestellt, welche die Geschichte Portugals repräsentieren und auf diese Weise eine nationale Identität produzieren. Diese Monumentalisierung wird vermarktet, um den Tourismus in den Regionen weiterzuentwickeln. Den-

noch stellen sich viele Bewohner*innen in beiden Regionen gegen die Vermarktung ihrer Dörfer als Denkmäler, da die hier vermittelten Eindrücke den eigenen Alltagserfahrungen und Erinnerungen an die Vergangenheit zuwiderlaufen.

Quelle: Silva, Luís/Leal, João (2015): Rural tourism and national identity building in contemporary Europe: Evidence from Portugal, in: Journal of Rural Studies, 38, S. 109–119.

3.1.4 Schlussfolgerungen

Die Transformationen ländlicher Ökonomien stehen mit drei wichtigen Entwicklungen im Zusammenhang:

- *Strukturwandel der Landwirtschaft*: Mit der zunehmenden Globalisierung der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg, fand auch eine Industrialisierung der Landwirtschaft statt, die mit einer Intensivierung und Modernisierung der Produktion, einer Zunahme der Bewirtschaftungsfläche pro Hof, der Schließung kleinerer Betriebe und dem Abbau von Arbeitsplätzen einherging. Ab den 1980er Jahren kam die gestiegene Bedeutung internationaler Finanzmarktakteure hinzu. Landwirtschaftliche Betriebe benötigten für die Finanzierung von Modernisierungen und Wachstum große Mengen an Kapital, weshalb der Einfluss der Finanzmärkte und von internationalen Investoren auf die Agrarwirtschaft immer größer wurde.
- *Ländlicher Strukturwandel*: Über die Landwirtschaft hinaus basierten ländliche Ökonomien auf der Versorgung von Städten mit Rohstoffen oder Energie. Auch diese Wirtschaftssektoren unterlagen in den letzten Jahrzehnten großen Veränderungen. Der Abbau und die Vermarktung natürlicher Ressourcen werden ebenfalls zunehmend von internationalen Finanzinvestoren bestimmt. Darüber hinaus ist auch ein Bedeutungsgewinn des Dienstleistungssektors festzustellen, der auf ländliche Arbeitsmärkte allerdings widersprüchliche Auswirkungen hat. Allgemein steigt der Anteil prekärer und schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse.
- *Kommodifizierung*: Insbesondere ländliche Natur wird zunehmend als Ressource oder touristisches Erholungsgebiet zu einer Ware, mit der Profite erwirtschaftet werden können. Natürliche Ressourcen werden zu auf internationalen Märkten gehandelten Produkten. Ländliche Landschaften oder lokale Lebensstile werden zu touristischen Attraktionen, an deren Vermarktung die Entwicklung ganzer Regionen ausgerichtet wird.

3.2 SOZIALER WANDEL IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Mit den Veränderungen ländlicher Ökonomien sind auch vielfältige soziale Auswirkungen verbunden. Im Folgenden werden einige Aspekte sozialen Wandels in ländlichen Räumen vorgestellt. Im ersten Abschnitt (Kapitel 3.2.1) werden die ländlichen Dimensionen von

Armut und sozialen Ausgrenzungen erörtert. In einem zweiten Schritt wird erläutert, warum ländliche Räume noch immer als «weiße Orte» wahrgenommen werden, obwohl sie in den vergangenen Jahrzehnten durch den Zuzug von migrantischen Arbeitskräften gekennzeichnet waren (Kapitel 3.2.2). Thema von Kapitel 3.2.3 sind Geschlechterverhältnisse und deren Wandel in ländlichen Räumen. In Kapitel 3.2.4 geht es um das wichtige Thema der Mobilität, während am Ende (Kapitel 3.2.5) gezeigt wird, dass auch in ländlichen Räumen zunehmend Gentrifizierungsprozesse stattfinden.

3.2.1 Ländliche Armut und soziale Ausgrenzungen

In Zeiten wachsender sozialer Ungleichheiten wird auch die Frage nach Armut in ländlichen Räumen relevanter (Shucksmith 2012). Während Armut in Großstädten in medialen und politischen Diskursen häufig thematisiert wird, ist Armut auf dem Land bislang ein wenig beachtetes Thema. Dabei sind die Bewohner*innen ländlicher Gebiete im Durchschnitt häufiger von Armut und sozialer Marginalisierung betroffen (Woods 2011b). Im Folgenden wird auf diese «versteckte» Armut in ländlichen Räumen eingegangen. Das Kapitel fragt nach den Ursachen dieser Entwicklungen und geht auf die davon betroffenen Personengruppen ein.

Definitionen von Armut

Armut kann unterschiedlich definiert werden. Die Vereinten Nationen bezeichnen Personen oder Haushalte als arm, wenn sie nicht selbst für grundlegende menschliche Bedürfnisse sorgen können. In der EU wird Armut hingegen im Verhältnis zum Wohlstand der Mehrheit definiert. Die Armutsgrenze liegt hier unterhalb von 60 Prozent des nationalen Mittelwertes der Einkommen (Milbourne 2016). In den letzten Jahrzehnten hat sich außerdem der Begriff der sozialen Exklusion etabliert. Damit wird der Kritik begegnet, dass sich gängige Armutsdefinitionen auf materielle Indikatoren beschränken und von der Annahme ausgehen, ein höheres Einkommen würde alle mit Armut assoziierten Probleme beseitigen (Woods 2011a). Die Betrachtung von Armut als soziale Exklusion berücksichtigt dagegen auch nicht-materielle Faktoren wie den Zugang zu Bildung oder gesellschaftliche Teilhabe. Spoor (2013) argumentiert, dass Menschen in ländlichen Räumen, die von Armut betroffen sind, in besonderem Maße auch soziale Ausschlüsse erfahren, da der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen aufgrund der räumlichen Distanzen erschwert und die Qualität vorhandener Einrichtungen schlechter sei als in den Städten.

«Versteckte Armut»

Debatten zu Armut konzentrieren sich zumeist auf Länder des Globalen Südens, in letzter Zeit vermehrt vor dem Hintergrund des erklärten Willens, Fluchtursachen stärker zu bekämpfen (Gurley 2016). Die Betrachtung von Armut im Globalen Norden beschränkt

sich fast ausschließlich auf Städte und erörtert Themen wie Kriminalität, Obdachlosigkeit oder sozialen Wohnungsbau. Diese Konzentration auf urbane Räume ist jedoch nicht mit einem «Mangel» an Armut in ruralen Räumen zu erklären. So zeigen Statistiken, dass in den USA und weiten Teilen Ost- und Südeuropas ebenso wie im Globalen Süden die materielle Armut auf dem Land meist höher ist als in den Städten (Woods 2011a). Eine Ausnahme bildet England. Hier ist die Anzahl der Menschen, die in Armut leben, in urbanen Räumen geringfügig höher als in ländlichen Regionen. In den USA zeigen die Statistiken für die 1990er und frühen 2000er Jahre einen Rückgang ländlicher Armut (Johnson/Lichter 2006). Mit der Finanzkrise kehrte sich diese Entwicklung allerdings wieder um (Milbourne 2016). Auch in Europa ist die Zahl der in Armut lebenden Menschen in ländlichen Gebieten seit der Finanzkrise weiter gestiegen (Bock 2016).

Erst in den 1990er Jahren wurden die ersten Studien zu ländlicher Armut veröffentlicht (Milbourne 2016). Warum das Thema lange Zeit wenig Beachtung fand, erklärt sich zum einen mit Diskursen über das vermeintliche ländliche Idyll (siehe Kapitel 2.3.1). Ländliche Armut passt nicht zum Bild von ländlichen Regionen als Orten der Erholung, der Gemeinschaft und des beschaulichen Lebens. Die ländliche Bevölkerung wird als Mittelschicht imaginiert (Phillips 2007). Ein weiterer Grund liegt in der anderen Sichtbarkeit ländlicher Armut: Während allgemein Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialleistungen als Merkmale für Armut gelten, sind in ländlichen Gebieten viele Menschen, die unter der definierten Armutsgrenze leben, berufstätig (Milbourne 2016). Dies ist zum einen auf die ländlichen Arbeitsmärkte zurückzuführen, die zum Großteil Beschäftigungen im Niedriglohnsektor bieten. Zum anderen wird die Existenz von Armut auf dem Land oft relativiert oder geleugnet. Dies führt zu einer Normalisierung von materieller Armut in ländlichen Räumen.

Fremde und eigene Erwartungen an Unabhängigkeit und die Fähigkeit zur Selbstversorgung gehen mit einer Ablehnung von staatlichen Hilfen und Sozialleistungen einher. Dies trägt dazu bei, dass ländliche Armut kaum statistisch erfasst wird und dementsprechend auch nicht im politischen Diskurs auftaucht. Die Bedürftigkeit, die durch ein geringes oder kein Einkommen entsteht, wird in ländlichen Räumen häufig durch lokale Netzwerke, den eigenen Anbau von Lebensmitteln oder schlecht bezahlte Arbeit verdeckt (Milbourne 2014). Armut in ruralen Kontexten ist also weniger offensichtlich, auch weil sie nicht wie in Großstädten geballt beispielsweise in Form von marginalisierten Quartieren auftritt (ebd.). So gibt es zwar auch in ländlichen Räumen ganze Gebiete, die als arm gelten und meist besonders abgeschieden sind, etwa die Appalachen-Region oder das Mississippi-Delta in den USA (Gurley 2016). Armut in ländlichen Regionen tritt aber oft sehr verstreut auf. Nicht selten wohnen Menschen mit großen Einkommensunterschieden in direkter Nachbarschaft zueinander.

Ähnliches gilt für Wohn- und Obdachlosigkeit, die zweifelsohne auch in ländlichen Räumen vorkommt. Auch sie ist hier meist weniger sichtbar als in Großstädten, da Betroffene häufig ihre Aufenthaltsorte wechseln, in leerstehenden Häusern schlafen oder unfreiwillig bei Freund*innen oder Verwandten wohnen. Zudem erschwert die räumliche Distanz den Zugang zu Unterstützungseinrichtungen in den Städten (Zufferey/Chung 2015).

Hintergründe ländlicher Armut

Die Ursachen für Armut in ländlichen Räumen sind vielfältig. Shucksmith (2016) verweist darauf, dass materielle Armut nicht (nur) auf die individuellen Lebensgeschichten der Betroffenen zurückzuführen ist. Vielmehr haben Armut und soziale Exklusion strukturelle Hintergründe, die hier nur angerissen werden können. Auf nationaler Ebene sind neoliberale Reformen zu nennen, die ab den 1980er Jahren für die Kürzungen von Sozialleistungen und die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen sorgten. Die verbliebenen Einrichtungen konzentrieren sich meist in urbanen Räumen und sind so für von Armut betroffene Menschen in ländlichen Räumen schwerer zugänglich. Des Weiteren sind die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf rurale Räume bisher nur wenig erforscht, es ist aber davon auszugehen, dass Austeritätspolitik und damit verbundene Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor gerade in ländlichen Gebieten weitreichende Folgen haben (Milbourne 2016).

Von Armut Betroffene auf dem Land

Die Bevölkerungsgruppen, die in ländlichen Räumen von Armut betroffen sind, unterscheiden sich von denen in Städten. In US-amerikanischen Städten sind überdurchschnittlich häufig nicht-weiße Personen arm. In ländlichen Räumen ist das Bild meist differenzierter. So leiden hier beispielsweise auch Weiße und ältere Menschen vermehrt unter materieller Armut. Die Armut älterer Menschen in ländlichen Räumen stellt in Hinblick auf die schlechteren öffentlichen Verkehrsverbindungen ein besonderes Problem dar. Eingeschränkte Mobilität erschwert die Teilhabe am sozialen Leben außerhalb der lokalen Gemeinschaft. Auch Unterstützungseinrichtungen und Wohlfahrtsverbände, die eher in Städten angesiedelt sind, sind schwerer zu erreichen (Milbourne/Doheny 2012).

Beschäftigte im ländlichen Niedriglohnsektor sind ebenfalls besonders stark von Armut betroffen. Die höheren Ausgaben für Transport und Benzinkosten sowie längere Anfahrtswege zur Arbeit verringern ihre geringen Einkünfte zusätzlich (Thiede et al. 2018). Auch wenn weiße Menschen in ländlichen Räumen im Vergleich zu weißen Stadtbewohner*innen tendenziell häufiger arm sind, machen marginalisierte ethnische Minderheiten in ländlichen Räumen die am stärksten von Armut betroffenen Gruppen aus (Sherman 2014). Diese Situation wird sich noch verschärfen, da Arbeiten im Niedriglohnsektor, in Bereichen wie der Land-

wirtschaft, dem Tourismus oder der Lebensmittelverarbeitung, zunehmend von Menschen ausgeführt werden, die aus ärmeren Ländern zugewandert sind.

Beispielstudie: Armut und Ländlichkeit: materielle und soziokulturelle Spaltungen

Eine Studie von Milbourne (2014) zeigt, dass Armut von den Betroffenen in ländlichen Räumen oft nicht als große Benachteiligung oder sozialer Ausschluss erlebt wird. Milbourne untersuchte die Zusammenhänge zwischen materiellen, sozialen und kulturellen Dimensionen von Armut im ländlichen Wales. Anhand von Erzählungen von Betroffenen über ihr Alltagsleben untersucht er, wie nach offiziellen Kriterien als arm geltende Menschen ihre Situation wahrnehmen. Er stellte fest, dass die Erzählungen sich auf das soziale und kulturelle Umfeld konzentrieren, materielle Armut dabei aber kaum eine Rolle spielt. Daraus lässt sich schließen, dass materielle Armut im Untersuchungsgebiet nicht als Grund für den Ausschluss vom Gemeinschaftsleben erfahren wird. Die Befragten definierten sich selten als arm und verneinten überwiegend, dass es in ihren Reihen und ihrem Umfeld überhaupt Armut gibt.

Quelle: Milbourne, Paul (2014): Poverty, Place, and Rurality: Material and Sociocultural Disconnections, in: Environment and Planning A: Economy and Space, 46(3), S. 566–580.

3.2.2 «Weiße Orte»?

Rassismus in ländlichen Räumen

Rassismus ist in urbanen sowie in ländlichen Räumen festzustellen. Er wird durch diskursive Zuschreibungen des Ländlichen als Ort einer homogenen weißen Gemeinschaft bestärkt. Das folgende Kapitel beschäftigt sich anhand ausgewählter Beispiele mit Forschungen zu ethnischen Minderheiten und indigenen Bevölkerungsgruppen in ländlichen Räumen, ihren Erfahrungen mit Rassismus und der Zuschreibung ländlicher Orte als «weiße Räume». Ebenso wird der Umgang mit migrantischen Arbeitskräften in ländlichen Räumen beleuchtet. Bei der Betrachtung ethnischer Minderheiten muss allerdings darauf verwiesen werden, dass die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe nur ein Aspekt von Identität ist, der ebenso sozial konstruiert ist und durch gesellschaftliche Zuschreibungen geprägt wird (McAreevey 2016).

«Weiße» ländliche Räume

Die verschiedenen Diskurse um ländliche Räume haben bei allen Unterschieden die Gemeinsamkeit, dass sie die ländlichen Räume des Globalen Nordens als überwiegend von weißen Bevölkerungsgruppen bewohnte Regionen wahrnehmen (Sibley 2006). Sie gelten als Orte der «Tradition» und der «Bewahrung von Werten». Diese Vorstellungen konstruieren ein Bild von einer «weißen Ländlichkeit». Nicht-weiße Menschen bedeuten in diesem Verständnis von ländli-

chen Räumen eine Abweichung von der Normalität. Ingrid Pollard, eine englische Fotografin, verdeutlicht dies in ihrer Fotoreihe «Ländliches Intermezzo», in der sie sich selbst als Person of Colour in «typisch» englischen Landschaften fotografiert (Tawadros 1989). Die Besonderheit dieser Motive verdeutlicht, wie abwesend People of Colour in der Repräsentation ländlicher Räume sind (Sibley 2006). Dabei entspricht dieses Bild nicht der «Realität». Zwar leben die meisten nicht-weißen Menschen im Globalen Norden in Metropolregionen, sie sind aber auch in ländlichen Räumen vertreten. Im Zuge zunehmender internationaler Migration steigt die Anzahl nicht-weißer Menschen in ländlichen Räumen.

Viele Staaten, wie Kanada und Australien, nutzen Einwanderung gezielt als politisches Mittel, um strukturschwache ländliche Räume zu fördern (McAreevey 2016). Die historischen Verbindungen zwischen nicht-weißen Menschen und ländlichen Räumen werden jedoch nach wie vor wenig beachtet. So verweist Bressey (2009) darauf, dass People of Colour zwar in vielfacher Verbindung zur englischen Vergangenheit stehen, diese aber kaum in der Erinnerungskultur repräsentiert sind. Beispiele für diese Verbindungen sind der Bau herrschaftlicher Häuser durch Sklaven, die Finanzierung des englischen Wohlstands durch die Ausbeutung der Kolonien oder asiatische Arbeiter*innen, die nach England immigrierten, um dort in den Baumwollspinnereien zu arbeiten (Cloke 2006). Die Abwesenheit dieser Menschen und ihrer Rolle und Schicksale in der Präsentation der europäischen Geschichte versagt weiten Teilen der Bevölkerung, sich trotz historisch gewachsener Wurzeln mit einem Land oder einer Region zu identifizieren (Bressey 2009).

Wie fragwürdig die Charakterisierung ländlicher Räume als «weiße» Orte ist, zeigen Nordamerika, Neuseeland oder Australien (Woods 2011b). Denn dort lebte die indigene Bevölkerung lange vor der Kolonialisierung durch weiße Siedler*innen. In den USA mussten Native Americans in Reservaten leben, meist in abgelegenen ländlichen Gegenden, wo sie von der weißen Bevölkerung getrennt waren. Diese teilweise bis heute bestehenden Reservate sind aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Diskriminierungen nach wie vor von Armut geprägt (McAreevey 2016).

Eines der bedeutendsten Beispiele systematischer Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung in ländlichen Räumen ist die Situation schwarzer Kleinbäuer*innen in den USA. In den 1920er Jahren war eine/r von sieben Landwirt*innen in den USA schwarz. Mit der Industrialisierung der Agrarwirtschaft wuchs der Druck auf die kleinen und mittleren Höfe (siehe Kapitel 3.1.1). Aufgrund struktureller Benachteiligung bei staatlichen Subventionen und beim Zugang zu Krediten verloren im besonderen Maße Schwarze ihr Land. Bis 1992 hatte sich die Zahl der schwarzen Landwirt*innen auf 19.000 reduziert (Woods 2011a: 285). Die ländlich geprägte Region im Südosten der USA, der sogenannte «Black Belt», gilt heute als eine

der am stärksten von Armut betroffenen Regionen der Vereinigten Staaten (ebd.).

Die Konstruktion ländlicher Räume als Orte der «Weißen», der Homogenität und der Traditionspflege gehört zur Strategie rechter Bewegungen und ihren Bestrebungen, diese für sich zu reklamieren und sich dort verstärkt anzusiedeln. Sie werden zum einen von der Versprechung des «reinen» und «ursprünglichen» Landlebens angezogen, zum anderen reizt sie aber auch, sich dort außerhalb der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und staatlicher Institutionen treffen zu können. Das Land bietet jedoch nicht nur Rückzugs- und Versammlungsräume für rechte Gruppen, sondern dient darüber hinaus zur politischen Mobilisierung. So stellt Woods (2011a) fest, dass rechte Bewegungen in den USA in wirtschaftlichen Krisengebieten, die stark von Bevölkerungsverlust und dem Abbau öffentlicher Infrastruktur betroffen sind, besonders erfolgreich neue Mitglieder gewinnen konnten.

Rassismus in ländlichen Räumen

Infolge internationaler Arbeitsmigration und der von Regierungen bevorzugten Unterbringung von Geflüchteten in ländlichen Räumen steigt die Anzahl nicht-weißer Bevölkerungsgruppen in ländlichen Regionen, wie Hubbard (2005) für England zeigt. Der Rassismus und die Probleme, die ethnische Minderheiten hier erfahren, wurden dabei lange im öffentlichen Diskurs ausgeblendet. Dies liegt insbesondere an der großen räumlichen Streuung der betroffenen Menschen. Rassistische Vorfälle und Diskriminierungen können so von der Mehrheitsgesellschaft leicht als Ausnahmen und Einzelfälle abgetan werden (Garland/Chakraborti 2006). Die Erfahrungen nicht-weißer Menschen (zum Beispiel in ländlichen Regionen Australiens) und das Verhalten lokaler Bevölkerung gegenüber unterschiedlichen marginalisierten Gruppen variieren jedoch stark (Forrest/Dunn 2013). So wurden in Europa Geflüchtete in einigen ländlichen Räumen durchaus willkommen geheißen, während dort lebende Roma hingegen schon seit Jahrzehnten Stigmatisierungen erfahren und kriminalisiert werden (Woods 2011b).

Verschiedene Arbeiten zeigen, dass viele ländliche Gemeinschaften Geflüchtete und andere zugezogene Menschen willkommen heißen und sie beim Aufbau eines neuen Lebens unterstützen (Hugo 2008). Gleichzeitig gibt es viele Berichte darüber, dass sich Schwarze in den USA und in Costa Rica oder Roma auf dem Land eher ausgeschlossen fühlen. Die Erfahrungen mit Exklusion reichen von ignorantem Verhalten der «Einheimischen» über konkrete rassistische Anfeindungen bis hin zu physischen Angriffen (Sibley 2006). Betroffene berichten oft von einem subtilen Rassismus, der ihnen die Identifikation mit dem ländlichen Lebensumfeld versagt. So würden sie zwar akzeptiert, blieben aber sozial isoliert und von informellen Informations- und Unterstützungsnetzwerken ausgeschlossen (Cloke 2006). Dieses Gefühl der Isolation verstärkt sich häufig dadurch, dass es in länd-

lichen Gemeinden kaum größere Communities von Migrant*innen und ethnischen Minderheiten gibt, in denen Sorgen und Probleme etwa mit dem Erlernen der neuen Sprache oder erlebten kulturellen und religiösen Differenzen geteilt werden könnten (Garland/Chakraborti 2006).

Ein weiteres Thema in der Fachliteratur zum Thema Rassismus in ländlichen Räumen sind Defizite der Arbeit von Behörden und öffentlichen Einrichtungen. Es wird zum Beispiel kritisiert, dass Anzeigen wegen rassistischer Anfeindungen von der Polizei zum Teil nur recht zögerlich oder widerwillig aufgenommen werden. Häufig sei eine Überforderung der Beamten festzustellen (Garland/Chakraborti 2006). McAreavey (2016) verweist darüber hinaus auf die Notwendigkeit, öffentliche Einrichtungen in ländlichen Räumen auszubauen und die dort Beschäftigten in Hinblick auf den Umgang mit Menschen zu schulen, die aus anderen Ländern geflüchtet bzw. migriert sind.

Migrantische Arbeitskräfte in ländlichen Räumen

Ein bedeutender Teil der in ländlichen Räumen lebenden Migrant*innen ist im Niedriglohnssektor beschäftigt. Zentrale Wirtschaftssektoren in ländlichen Räumen wie die Landwirtschaft, der Gartenbau, der Bausektor, die Alten- und Krankenpflege und der Tourismus benötigen vermehrt gering qualifizierte und flexible Arbeitskräfte (McAreavey 2016). Da Stellen in diesen Bereichen wegen weit verbreiteter Arbeitsplatzunsicherheit und geringer Bezahlung nicht gern von der ansässigen Bevölkerung eingenommen werden, üben Wirtschaftsvertreter in einigen Staaten bereits politischen Druck aus, bestehende Migrationsbestimmungen zu lockern. Ihr Interesse ist, mehr migrantische Arbeitskräfte «anzulocken» (Hugo 2008).

Bauder (2008) veranschaulicht, wie mediale Diskurse in Kanada die Arbeits- und Migrationspolitik der Regierung stützen. Einerseits gelten migrantische Arbeitskräfte als dringend benötigte Erntehelfer*innen, andererseits spricht man von ihnen aber auch als einer Bürde für lokale Gemeinschaften. Zugleich loben Journalist*innen die kanadische Einwanderungspolitik und deren positive Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens. So werden die bestehenden diskriminierenden Arbeits- und Migrationsgesetze legitimiert, die immer weniger Menschen einen gesicherten dauerhaften Aufenthalt ermöglichen. Eine weitere strukturelle Benachteiligung besteht darin, dass im Ausland erworbene Berufs- und Bildungsabschlüsse häufig nicht anerkannt werden und damit viele gut ausgebildete Migrant*innen zu schlecht bezahlten Jobs verdammt werden (McAreavey 2016).

Beispielstudie: Die Ethnisierung sozialer Fragen: Das Beispiel der Roma in Ungarn

Schwarz macht mit seiner Forschung im ländlichen Ungarn darauf aufmerksam, dass weite Teile der Bevölkerung und auch Angestellte der staatlichen Sozialverwaltung ländliche Armut häufig

nicht als eine soziale Frage behandeln, sondern als Merkmal bestimmter ethnischer Gruppen – in diesem Fall der Minderheit der Roma, die meist als eine homogene Bevölkerungsgruppe wahrgenommen wird. Dabei wird Armut nicht als ein strukturelles, sondern als ein moralisches Problem begriffen. Diskriminierungen in der ungarischen Gesellschaft erschweren dabei massiv den Zugang der Roma zum Arbeitsmarkt. Schwarz zufolge werden in der Öffentlichkeit von Roma in Anspruch genommene staatliche Hilfen zunehmend als «unverdient» bewertet. Diese Haltung spiegelt sich auch in dem Verhalten des Personals von Unterstützungseinrichtungen gegenüber Klient*innen wider, die der Gruppe der Roma angehören.

Quelle: Schwarz, Gyöngyi (2012): Ethnicizing poverty through social security provision in rural Hungary, in: *Journal of Rural Studies* 28(2), S. 99–107.

3.2.3 Patriarchale Orte? Gender und Sexualität in ländlichen Räumen

Ländliche Räume gelten als Orte, an denen traditionelle, oft patriarchale Strukturen nach wie vor ausgeprägter sind als in Städten. Auch traditionelle ländliche Arbeitsbereiche wie die Land- und Forstwirtschaft werden im öffentlichen Diskurs mit Maskulinität assoziiert. Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit Themenfeldern der Genderforschung zu ländlichen Räumen und geht auf Fragen von Sexualität, Zuschreibungen von Weiblichkeit und Männlichkeit, aber auch auf die Bedeutung von Intersektionalität sowie den Zusammenhang von Raum und Geschlechterrollen ein.

Rurale Genderforschung

Die Genderforschung hielt bereits in den späten 1970er Jahren Einzug in die Disziplin der Landsoziologie. Die Gender Studies hatten sich bis dahin zwar bereits mit Verhaltensweisen und Interaktionen von Männern und Frauen in ländlichen Räumen beschäftigt, nicht aber einen expliziten Bezug zwischen ländlichen Räumen und Geschlechterrollen hergestellt. In den ersten Jahren der Genderforschung konzentrierten sich Arbeiten mit Interesse an Geschlechterverhältnissen in ländlichen Gebieten vor allem auf die Rolle von Frauen in der Landwirtschaft, die einer Doppelbelastung ausgesetzt sind. Ihnen obliegen Reproduktionsarbeiten wie Kindererziehung und Haushaltsführung, zugleich leisten sie einen entscheidenden Beitrag zum Bestehen und Funktionieren des Hofes. Ihre Arbeit wird aber häufig nicht genügend anerkannt oder nicht als gleichwertig zu den Tätigkeiten von Männern angesehen (Brandth 2002).

Frauen halten meist die landwirtschaftlichen Betriebe am Laufen, darüber hinaus zeichnete die frühe rurale Genderforschung jedoch ein sehr klares Bild ihrer strukturellen Benachteiligung: Sie hatten schlechtere Zugänge zu bezahlter Arbeit und litten oft unter patri-

archalen Strukturen, bei denen nicht selten die höflichsten Männer die Entscheidungen für die Familie trafen (Little 2006). In den 1990er Jahren veränderte sich die Genderforschung mit Bezug zum Land. Es standen nun weniger Analysen von Geschlechterrollen im Fokus. Vielmehr wurden Zuschreibungen von Männlichkeit und Weiblichkeit in unterschiedlichen historischen und soziokulturellen Kontexten und deren Veränderungen im Laufe der Zeit untersucht und gefragt, wie diese individuell unterschiedlich gelebt und empfunden werden. Das Ergebnis dieser Studien war, dass auch in ländlichen Räumen inzwischen eine große Bandbreite gelebter Weiblichkeit und Maskulinität vorzufinden ist.

Sexualität in ländlichen Räumen

Die Forschung zu Sexualität in ländlichen Räumen konzentriert sich in erster Linie auf die Lebensumstände homosexueller Menschen. So beschreiben einige Studien die stärker ausgeprägte Homophobie in ländlichen Räumen (Eldridge et al. 2006). Ein traditionelles Familienbild, das Beziehungen zwischen Mann und Frau zum Kern und zur einzig anerkannten Form des sozialen Zusammenlebens erhebt, erschwere die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Paare (Little 2003). Untersuchungen zeigen, dass in ländlichen Räumen «maskulin» auftretende lesbische Frauen eher akzeptiert werden als «weiblich» auftretende homosexuelle Männer. Erklärt wird das damit, dass Maskulinität hier eher positiv konnotiert ist (Kazyak 2012; siehe weiter unten). Little (2003) gibt zu bedenken, dass durch die Fokussierung der Forschung auf Homosexualität die Bedeutung von Heterosexualität für ländliche Räume zu sehr vernachlässigt wurde. Sie verweist auf den Zusammenhang zwischen Sexualität und Raum: Räume seien mit Codes versehen, die unsere Sexualität prägen. In der gesellschaftlichen Wahrnehmung wird Heterosexualität häufig als ein Merkmal ländlicher Räume angesehen.

Ländliche Maskulinitätsvorstellungen

Vorstellungen von Maskulinität sind ein weiterer Schwerpunkt der Genderforschung in ländlichen Räumen. Hier geht es vor allem um die Rolle, die schwere und gefährliche körperliche Arbeit in der Land- oder Forstwirtschaft bei der Konstruktion von Männlichkeit spielt (Bye 2003). Es geht dabei häufig um die Beherrschung der Natur. Natur ist wegen der Assoziation mit Fruchtbarkeit in der Regel weiblich besetzt. Durch als männlich bewertete Tätigkeiten wie Jagen oder das Fällen eines Baumes wird die «weibliche Natur» bezwungen. Die Bedeutung körperlicher Stärke und Fitness wird zudem als Argument verwendet, um Frauen von diesen Arbeiten auszuschließen (Little 2006).

Konzentrierte sich die Forschung zu Maskulinität auf dem Land zunächst auf die mit Männlichkeitsbildern verbundenen Benachteiligungen und Ausschlüsse von Frauen, beschäftigen sich einige jüngere Studien mit den Auswirkungen diese Bilder auf männlich soziali-

sierte Menschen. Neben der Vorstellung vom starken und heroischen Mann, der die Natur bezwingt, zeichnete sich eine weitere ab: die eines verletzlichen Mannes, gefangen in einer sozial konstruierten Männlichkeit (Brandth/Haugen 2016). Forscher*innen erklären diese Vorstellung unter anderem mit gesellschaftlichen Erwartungen, die den Mann weiterhin als Haupternährer der Familie sehen. Mit dem Verlust des Hofes droht auch der Verlust von Männlichkeit. Viele der jungen männlich sozialisierten Menschen litten zudem unter dem Druck, mitunter gegen den eigenen Willen den landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern übernehmen zu müssen (McVay 2016).

Intersektionalität und ländliche Räume

Mit dem Begriff der Intersektionalität wird auf die Überschneidung verschiedener Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus etc. aufmerksam gemacht. Auch in ländlichen Räumen sind intersektionale Diskriminierungen von Bedeutung. Trotz der weiter bestehenden patriarchalen Strukturen ist auch hier ein Aufbrechen der traditionellen Rollenbilder zu beobachten. So argumentiert Shortall (2016), dass die Genderforschung oftmals ländliche Räume diskursiv vereinfachend als Orte der Rückständigkeit darstelle. Auch die Vorstellung von einer spezifisch «ländlichen Maskulinität» wird mitunter in der Genderforschung kritisiert, da damit die Bedeutung räumlicher Unterschiede überbetont werde. Den dichotomen Kategorien von Stadt und Land bzw. Mann und Frau sollte eine intersektionale Betrachtungsweise entgegengesetzt werden (Brandth/Haugen 2016). So spricht sich Leap (2017) für ein intersektionales Männlichkeitskonzept aus (siehe Beispielstudie).

Insgesamt spiegeln sich die allgemeinen Transformationen ländlicher Räume auch in den Geschlechterverhältnissen wider (Woods 2011b). So befördern beispielsweise die zunehmende Mobilität, die Entwicklungen neuer Techniken in der Landwirtschaft und eine vermehrte Beschäftigung außerhalb des Agrarsektors die Auflösung starrer Rollenbilder und Traditionen (Shortall 2016).

Beispielstudie: «Überlebensnarrative» – Zur Rekonstruktion intersektionaler Männlichkeit
 Braden Leap untersuchte die Vorstellungen von Männlichkeit in einer Kleinstadt im Mittleren Westen der USA. Die Ergebnisse zeigen, dass materielle und diskursive Beziehungen zwischen Ländlichkeit und Männlichkeit bestehen. Leap identifizierte ein spezifisches «Überlebensnarrativ»: Männer berichteten von ihren Aufenthalten in der nächsten größeren Stadt als etwas, das riskant ist und das es zu «überstehen» gilt. Das urbane Leben wird mit Homosexualität, Migrant*innen, Armen und Erwerbslosen sowie mit verrückten Künstler*innen assoziiert. Ländliche Räume dagegen sind nach Auffassung der Befragten «männlich dominierte» Räume, Orte, an denen man dem Wahnsinn der

Stadt und ihren Gefahren entkommen kann. In dieser Sicht sind Männer auf dem Land tendenziell weiß, heterosexuell und gehören der Mittelschicht an. Die Studie zeigt, wie stark Klassenzugehörigkeit, Wohnort, *race* und Sexualität an der Konstruktion von Männlichkeit beteiligt sind.

Quelle: Leap, Braden (2017): Survival narratives: Constructing an intersectional masculinity through stories of the rural/urban divide, in: *Journal of Rural Studies* 55, S. 12–21.

3.2.4 Migration und Mobilität

Migrationsbewegungen sind einer der wichtigsten Faktoren für den sozialen Wandel ländlicher Räume. Dabei ist fraglich, ob es solche geschlossenen und homogenen Gemeinschaften, wie sie häufig mit ländlichen Räumen assoziiert werden, überhaupt jemals gegeben hat (Bell/Osti 2010). Durch den Ausbau der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastrukturen hat die Mobilität ländlicher Bevölkerung in den zurückliegenden Jahrzehnten deutlich zugenommen (Woods 2011a). Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Abwanderung aus ländlichen Räumen und Zuwanderungsprozessen, mit den Motiven und Ursachen von Migration und deren Bedeutung für ländliche Räume.

Abwanderung aus ländlichen Räumen

Weite Teile der ländlichen Räume im Globalen Norden sind von Abwanderung betroffen. Besonders prägnante Beispiele hierfür sind Regionen im Inneren von Australien, die Great Plains in den USA, eine Vielzahl ländlicher Räume in Osteuropa und periphere Gebiete in Skandinavien oder in Italien (Woods 2011b). Besonders problematisch für ländliche Räume ist die ausgeprägte Abwanderung von jungen, gut ausgebildeten Bevölkerungsgruppen. Abwanderung wird in erster Linie auf ökonomische Faktoren zurückgeführt. In vielen ländlichen Räumen besteht ein Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen (Laoire/Stockdale 2016). Doch auch die Knappheit an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten ist von Bedeutung (Rosvall et al. 2018). Dabei zeigen statistische Erhebungen, dass Frauen eher migrieren als Männer, unter anderem weil sie in der Landwirtschaft schlechtere Chancen auf Beschäftigung haben (Rérat 2014). Der hohe Anteil abwandernder Frauen wird aber auch auf ihre im Durchschnitt besseren Schulabschlüsse zurückgeführt, was eine Migration wahrscheinlicher macht (Woods 2011a).

Befragungen zeigen außerdem, dass Frauen mit der Migration patriarchalen Strukturen und traditionellen Rollenbildern «entkommen» wollen (Laoire/Stockdale 2016). Während sich viele Debatten über die Gründe von Abwanderung auf wirtschaftliche Faktoren konzentrieren, verweist Nugin (2014) auf die Bedeutung von Diskursen um ländliche Räume. So kann die weit verbreitete Darstellung ruraler Gebiete als rückständig und die von Städten als Orte des Fortschritts ein weiterer Anreiz für junge Erwachsene sein, in urbane Zen-

tren abzuwandern (siehe Beispielstudie). Bislang thematisieren nur wenige Forschungsarbeiten die Frage, wer überhaupt die Möglichkeit hat, zu migrieren. Die Feststellung, dass besser ausgebildete Teile der ländlichen Bevölkerung eher abwandern, lässt auch auf einen Zusammenhang zwischen Klasse und Migrationsfähigkeit schließen (Laoire/Stockdale 2016). So spielt beispielsweise die finanzielle Lage der Eltern bei der Auswahl des Studienorts junger Erwachsener aus ländlichen Räumen eine entscheidende Rolle (Rosvall et al. 2018). Viele rurale Gemeinden leiden durch die Abwanderung nicht nur unter Überalterung, sondern infolge der sinkenden Bevölkerungszahlen auch an einer ausgedünnten Infrastruktur der Daseinsvorsorge wie Gesundheitseinrichtungen, Schulen, Kindergärten, öffentliche Verkehrsmittel oder Einkaufsmöglichkeiten. Das Dorfleben, das auf eine aktive Gemeinschaft angewiesen ist, gerät dadurch vielerorts in eine tiefe Krise (Woods 2011a).

Zuwanderungsprozesse

Ländliche Räume sind jedoch nicht nur Abwanderungsgebiete. Seit den 1970er Jahren sind auch vermehrt Rückwanderungen in ländliche Räume zu beobachten (Woods 2011b). Diese Entwicklungen werden in der Literatur meist unter dem Begriff der Counter-Urbanisierung verhandelt (siehe auch Kapitel 3.2.5). Die Forschung dazu konzentriert sich meist auf weiße Menschen aus der Mittelschicht im mittleren Alter, die auf der Suche nach dem «ländlichen Idyll» in landschaftlich attraktive Gebiete ziehen, beispielsweise in Küstennähe oder in Bergregionen (Laoire/Stockdale 2016). Dabei ist die Zusammensetzung der Gruppe der Menschen, die in rurale Gebiete migrieren, viel umfassender und sind ihre Motivationen weit komplexer. Neben Menschen, die sich einen Zweitwohnsitz leisten können, oder finanziell gut gestellten Rentner*innen gibt es etwa die Gruppe der Aussteiger*innen, junge Familien und sogenannte Rückkehrer*innen, das heißt Menschen, die etwa auf dem Land aufgewachsen sind und nach einer Lebensphase in der Stadt wieder in den ländlichen Raum ziehen (Woods 2011a).

Die Migration in ländliche Gebiete kann neben dem Wunsch nach Ruhe, Platz, Gemeinschaft und bezahlbarem Wohnraum (Bijker et al. 2012) auch durch externe Faktoren beeinflusst werden. So zeigt beispielsweise Gkartzios (2013), wie städtische Bewohner*innen Griechenlands im Zuge der Finanzkrise 2008 vermehrt ihre Arbeitsplätze verloren. Daraufhin konnten viele ihre Mieten oder Hauskreditraten nicht mehr bezahlen, sodass sie in großer Zahl zurück in die Dörfer zogen, aus denen ihre Familien stammen. Darüber hinaus hängen die Entscheidungen für oder gegen die Migration in ländliche Räume von den sozialen und wirtschaftlichen Strukturen und Netzwerken ab, in welche die Betroffenen eingebunden sind.

Der Zuzug von Menschen aus anderen Ländern und Weltregionen ist in vielen ländlichen Regionen eher ein neueres Phänomen (Woods 2018), ausgelöst durch

diverse Globalisierungsprozesse (Barcus/Simmons 2013). Im englischsprachigen Raum werden rurale Gebiete bereits als neue Migrationsziele verhandelt (McAreevey/Argent 2018). In der Debatte muss jedoch zwischen freiwilliger und erzwungener Migration unterschieden werden. Es macht einen Unterschied, ob Menschen vor Kriegen, politischer Verfolgung oder Naturkatastrophen flüchten oder freiwillig in die Dörfer des Globalen Nordens ziehen. Zum Teil hat die wachsende Zahl der dort lebenden Menschen aus dem «Ausland» vor allem damit zu tun, dass Unterkünfte für Asylbewerber*innen in den Staaten des Globalen Nordens gezielt in ländlichen Räumen angesiedelt werden (Hugo 2008; siehe Kapitel 3.2.3).

Eine bedeutende Gruppe unter den zugewanderten Menschen bilden Arbeitsmigrant*innen. Viele davon sind zu Niedriglöhnen in der Landwirtschaft, der Tourismusindustrie, im Baugewerbe oder in der Lebensmittelverarbeitenden Industrie beschäftigt (Petrrou/Connell 2018). Es ist aber auch zu beobachten, dass sich durch die internationale Migration translokale Netzwerke zwischen ländlichen Lokalitäten im Globalen Norden und anderen Orten der Welt etablieren (Webster 2017). Diese Veränderungen beschreibt Woods (2018) mit dem Begriff «ländlicher Kosmopolitismus». Die internationale Arbeitsmigration in ländliche Räume des Globalen Nordens wird oft als Win-win-Situation dargestellt, da von Abwanderung betroffene ländliche Gemeinden Bevölkerungszuwächse erfahren und migrantische Arbeitskräfte für unattraktive Branchen «gewinnen». Diese Darstellung unterschlägt jedoch die oft schlechten Arbeitsbedingungen sowie die hohen sozialen Kosten, die mit einer Migration verbunden sind, wie etwa die Belastungen durch das Zurücklassen der eigenen Familie (Jingzhong/Lu 2011).

Mobilität auf dem Land

In Abgrenzung zu Migration bezeichnet Mobilität einen temporären Ortswechsel (Laoire/Stockdale 2016), wie beispielsweise das Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort. Die ländliche Bevölkerung wird in öffentlichen Diskursen häufig als immobiler angesehen als urbane Bevölkerungsgruppen. Faktisch legen Menschen im ländlichen Raum im Durchschnitt jedoch jeden Tag längere Strecken zurück, etwa zu ihrem Arbeitsplatz oder zu Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen (Milbourne/Kitchen 2014). Die großen Entfernungen führen auch zu einer größeren Abhängigkeit von Transportmitteln. In der Fachliteratur wird diese Abhängigkeit gerade im Zusammenhang mit dem steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung im ländlichen Raum und dem Rückbau des öffentlichen Personennahverkehrs als problematisch bewertet (Woods 2011a). Gleichzeitig nimmt die Mobilität ländlicher Bevölkerungen, gemessen an der Zahl der Pendler*innen, zu. Hinzu kommt eine größere virtuelle Mobilität durch den Ausbau von Telekommunikationsnetzwerken (Townsend et al. 2017).

Beispielstudie: «Ich denke, sie sollten gehen. Lass' sie etwas sehen.» Beweggründe für die Abwanderung junger Menschen vom Land im postsozialistischen Estland

Nugin hat die Migrationsmotive junger Erwachsener in ländlichen Gebieten in Estland untersucht. Sie stellte fest, dass die Entscheidungen für oder gegen Migration stark von gängigen Narrativen über Stadt und Land beeinflusst werden. So fördern Zuschreibungen und Darstellungen ländlicher Räume als rückständig, arm und von Überalterung bedroht die Abwanderung in urbane Gebiete. Die Migration junger Leute in die Stadt wird medial als etwas Unumgängliches und als Weg zur Selbstverwirklichung verhandelt. Auch in der Jugendarbeit gilt die Migration in urbane Gegenden als Ausdruck von Handlungsfähigkeit und Selbständigkeit der Jugendlichen. Die Migration wird so eher als ein «sich Vorwärtsbewegen» als ein «sich Wegbewegen» empfunden.

Quelle: Nugin, Raili (2014): «I think that they should go. Let them see something.» The context of rural youth's out-migration in post-socialist Estonia, in: *Journal of Rural Studies* 34, S. 51–64.

3.2.5 Wohnraum in ländlichen Räumen

Diskussionen um sozialen Wohnungsbau, Mietpreisminderungen und Gentrifizierung beschränken sich in den meisten Fällen auf Großstädte und urbane Ballungsräume. Die Frage nach bezahlbarem und angemessenem Wohnraum in ländlichen Räumen wird dagegen viel seltener gestellt. Wie in Kapitel 3.2.1 zu Armut und sozialer Ausgrenzung gezeigt, sind die Einkommen in ländlichen Regionen meist jedoch niedriger als in den Städten. Auch das Risiko, von Armut betroffen zu sein, ist hier höher (Shucksmith 2016). Das folgende Kapitel zeigt, dass Wohnraum in ländlichen Räumen keineswegs ein so unproblematisches Thema ist, wie die Bilder vom «idyllischen Landleben» vermitteln. Neben dem Zustand des zur Verfügung stehenden Wohnraums in ländlichen Räumen beschäftigt sich das Kapitel mit den Auswirkungen von Zuwanderung in ländliche Räume am Beispiel der Gentrifizierung.

Defizite der Wohnraumversorgung in ländlichen Räumen

Wohnen in ländlichen Räumen wird in den meisten Ländern mit dem Wohnen in Eigenheimen gleichgesetzt. Tatsächlich ist der Anteil der Immobilien in Privatbesitz beispielsweise auf dem Land in Australien, Neuseeland, den USA und England signifikant höher als in urbanen Räumen (Milbourne 2006). Der hohe Eigentumsanteil ist ein Grund, warum das Thema Wohnraumversorgung in ländlichen Räumen weniger politische Aufmerksamkeit erfährt (Gkartzios/Ziebarth 2016). Es besteht jedoch durchaus ein Mangel an Miet- und insbesondere an Sozialwohnungen. So zeigt eine Studie für Frankreich, dass hier zwar landesweit ein

Viertel des Wohnungsneubaus auf Sozialwohnungen entfällt, davon aber nur acht Prozent in ländlichen Regionen errichtet werden (Auclair/Vanoni 2002). Dabei erhöht die vermehrte Beschäftigung im Niedriglohnssektor den Bedarf an günstigem Wohnraum gerade in ländlichen Räumen. Besonders migrantische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind von dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum und dem begrenzten Mietwohnungsangebot betroffen. Die Unterkünfte in den landwirtschaftlichen Betrieben, in denen sie arbeiten, sind meist unzureichend und zum Teil durch Schimmelbefall oder alte Wasserleitungen gesundheitsgefährdend (Nelson 2018).

Vorschriften wie zum Beispiel Bebauungsverbote in Naturschutzgebieten oder zum Schutz vor Zersiedelung verschärfen das Problem des Mangels an bezahlbarem Wohnraum in ländlichen Regionen zusätzlich (Gkartzios/Ziebarth 2016). Häufig ist Wohnungsneubau auch nicht im Interesse lokaler Eliten, weil diese zum einen das Bild des «ländlichen Idylls», geprägt von dünn besiedelter Landschaft und romantischen alten Häusern, aufrechterhalten und zum anderen den Wert der eigenen Immobilien durch ein möglichst geringes Angebot schützen oder gar steigern wollen (Milbourne 2006). Der Grund für die geringe Dichte von Sozialwohnungen in ländlichen Räumen im Globalen Norden ist auch auf neoliberale Reformen in den 1980er und 1990er Jahren zurückzuführen. Ein Großteil der Sozialwohnungen in ländlichen Räumen wurde in den vergangenen Jahrzehnten privatisiert (Gkartzios/Ziebarth 2016).

Weitere Problematiken der Wohnraumversorgung auf dem Land sind vergleichsweise hohe Renovierungs-, Instandhaltungs- und Energiekosten sowie der häufig schlechte Zustand und die geringe Qualität der Bausubstanz (Woods 2011a). Hinzu kommt, dass sich die zum Wohnen zur Verfügung stehenden Unterkünfte zumeist nicht mit den Bedürfnissen der Wohnraumsuchenden decken. So handelt es sich vermehrt um Gebäude, die ehemals landwirtschaftlich genutzt und von Beschäftigten in der Landwirtschaft bewohnt wurden. Mit der Industrialisierung der Landwirtschaft mussten viele kleine Höfe den Betrieb aufgeben (siehe Kapitel 3.1.1). Zurück blieben große, oft alte Gehöfte mit vielen Nebengebäuden. Ein Teil der alten Bebauung in ländlichen Räumen steht mittlerweile unter Denkmalschutz. Die Auflagen verhindern einen Neubau oder den starken Umbau der Gebäude und verlangen aufwendige und oft kostenintensive Sanierungen (ebd.). In abgelegenen ländlichen Gegenden ist auch der Anschluss von Häusern an das Strom-, Wasser- und Abwassernetz bis heute nicht garantiert (Milbourne 2006). Die großen Sanierungsarbeiten im Globalen Norden Mitte des 20. Jahrhunderts, insbesondere in den sogenannten Armutsvierteln, blieben auf die urbanen Räume beschränkt (Woods 2011a).

Auch in ländlichen Räumen besteht also ein Mangel an angemessenem und bezahlbarem Wohnraum. Die Betroffenen leben allerdings räumlich eher verstreut,

sind schlechter organisiert und meist weiter entfernt von den politischen und wirtschaftlichen Zentren, in denen Entscheidungen über Wohnraum getroffen werden (Gkartzios/Ziebarth 2016).

Ländliche Gentrifizierung

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in ländlichen Räumen hat aber heute auch noch einen anderen Grund: die auch auf dem Land stattfindende Gentrifizierung. Aufgrund großer Differenzen ist es schwierig, allgemeine Aussagen über die Entwicklung der Immobilienpreise in ländlichen Räumen zu treffen (Woods 2011b). Dennoch lassen sich einige Trends auf den Immobilienmärkten benennen.

Der erste hat mit der Abwanderung vor allem junger Menschen aus ländlichen Gebieten zu tun, die als abgelegen und wirtschaftlich benachteiligt gelten. Leerstand und eine Überalterung der Bevölkerung sind die Folge (Liu et al. 2010). Die Zurückgebliebenen besitzen zwar in den meisten Fällen ein Eigenheim, haben aber nur eingeschränkten Zugang zu sozialen Dienstleistungen. Die Immobilien sind oft renovierungsbedürftig und nur selten altersgerecht ausgestattet. Das Problem des Leerstands und seiner Folgen erfährt in der englischsprachigen kritischen Landforschung allerdings nur wenig Aufmerksamkeit (Milbourne 2006).

Eine andere für Wohnungsmärkte in ländlichen Räumen bedeutende Entwicklung sind die Zuzüge von Menschen aus urbanen Zentren (siehe zum Phänomen der Counter-Urbanisierung Kapitel 3.2.4). Diese führen nicht selten zu Gentrifizierung. Häufig ziehen weiße Mittelschichtshaushalte zu, darunter viele Rentner*innen, Pendler*innen oder Menschen, die auf dem Land einen Zweitwohnsitz oder ein Feriendomizil erwerben (Gkartzios/Ziebarth 2016). Die genannten Personengruppen kaufen, motiviert von der Vorstellung des «guten ländlichen Lebens», Immobilien in landschaftlich attraktiven Gebieten. Durch den Zuzug zahlungskräftiger Bevölkerungsschichten steigen die Miet- und Kaufpreise von Immobilien, was oft zu einer Verdrängung der lokalen Bevölkerung führt, die sich aufgrund geringerer Löhne die gestiegenen Preise nicht mehr leisten kann (Löffler/Steinicke 2006). Diese Prozesse werden durch eine allgemein gewachsene Mobilität, aber auch durch nationale Entwicklungsprogramme für ländliche Räume verstärkt, die sich auf einen Ausbau des regionalen Tourismus konzentrieren (Gkartzios/Ziebarth 2016).

Auch wenn es viele Studien zu den beschriebenen Prozessen in ländlichen Räumen gibt, ist der Begriff der ruralen Gentrifizierung umstritten (Stockdale 2010). Verschiedene Arbeiten verweisen darauf, dass die Migration von Menschen in ländliche Räume ein recht komplexer Prozess ist und die Folgen differenzierter betrachtet werden müssen (siehe hierzu die Beispielstudie von Phillips 1993). Forschungen aus den Niederlanden zeigen beispielsweise, dass Gentrifizierung nicht zwangsläufig zu einer Verdrängung lo-

kaler Bevölkerungsgruppen führt. So würde die soziale Verankerung der Ansässigen beim Wettbewerb um den Kauf von Immobilien in begehrten Gegenden häufig mehr zählen als die finanziellen Möglichkeiten von Kaufinteressierten aus der Stadt (de Groot et al. 2012). Andere Studien aus Ländern des Globalen Nordens zeigen, dass die zuwandernden Personen weder alle aus urbanen Zentren kommen noch mehrheitlich der Mittelschicht angehören (vgl. Kapitel 3.2.4). Vielmehr ist die Hoffnung auf bezahlbaren Wohnraum ein entscheidender Migrationsgrund für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen (Bijker et al. 2012).

Beispielstudie: Gentrifizierung auf dem Land und Prozesse der «Klassenkolonisierung»

Phillips vergleicht Debatten um urbane Gentrifizierung mit ähnlichen Prozessen auf dem Land und geht den unterschiedlichen Ursachen dieser Entwicklungen nach. Im Rahmen seiner Forschung untersuchte er Haushalte in vier Dörfern in Wales. Er zeigt, dass Gentrifizierung auf dem Land nicht einfach die Verdrängung der Arbeiterklasse durch Menschen aus mittleren Einkommensklassen bedeutet. Die Gentrifizierer gehörten ihm zufolge ganz unterschiedlichen sozialen Schichten an. Auch bei den Ursachen differenziert er: Neben Kapitalinteressen, die hinter Investitionen in Immobilien stehen, sieht er weitere Faktoren und Motivationen, die Einfluss auf den Verlauf von Gentrifizierung nehmen, wie soziale Bindungen, familiäre Unterstützung, die dazu führen, dass Haushalte sich erneut in den Dörfern ansiedeln. Wichtig für den Zuzug von Mittelschichtshaushalten ist auch die Hoffnung auf ein besseres Aufwachsen der Kinder. Gentrifizierung in ländlichen Räumen ist damit sowohl Ausdruck der ungleichen Zirkulation des Kapitals als auch eine Möglichkeit, sich in einen bestimmten Lebensstil einzukaufen.

Quelle: Phillips, Martin (1993): Rural gentrification and the processes of class colonization, in: Journal of Rural Studies 9(2), S. 123–140.

3.2.6 Schlussfolgerungen

Der soziale Wandel in ländlichen Räumen wird anhand von fünf Aspekten deutlich:

- *Materielle Armut und soziale Ausgrenzung*: Auch die ländliche Bevölkerung ist in erheblichem Ausmaß von Armut betroffen. Diese wird jedoch nur selten in öffentlichen Debatten thematisiert und äußert sich teilweise «versteckt». Die Situation der von Armut Betroffenen wird zusätzlich durch die große Entfernung zu Unterstützungseinrichtungen verschärft.
- *Rassismus*: Ländliche Räume gelten häufig immer noch als «weiße Orte». Insbesondere aufgrund der internationalen Arbeitsmigration und der steigenden Zahl an Geflüchteten, die bevorzugt in ländlichen Räumen untergebracht werden, ist dieses Bild jedoch inzwischen überholt. Die Erfahrungen von

nicht-weißen Menschen in ländlichen Räumen variieren stark. Sie reichen von rassistischer Stigmatisierung und Übergriffen bis hin zu einer ausgeprägten Willkommenskultur, die Zuwanderung als Chance für ländliche Regionen begreift.

- *Geschlechterverhältnisse*: Ländliche Räume gelten vielfach als Orte, die von maskulinen und patriarchalen Strukturen geprägt sind. Frauen hatten hier lange Zeit mit Benachteiligungen wie einem erschwerten Zugang zu gut bezahlten Stellen und einer mangelnden Anerkennung ihrer Arbeit zu kämpfen. Doch auch in ländlichen Räumen erfahren traditionelle Geschlechterrollen einen Wandel und werden zunehmend hinterfragt.
- *Ab- und Zuwanderung*: Aufgrund des Mangels an qualifizierten Arbeitsplätzen erleben ländliche Räume vielfach Abwanderung. Verstärkt wird dies noch durch die diskursive Abwertung von ländlichen Räumen als rückständig. Ländliche Räume erfahren aber auch Zuwanderung, insbesondere aus der weißen Mittelschicht, die im «ländlichen Idyll» leben möchte.
- *Gentrifizierung*: Angesichts des vermehrten Zuzugs von zahlungskräftigeren Bevölkerungsgruppen und der zunehmenden touristischen Inwertsetzung ländlicher Räume steigen in einigen ländlichen Orten die Boden- und Immobilienpreise. Die damit einhergehende Aufwertung hat nicht selten die Verdrängung der lokalen Bevölkerung zur Folge.

3.3 MENSCH-UMWELT-BEZIEHUNGEN IN LÄNDLICHEN KONTEXTEN

Ländliche Räume erfahren nicht nur einen wirtschaftlichen und sozialen Wandel, auch natürliche Ressourcen und deren Bewirtschaftung sind aktuell von vielfältigen Veränderungen gekennzeichnet. Hinsichtlich der Mensch-Umwelt-Beziehungen haben ländliche Räume eine doppelte Funktion: Einerseits sind sie die Orte, an denen natürliche Ressourcen – meist im Interesse von Städten – ausgebeutet werden und die von hohen Schadstoffbelastungen, beispielsweise durch landwirtschaftliche Produktion, Verkehr oder Müllentsorgung, betroffen sind. Andererseits sind ländliche Räume auch bedeutende Orte der Transformationen auf dem Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Im Folgenden soll auf zwei ausgewählte Aspekte der umfassenden Mensch-Umwelt-Beziehungen näher eingegangen werden: auf die besondere Rolle, die ländliche Räume für den Naturschutz haben (Kapitel 3.3.1), und die Auswirkungen des Klimawandels auf ländliche Räume (Kapitel 3.3.2).

3.3.1 Natur in ländlichen Räumen – Gefährdung und Schutz

«Natürliche» oder «naturbelassene» Landschaften gelten als charakteristisch für ländliche Räume. Sie sind aber auch Gegenstand von Konflikten und Aushandlungsprozessen auf verschiedenen Ebenen (Woods 2011a). Denn auch wenn viele naturschutzrechtliche

Vereinbarungen auf nationaler oder supranationaler Ebene getroffen werden, sind ländliche Räume in der Regel die Orte der Umsetzung dieser Maßnahmen. Gleichzeitig sind rurale Gebiete in Folge von Rohstoffabbau und Landwirtschaft besonders von Umweltschäden betroffen. Das folgende Kapitel geht zunächst auf typische, in ländlichen Räumen auftretende Umweltschäden ein und beleuchtet die ungleiche Verteilung negativer Umweltfolgen zwischen Stadt und Land. Der zweite Teil des Kapitels beschäftigt sich mit der Entwicklung und der Bedeutung von Naturschutz in ländlichen Räumen.

Umweltbelastungen

Wie in Kapitel 3.1.2 beschrieben, war es mit der Entstehung größerer Städte die primäre Aufgabe ländlicher Räume, für die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Rohstoffen wie Baumaterialien, Lebensmittel und Energie zu sorgen (Everingham 2016). Dies hat bis heute zur Folge, dass ländliche Räume auch das Gros der Umweltbelastungen, die durch eine intensivierete Landwirtschaft und fossil-nukleare Energieversorgung entstehen, zu tragen haben (siehe Kapitel 2.2.1). Kousis (1998) verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff der ökologischen Marginalisierung. Damit verweist sie auf die Ausbeutung lokaler Ressourcen im Sinne nationaler und supranationaler Interessen. Die ländliche Bevölkerung zahle einen hohen Preis für die fortschreitende Industrialisierung, da sie von dieser weniger profitiere und mehr unter den negativen Folgen zu leiden habe als städtische Bevölkerungsgruppen.

Neben dem Rohstoffabbau und der Nahrungsmittelproduktion sind ländliche Räume auch bevorzugte Ansiedlungsorte von großen Infrastrukturprojekten wie Flughäfen oder Militärbasen (ebd.). Die sozialen wie ökologischen Nachteile, die bei der Gewinnung von Energie, Rohstoffen und Nahrung entstehen, treffen ländliche Bevölkerungen und die Umwelt in ländlichen Räumen überproportional stark (ebd.). Kelly-Reif und Wing (2016) sprechen von einer «parasitären Beziehung» zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung (siehe hierzu die Beispielstudie). Aber auch andere Wirtschaftsbereiche, von denen insbesondere die urbane Bevölkerung profitiert, wie der Tourismus, bringen Umweltbelastungen mit sich (Kousis 2000).

Darüber hinaus sind ländliche Räume in vielen Fällen auch Orte der Entsorgung von Giftstoffen und Müll, die zu einem Großteil Abfallprodukte des Lebens und der Produktion in urbanen Gebieten sind (Kelly-Reif/Wing 2016). Unter den Umweltbelastungen leiden bestimmte ländliche Bevölkerungsgruppen stärker als andere. Untersuchungen aus den USA zeigen, dass die südlichen Bundesstaaten mit einem vergleichsweise hohen Bevölkerungsanteil von Schwarzen hiervon besonders betroffen sind. So finden sich Mülldeponien oftmals in den ländlichen Räumen, in denen überproportional viele Native oder Black Americans leben (Kousis 1998).

Naturschutz

Doch rurale Gebiete sind nicht nur Orte, an denen Umweltschäden besonders deutlich hervortreten, es sind auch Räume, in denen die Natur geschützt wird. Die Idee der Bewahrung einer als von menschlichen Einflüssen unberührt geltenden Landschaft kam erstmals Mitte des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Ausweitung der Städte und Industrialisierung auf, thematisiert von Schriftsteller*innen der Romantik (Brockington/Duffy 2010; siehe Kapitel 2.3.1). In England gründete sich 1895 der National Trust, ein Zusammenschluss von Wohlhabenden, die Grundstücke und historische Orte auf dem Land aufkauften, um diese zu erhalten und zu schützen (Woods 2011a). Die Idee des Naturschutzes, die sich in dieser Zeit in vielen Orten des Globalen Nordens etablierte, spiegelte sich auch in der Errichtung von Nationalparks in den kolonialisierten Gebieten wider (Robbins 2011). MacDonald (2005) argumentiert, dass diese Interpretation von Naturschutz, die der lokalen Bevölkerung die Fähigkeit abspricht, angemessen mit ihrem Lebensraum umzugehen, bis heute vorherrschend ist. Dies veranschaulicht das Beispiel von Yellowstone, der 1872 als erster Nationalpark weltweit eröffnete (Woods 2011a). Der Errichtung des Parks ging die Umsiedelung der ansässigen indigenen Bevölkerung in Reservate voraus (Robbins 2011). In dieser «Befreiung» der Natur vom Menschen und dessen Aktivitäten spiegelt sich das bis heute vorherrschende Grundverständnis von Natur wider. Natur und Wildnis werden darin als etwas Beständiges, bereits immer Dagewesenes interpretiert, das in seiner Ursprünglichkeit bewahrt werden muss (Woods 2011a). Dieser Vorstellung liegt die Annahme zugrunde, dass Natur eingegrenzt, also territorialisiert werden kann. Es entstehen abgeschlossene, idealisierte Naturlandschaften, die als schutzbedürftig dargestellt werden (Buscher et al. 2012). Dies widerspricht jedoch dem Bedürfnis von Ökosystemen nach Zirkulation und Austausch (Robbins 2011).

Waren die Entscheidungen im Bereich des Naturschutzes bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts noch von dem Wunsch geprägt, die Natur vor den Einflüssen des Menschen, der fortschreitenden Urbanisierung und den Folgen der Industrialisierung zu schützen, gibt es inzwischen eine Verschiebung: weg von einem Schutz vor hin zu einem Schutz für den Menschen (Woods 2011a).

In den 1960er und frühen 1970er Jahren zeigten sich die Auswirkungen von intensiver Landwirtschaft, Ressourcenabbau und Industrialisierung in Ländern des Globalen Nordens immer deutlicher. Die in dieser Zeit erstarkende Umweltbewegung trat für politische wie wirtschaftliche Veränderungen ein (Geisler/Kay 2016). Viele gesellschaftliche Akteure und politische Entscheidungsträger*innen wurden sich des Werts von Natur bewusst und drängten in Ländern des Globalen Nordens auf umweltpolitische Maßnahmen (Halseth 2016). Doch schon in den 1980er und 1990er Jahren fand im Zuge neoliberaler Reformen ein gewisser umweltpolitischer Backlash statt (Geisler/Kay 2016).

Natur wird immer stärker wirtschaftlich in Wert gesetzt und kommodifiziert, nicht nur als Ressource der direkten Extraktion, sondern auch in Form verschiedener Dienstleistungen, die von Ökosystemen erbracht werden. Es kommt zu einer Neoliberalisierung des Naturschutzes (Roth/Dressler 2012). Demnach wird die Natur am besten geschützt, wenn ihr ein monetärer Wert zugeschrieben und sie somit zu einer handelbaren Ware wird (siehe Kapitel 3.1.3). Naturschutzbasierte Unternehmensgründungen etwa im Bereich der erneuerbaren Energien verdeutlichen die Bedeutung des Naturschutzes als neues Feld für die Anlage von Kapital (Brockington/Duffy 2010).

Den Verlusten natürlicher Lebensräume, der Überdüngung der Böden und einem weltweiten Insektensterben glaubt man, dem neoliberalen Ansatz folgend, am besten mit marktbierten Lösungen begegnen zu können. Diese Verschiebung spiegelt sich auch in der Ausrichtung von Umweltorganisationen wider. Brockington und Duffy (2010) zufolge sind die Umweltorganisationen, die in den 1960er und 1970er Jahren überwiegend kapitalismuskritisch eingestellt waren, heute zu einem großen Teil Vertreter eines pragmatischen Ansatzes, der Naturschutz innerhalb des kapitalistischen Systems ermöglichen will. Die Entscheidungen darüber, welche Natur schützenswert ist und auf welche Weise sie erhalten werden soll, werden häufig nicht von den lokalen Gemeinschaften getroffen, die in den entsprechenden Gebieten leben und deren Lebensgrundlage in vielen Fällen auf lokalen Ressourcen basieren. Sie fallen vielmehr immer häufiger auf nationaler oder sogar supranationaler Ebene (ebd.).

Naturschutz ist ein konfliktbehaftetes Thema, da lokale Bevölkerungen selten bereit sind, die Nutzung lokaler Ressourcen und Ökosysteme zu reduzieren oder einzustellen (Woods 2011a). Andererseits zeigen Studien zu Gentrifizierung auf dem Land (siehe Kapitel 3.2.5), dass sich zugezogene Bevölkerungsgruppen meist für einen verstärkten Naturschutz aussprechen. Angezogen vom Bild einer ländlichen Idylle streben sie danach, dieses Ideal zu erhalten. Damit zeigen die Zugezogenen in vielen Fällen eine andere Einstellung zu Naturschutzprojekten in ihrem Lebensumfeld als die alteingesessene Bevölkerung, die zu einem Großteil aus materiellen Gründen in hohem Maße auf die Nutzung natürlicher Ressourcen angewiesen ist (ebd.).

Naturschutz materialisiert sich dabei nicht nur in Form von Nationalparks, die nur eine kleine, als besonders schützenswert befundene Fläche ländlicher Räume einschließen. Neben ausgewiesenen Schutzgebieten setzen die Regierungen des Globalen Nordens vermehrt auf Landnutzungspläne und Agrarformen für eine nachhaltigere Landwirtschaft. Letztere wurden zuerst im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik in den 1980er Jahren in der EU eingeführt, die USA folgten kurze Zeit später (ebd.). Dabei handelt es sich unter anderem um Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität. Ihre Umsetzung wie etwa das Pflanzen von Hecken oder die Brachlegung bestimmter Flächen ist

freiwillig, wird aber finanziell gefördert. Im Jahr 2000 führten etwa 20 Prozent der Landwirt*innen in England entsprechende Maßnahmen durch, allerdings würde die Hälfte der Befragten davon Abstand nehmen, wenn die Förderung dafür gestrichen werden sollte (ebd.).

Als Beispiel für den Erfolg von Naturschutzmaßnahmen wird die Rückkehr von Wölfen in Ost- und Mitteleuropa sowie in Skandinavien bewertet (Rønningen 2016). Jedoch ist diese vermehrt mit Einbußen aufseiten der Viehzüchter*innen verbunden. So verloren Sami in Südnorwegen in einigen Gebieten bis zu 70 Prozent der Rentierkälber an Raubtiere. Da die Karnivoren nur sehr bedingt zum Abschuss freigegeben sind, ziehen die Züchter sich vermehrt auf andere Weideflächen zurück, weswegen sie mit anderen Akteuren aus der ländlichen Bevölkerung in Nutzungskonflikte geraten (Rønningen/Flemsæter 2016).

Bedenklich sind auch die Ergebnisse einer Untersuchung zu zwei Nationalparks in Spanien. Sie zeigen, dass es infolge der Finanzkrise 2008 und der damit verbundenen Austeritätspolitik, die (ländliche) Kommunen zu immer mehr Einsparungen zwingt, zu einem Rückgang bei der Finanzierung von Naturschutzprojekten kommt (Cortes-Vazquez 2017).

Beispielstudie: Stadt-Land-Ausbeutung: eine unterschätzte Dimension ökologischer Ungerechtigkeit

Die Produktion von Lebensmitteln und Energie hinterlässt schwere Umweltschäden auf dem Land. Anhand von zwei Beispielen, einer industriellen Schweinezucht in North Carolina (USA) und dem nuklearen Desaster in Fukushima (Japan), haben Kelly-Reif und Wing die gesundheitlichen Auswirkungen von Umweltverschmutzung und -degradation auf die ländliche Bevölkerung untersucht. Die beiden Wissenschaftler*innen beziehen sich in ihrer Forschung auf das Umweltgerechtigkeitskonzept (siehe Kapitel 2.2.2). Sie verweisen darauf, dass ökologische Ungerechtigkeit zusammen mit sozialen Ungleichheiten auftritt, die sich entlang der Kategorien Klasse und Ethnizität analysieren lassen. Ihre Untersuchung zeigt aber auch, dass in der urban-ruralen Beziehung ebenfalls ökologische Ungerechtigkeiten existieren. Kelly-Reif und Wing bezeichnen diese als eine «parasitäre Beziehung», da urbane Bevölkerungen einen Großteil ihrer Lebensmittel und Energie aus ländlichen Regionen beziehen und diese dann auch noch ihre Abfälle entsorgen lassen.

Eine wichtige Schlussfolgerung ihrer Studie lautet: Eskalierende Umweltprobleme finden auch deshalb keine angemessene gesellschaftliche Anerkennung, weil ein Großteil der Bevölkerung in urbanen Regionen lebt und im Alltag nicht mit diesen konfrontiert ist.

Quelle: Kelly-Reif, Kaitlin/Wing, Steve (2016): Urban-rural exploitation: An underappreciated dimension of environmental injustice, in: *Journal of Rural Studies* 47, S. 350–358.

3.3.2 Klimawandel und ländliche Räume

Weltweit stellen Klimaänderungen für Städte wie auch für ländliche Räume eine große Herausforderung dar (Meyer 2016). Extreme Wetterereignisse wie Starkregen, Dürren und Stürme nehmen zu, die Jahresdurchschnittstemperaturen steigen, was ein Schmelzen des Gletschereises bewirkt und damit einen Anstieg der Meeresspiegel weltweit (Molnar 2010). Die in ländlichen Räumen lebenden Menschen sind durch ihre Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen und lokalen Ökosystemen besonders anfällig für klimatische Veränderungen (Ashkenazy et al. 2018). Im folgenden Kapitel werden die Auswirkungen des Klimawandels auf ländliche Räume und die sogenannte Verwundbarkeit (Vulnerabilität) der ländlichen Bevölkerung betrachtet. Des Weiteren werden mögliche Anpassungsmaßnahmen an klimatische Veränderungen in ländlichen Räumen erörtert sowie die Frage, wie die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) ländlicher Bevölkerungen gestärkt werden kann.

Auswirkungen des Klimawandels auf ländliche Räume

Vulnerabilität ist ein zentraler Begriff in der Debatte um die unterschiedliche Anfälligkeit für die Auswirkungen des Klimawandels. Er bezeichnet die Verwundbarkeit einer Gruppe oder Gemeinschaft gegenüber externen Einflüssen (Molnar 2010). Aufgrund der großen Abhängigkeit ländlicher Ökonomien (Agrarwirtschaft, Rohstoffabbau, Tourismus etc.) vom Zustand lokaler Ökosysteme sind die Menschen auf dem Land von klimatischen Veränderungen besonders betroffen (Meyer 2016). Lewis und Kelman (2010) kritisieren allerdings, dass das Konzept der Vulnerabilität für gewöhnlich nur auf eine Gruppe an einem bestimmten Ort angewandt wird und grundlegende gesellschaftliche Ursachen so aus dem Blick geraten.

Der vom Klimawandel wohl am stärksten betroffene Bereich ländlicher Ökonomien ist die Landwirtschaft. In Ländern des Globalen Südens, die aufgrund der geographischen Lage und weniger finanzieller Mittel für Klimaschutzmaßnahmen besonders stark von den Folgen klimatischer Veränderungen betroffen sind, sind die drastischen Auswirkungen bereits unübersehbar (Meyer 2016). Doch auch an Orten des Globalen Nordens führen Überflutungen oder Dürreperioden und damit einhergehend Krankheiten und Schädlingsbefall immer wieder zu massiven Ernteausfällen in der Land- und Forstwirtschaft (Woods 2011a). Einige Klimafolgen könnten sich in bestimmten Regionen aber auch positiv auf die Landwirtschaft auswirken. So führt ein Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre zu einer Steigerung der Photosynthese-Aktivität der Pflanzen und damit zu besseren Ernteerträgen (ebd.). Dies gilt insbesondere in nördlichen Lagen, in denen Wassermangel und Hitzewellen weniger extrem ausfallen dürften (Molnar 2010).

Neben der Landwirtschaft und dem Rohstoffabbau ist auch die Tourismus- und Erholungsindustrie

von den Folgen des Klimawandels betroffen (Woods 2011a). Dies gilt für Wintersportregionen, in denen durch einen Mangel an Schneefall beziehungsweise eine kürzere Saison Einkommenseinbrüche zu befürchten sind. Steigende Temperaturen und Hitzewellen, etwa in Südeuropa, können aber auch zu einem Problem für den Sommertourismus werden. Demgegenüber könnten einige Regionen, die wegen ihres Klimas bisher wenige zahlende Besucher*innen anzogen, in Zukunft für die Tourismusindustrie interessant werden (ebd.).

Jenseits wirtschaftlicher Überlegungen stellt der Klimawandel aber vor allem eine unmittelbare Bedrohung für die in ländlichen Räumen lebenden Menschen dar. So sind Frühwarnsysteme hier meist weniger gut ausgebaut und Unterstützungseinrichtungen im Falle einer Naturkatastrophe meist weiter entfernt (Meyer 2016). Das größte Risiko lastet auf Orten des Globalen Südens, doch auch im Globalen Norden kommt es vermehrt zu Wirbelstürmen und Überschwemmungen, die in erster Linie in ländlichen Gebieten Häuser und Infrastrukturen zerstören und Menschenleben fordern. Dabei sind unter Armut, Diskriminierung und Exklusion leidende Bevölkerungsgruppen die Hauptbetroffenen. Sie sind beispielsweise seltener gegen durch Naturgewalt verursachte Schäden versichert und müssen häufiger damit rechnen, nach extremen Wetterereignissen ihren Arbeitsplatz zu verlieren (ebd.).

Lewis und Kelman (2010) sprechen in diesem Zusammenhang – etwa bei Geflüchteten oder in Armut lebenden Menschen – von mehreren Ebenen der Vulnerabilität und geben zu bedenken, dass es immer noch Menschen sind, die für die größten Verletzungen und Degradierungen ihrer Mitmenschen verantwortlich sind. Auch Mikulewicz (2018) argumentiert, dass eine stärkere Vulnerabilität bestimmter Gruppen gegenüber Klimawandelfolgen das Resultat ungleich verteilter Macht ist.

Klimaschutzmaßnahmen in ländlichen Räumen

Während ländliche Räume vermehrt zum Schauplatz der Auswirkungen globaler Klimaveränderungen werden, sind sie auch Orte, an denen Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind Aufforstungsprogramme oder der Ausbau von Infrastrukturen für erneuerbare Energien wie Wind- und Wasserkraftanlagen, Solarenergie und Geothermiewärme (Rønningen 2016). Diese Anlagen werden jedoch meist von überregionalen Akteuren betrieben. Nur selten hat die lokale Bevölkerung Einfluss auf die strategischen Entscheidungen der Betreiber (Baka 2017).

Während die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger häufig mit der Notwendigkeit des Klimaschutzes begründet wird, stehen auch knallharte wirtschaftliche Interessen (von meist internationalen Großinvestoren) dahinter. So beschreiben McCarthy und Thatcher (2019) ein globales Programm der Weltbank zur Neukartierung von Gebieten, um sie auf ihr Potenzial für die Nutzung erneuerbarer Energieträger

hin zu prüfen. Die Weltbank und andere Institutionen, die von Staaten aus dem Globalen Norden dominiert werden, drängen Länder insbesondere aus dem Globalen Süden dazu, sich dieser Kartierung zu unterziehen. Mithilfe dieser Karten sollen private Investoren angelockt werden, möglichst schnell möglichst viel Kapital in erneuerbare Energieträger zu stecken. Ländliche Räume sind also nicht länger nur bedeutende Wirtschaftsstandorte wegen der Agrarflächen und natürlichen Ressourcen, sondern auch weil sie zunehmend zu Orten der Aushandlung über Kontrolle, Nutzung und Profite erneuerbarer Energien werden (ebd.). Hinzu kommt, dass bestimmte Kulturpflanzen sowie Wälder und Torfmoore immer mehr als wertvolle natürliche CO₂-Speicher betrachtet werden, die im Zuge der Neoliberalisierung des Naturschutzes etwa durch handelbare Zertifikate für Emissionen auch in Waren umgewandelt werden können (Woods 2011a).

Anpassungsmaßnahmen und Resilienz

Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel stehen seit Mitte der 1990er Jahre auf der globalen Agenda. Konzentrierten sich diese Maßnahmen zunächst auf technische und ökologische Probleme, beschäftigen sie sich heute zunehmend auch mit gesellschaftlichen Fragen (Mikulewicz 2018). Hierbei ist Resilienz ein wichtiger Begriff. Er beschreibt nicht nur die Widerstandsfähigkeit von Systemen, sondern auch die Schnelligkeit der Regeneration nach erlittenen Schocks (Molnar 2010).

Das Ziel, die Resilienz zu stärken, wird in Konzepten zur Regionalentwicklung mittlerweile häufiger thematisiert als das der Nachhaltigkeit (Freshwater 2016). Im Allgemeinen gelten ländliche Räume als resilienter, wenn die Lebensgrundlage der Bevölkerung sich nicht ausschließlich auf einen wirtschaftlichen Sektor stützt (Molnar 2010). Daher stellt die Diversifizierung regionaler Ökonomien einen konkreten Schritt hin zu mehr Resilienz dar. Landwirtschaftlichen Betrieben etwa wird eine größere Sortenvielfalt beim Ackeranbau und die Haltung verschiedener Tierarten empfohlen, um so bei Erkrankungen einer Art auf andere Arten ausweichen zu können (Ashkenazy et al. 2018). Weitere Maßnahmen betreffen den Aufbau sozialer Netzwerke und stärken den Bezug auf regionale Traditionen und Gebräuche (ebd.).

Ländliche Räume sind zwar wegen ihrer Abhängigkeit von lokalen Ökosystemen besonders von klimatischen Änderungen bedroht, die physische Verwundbarkeit in Form von direkter Gefahr für Leben und Eigentum wird in der Fachliteratur aufgrund der geringeren Bevölkerungsdichte und wenig gebauter Infrastruktur aber als niedriger eingeschätzt als in den Städten (Meyer 2016). Daher konzentriert sich der Ausbau schützender Infrastrukturen, wie Dämme, Brücken oder die Installation sensibler Frühwarnsysteme, meist auf urbane Regionen.

Das Beispiel des Bundesstaates Louisiana in den USA verdeutlicht dieses Ungleichgewicht. Während

die Stadt New Orleans durch groß angelegte Infrastrukturprojekte vor einem steigenden Meeresspiegel für die nächsten 500 Jahre gesichert werden soll, fallen die Küstenschutzmaßnahmen in den die Stadt umgebenden ländlichen Räumen deutlich geringer aus, da die Ausgaben für Schutzmaßnahmen nach der Einwohnerdichte kalkuliert werden (ebd.). Einer Analyse von Resilienz-Programmen in ländlichen Gebieten in England zufolge setzt man dort in erster Linie auf den Ausbau von Notfalldiensten in als gefährdet eingestuft Regionen. Die ländliche Bevölkerung ist nicht in die Entwicklung der Programme einbezogen (Lewis/Kelman 2010). Short et al. (2018) wiederum haben in ihrer Studie zu naturbasierten Lösungsansätzen zur Anpassung an den Klimawandel herausgefunden, dass sich alternative Konzepte, die beispielsweise die lokale Bevölkerung an der Planung beteiligen und bestehende Landschaftselemente in die Schutzmaßnahmen integrieren, gegen konventionelle Strategien, die sich an Kosten-Nutzen-Analysen orientieren, nur schwer durchsetzen können (ebd.).

Der Ansatz, die Resilienz der Bevölkerung in ländlichen Räumen zu stärken, läuft Gefahr, die Verantwortung für den Schutz des eigenen Lebensumfelds vom Staat auf das Individuum zu übertragen. So wird beispielsweise der Wegzug aus besonders gefährdeten Regionen als Maßnahme zur Erhöhung der Resilienz empfohlen, zugleich werden bedeutende Verursacher des Klimawandels wie große nationale Industrieunternehmen oder transnationale Konzerne nicht sanktioniert (Blythe et al. 2018).

Beispielstudie: Mit landwirtschaftlicher Diversität experimentieren: Wissen von Migrant*innen als Ressource für die notwendige Anpassung an den Klimawandel

Klocker et al. arbeiteten zur Sunraysia-Region in Australien, in der vor allem Gartenbau betrieben wird. Durch den hohen Bedarf an Saisonarbeitskräften leben in der Region viele Migrant*innen. Ein Großteil von ihnen war bereits in ihren Herkunftsländern in der Landwirtschaft tätig und hat Erfahrungen mit dem Anbau von Gemüse und Obst unter unterschiedlichen klimatischen Bedingungen und Wetterextremen wie Dürren oder Überschwemmungen. Auch die Landwirtschaft in Sunraysia gerät in Folge von klimatischen Veränderungen immer mehr unter Anpassungsdruck. Klocker et al. argumentieren, dass in von Unsicherheit geprägten Zeiten experimentelle Ansätze beim Anbau von Lebensmitteln notwendig werden. In ihrer Studie zeigen sie, dass Arbeitsmigrant*innen nicht nur zuvor wenig angebaute Pflanzenarten, sondern auch Wissen über neue Schnitt-, Anbau-, und Bewässerungstechniken mit sich brachten. Sie sehen in ihren Erfahrungen und Kenntnissen eine bisher wenig beachtete Ressource, die genutzt werden sollte, um Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln. Sie identifizierten hierfür

außerdem eine grundsätzliche Voraussetzung: Die Migrant*innen benötigen in erster Linie langfristigen Zugang zu landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, um ihr Wissen anwenden zu können.

Quelle: Klocker, Natascha/Head, Lesley/Dun, Olivia/Spaven, Tess (2018): Experimenting with agricultural diversity: Migrant knowledge as a resource for climate change adaptation, in: *Journal of Rural Studies* 57, S. 13–24.

3.3.3 Schlussfolgerungen

Ländliche Räume sind Orte, an denen der Wandel von Mensch-Umwelt-Beziehungen besonders deutlich wird. Dies betrifft sowohl ökologische Probleme wie auch Maßnahmen der Anpassung an Umweltveränderungen. Dabei sind zwei Aspekte von besonderer Relevanz:

- *Naturschutz*: Natur gilt seit dem Zeitalter der Industrialisierung und Urbanisierung als schützenswert. Ländliche Räume sind Orte, an denen Naturschutz in großem Maßstab möglich ist. Naturschutz ist dabei weder neutral noch konfliktfrei. Zum einen prägen neoliberale Vorstellungen, Programme und Maßnahmen den Naturschutz. Zum anderen kann er auch mit anderen Formen der Nutzung ländlicher Räume in Konflikt geraten. Darüber hinaus werden Entscheidungen über den Naturschutz häufig auf nationaler oder internationaler Ebene getroffen und können von der lokalen Bevölkerung kaum beeinflusst werden.
- *Klimaanpassung und Resilienz*: Ländliche Räume sind besonders stark vom Klimawandel betroffen, da sie häufig vom primären Sektor und damit von lokalen Ökosystemen abhängig sind. Daher sind Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit hier von großer Bedeutung. Zur Verbesserung der Resilienz in ländlichen Regionen bedarf es einer Diversifizierung der lokalen Ökonomien, einer besseren Vernetzung der Akteure und der Unterstützung durch öffentliche Förderung. Allerdings sind Programme zur Stärkung von Resilienz immer auch Ausdruck politischer Interessen und ungleicher Machtverhältnisse.

3.4 MACHTVERHÄLTNISSE IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Die Entwicklung auf dem Land ist geprägt von unterschiedlichen Interessen und Akteuren, die in ungleiche Machtverhältnisse eingebunden sind. Diese sind von entscheidender Bedeutung für das Verständnis ländlicher Entwicklungen. Die Entwicklung ländlicher Räume ist somit konflikthaft, aber auch immer als veränderbar zu verstehen. Es gibt drei wichtige Aspekte, die Machtverhältnisse in ländlichen Räumen bestimmen: erstens politische Steuerung und Einflussnahme von diversen Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen (Kapitel 3.4.1), zweitens die Verfolgung spezifischer Entwicklungsstrategien für ländliche Räume (Kapitel

3.4.2) und drittens die aktuell an Zustimmung gewinnenden populistischen Bewegungen (Kapitel 3.4.3).

3.4.1 Ebenen, Akteure und Netzwerke ländlicher Politik

Die Anzahl und das Spektrum der Akteure, die Einfluss auf die Entwicklung ländlicher Räume nehmen, hängt ganz wesentlich von lokalen Kontexten und deren Regelungssystemen ab (Woods 2011a). Zu den potenziellen politischen Akteuren und Einflussfaktoren zählen Parteienvertreter*innen, Bewohner*innen, Repräsentant*innen der Landwirtschaft und anderer Unternehmen, Tourist*innen, die Medien, Wissenschaftler*innen und staatliche Institutionen (Woods 2011b). Diese Akteure wirken auf unterschiedlichen Ebenen und sind durch komplexe Netzwerke miteinander verbunden (Bosworth/Atterton 2012). Die folgende Unterteilung in verschiedene räumliche Maßstabsebenen der politischen Steuerung muss daher als eine stark vereinfachte Strukturierung verstanden werden.

Supranationale und globale Maßstabsebenen

Im Zuge einer zunehmend internationalen Warenproduktion und durch Migration werden ländliche Räume immer mehr in globale Prozesse eingebunden (Lyson 2006). So haben Entscheidungen der Welthandelsorganisation (WTO) direkte Auswirkungen auf ländliche Räume. Dies gilt insbesondere für den Abbau von Subventionen und Handelsbeschränkungen, der von der WTO vorangetrieben wird. Die WTO drängt Länder des Globalen Südens dazu, Schutzmaßnahmen für die eigene Landwirtschaft zurückzunehmen und die nationalen Märkte für internationale Produkte zu öffnen (Woods 2011a). Damit werden landwirtschaftliche Produkte einem direkten internationalen Preisvergleich ausgesetzt, was den Druck auf bäuerliche Produzent*innen weltweit erhöht (Lockie et al. 2006).

Im Bereich der Fertigungsindustrie wiederum kam es zu einer Verlagerung von Produktionsstätten an Orte des Globalen Südens, an denen günstiger und mit geringeren Umwelt- und Arbeitsrechtsauflagen produziert werden kann (ebd.). Auch ländliche Räume im Globalen Norden treten untereinander in Konkurrenz um die günstigsten Standortbedingungen und gefährden damit die soziale und ökologische Sicherheit ländlicher Bevölkerungen (Lyson 2006).

Die Europäische Union ist ein weiteres prägnantes Beispiel für die Wirkmächtigkeit supranationaler Institutionen in Bezug auf ländliche Räume. Durch die europäischen Strukturfonds wird ländliche Entwicklung nach den Vorstellungen der EU gestaltet und finanziert (Woods 2011a). Hierfür stellt die Gemeinsame Agrarpolitik ein wichtiges Instrument dar. Durch Subventionen, Quoten, Abnahmegarantien, gezielte Förderungen oder Extrazahlungen für Umweltschutzmaßnahmen wirken die Beschlüsse, die auf EU-Ebene getroffen werden, auf die lokale Gestaltung und Entwicklung ländlicher Räume (Lapping 2006). Auch

das LEADER-Programm der EU, ein Entwicklungsprogramm für ländliche Räume, ist ein weiteres Beispiel für die unmittelbare Wirkung der supranationalen Maßstabsebene auf ländliche Räume (siehe dazu die Beispielstudie von Furmankiewicz/Macken-Walsh 2016).

Aber auch das Kapital, insbesondere in Form globaler Finanzmärkte und ihrer Akteure, prägt ländliche Räume. Beispiele hierfür sind die beschriebene Finanzialisierung der Landwirtschaft (siehe Kapitel 3.1.1) oder die Kommerzialisierung des Naturschutzes (siehe Kapitel 3.3.1), die steigende Bodenpreise beziehungsweise Einschränkungen bei der Nutzung lokaler Ressourcen durch die ansässige Bevölkerung zur Folge haben (Roth/Dressler 2012). Auch die Investitionen in Immobilien in attraktiven ländlichen Räumen und die damit einhergehenden sozialen Veränderungen (siehe Kapitel 3.2.5) sind als eine Konsequenz davon zu sehen, dass das globale Kapital ständig nach neuen attraktiven Anlagemöglichkeiten sucht (Woods 2016).

Nationale Maßstabsebenen

Trotz des gewachsenen Einflusses privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Interessengruppen ist der Staat nach wie vor der wichtigste Akteur, wenn es um die Entwicklung ländlicher Räume geht (Edwards et al. 2001). Staatliche Institutionen verfügen über die Möglichkeit, ländliche Räume zu definieren, sie zu vermessen und statistisch zu erfassen. Michel Foucault entwickelte in den 1970er und 1980er Jahren das Konzept der Gouvernamentalität. Damit beschreibt er, wie und wodurch Gesellschaften und deren Individuen «regierbar» gemacht werden (Woods 2011b). Ein Weg für staatliche Institutionen ist, «offiziell» festzulegen und zu definieren, worin die wichtigsten gesellschaftlichen Probleme bestehen. Auf Grundlage dieser Festlegung werden entsprechende staatliche Programme formuliert und umgesetzt, was ein wichtiger Teil der Ausübung von Regierungsmacht ist (Murdoch 1997). Beispiele hierfür, die ländliche Räume betreffen, sind die Agrar- und Umweltpolitik, Bauvorschriften und Programme zur Förderung der ländlichen Entwicklung (Woods 2011b).

Die Politik in Bezug auf ländliche Räume hängt dabei bemerkenswerterweise wenig davon ab, welche politische Partei oder Koalition gerade regiert. Lapping (2006) führt dies darauf zurück, dass die etablierten Parteien hinsichtlich der Entwicklung ländlicher Gebiete ganz ähnliche Ansätze vertreten. Alle konzentrieren sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts auf die Landwirtschaft und deren Stärkung (ebd.). Gleichzeitig wird die Politik zu ländlichen Räumen auf nationaler Ebene recht stark von verschiedenen Lobbygruppen beeinflusst, die ein Interesse an bestimmten Entwicklungen ländlicher Räume haben. Einflussreiche Akteure sind hier die Agrar-, Naturschutz- und Umweltverbände sowie Vertreter*innen der Privatwirtschaft (Woods 2011b).

Regionale und lokale Maßstabsebenen

Neben internationalen und nationalen Institutionen nehmen auch regionale und lokale Akteure Einfluss auf die Gestaltung ländlicher Räume. Die in ländlichen Räumen lebenden und arbeitenden Menschen sind also den Entscheidungen übergeordneter politischer Entscheidungsebenen nicht vollständig ausgeliefert. Mithilfe unterschiedlicher Mittel und Formen der Partizipation und des Widerstands sowie in verschiedenen Allianzen wirken auch lokale Akteure auf die oben beschriebenen Ebenen zurück (Bell et al. 2010).

Die Bauernschaft gilt traditionell als mächtiger Akteur auf dem Land, ihre Stellung änderte sich jedoch mit dem Verlust der Bedeutung der Landwirtschaft für ländliche Ökonomien und Gesellschaften (Cheshire 2016). Es sind durch den verstärkten Zuzug in den vergangenen Jahrzehnten neue politische Akteure und Interessen hinzugekommen (Lapping 2006). Die neuen Landbewohner*innen engagieren sich häufig in lokalen und regionalen politischen Netzwerken und vertreten dabei mitunter andere Ziele und Werte als die «alteingesessenen» Bevölkerungsgruppen. So zeigen sie beispielsweise häufig ein größeres Interesse am Umweltschutz (Woods 2016). Goodwin (1998) plädiert deshalb dafür, im Zusammenhang mit dem vermehrten Zuzug von Menschen mit höherem Einkommen die damit einhergehenden Veränderungen der Klassenstrukturen und Machtverhältnisse in ländlichen Räumen stärker zu berücksichtigen.

Schließlich sind auch lokale Politiker*innen und Regierungsvertreter*innen wichtige Akteure bei der Gestaltung ländlicher Räume. Die Reichweite ihrer Einflussnahme richtet sich jedoch nach dem jeweiligen politischen System und der darin verankerten Kompetenz- und Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen föderalen Ebenen. So haben die Kommunen in den USA oder in Frankreich starke Institutionen entwickeln können, die eine recht große Autonomie genießen. Ländlichen Kommunen in Neuseeland oder Großbritannien hingegen werden deutlich weniger Einflussmöglichkeiten zugeschrieben, was die Macht auf nationaler Regierungsebene stärkt (Woods 2011a).

Beispielstudie: Partnerschaften zur Förderung der ländlichen Entwicklung in Polen

Die Studie untersucht die Umsetzung des LEADER-Programms in Polen. Dabei handelt es sich um ein Programm der EU, das dem Ansatz der endogenen Entwicklung verpflichtet ist und modellhaft innovative Projekte in ländlichen Räumen fördern soll (siehe Kapitel 3.4.2). Eine besondere Betonung liegt dabei auf der Stärkung lokaler Ressourcen und Kompetenzen sowie auf der Bedeutung lokaler Entscheidungsprozesse. Angestrebt und gefördert werden Partnerschaften zwischen öffentlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Damit sollen verschiedene funktionale Interessen berücksichtigt werden, um eine integrierte Entwicklung ländlicher Räume zu ermöglichen. Die

EU schreibt bestimmte Quoten vor, um die genannten Bereiche angemessen zu repräsentieren.

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass viele der untersuchten LEADER-Kooperationen zwar offiziell als Partnerschaften auftreten, in mehr als der Hälfte der Fälle jedoch die Verwaltungs- und Behördenvertreter*innen das Prozedere zu dominieren drohen. Der Einfluss staatlicher Akteure bleibt also trotz einer Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen im Rahmen der endogenen Entwicklungsstrategie bestehen.

Quelle: Furmankiewicz, Marek/Macken-Walsh, Áine (2016): Government within governance? Polish rural development partnerships through the lens of functional representation, in: *Journal of Rural Studies* 46, S. 12–22.

3.4.2 Paradigmen ländlicher Entwicklung

Grundlegende Annahmen und Vorgaben, auf deren Basis die Planung und Entwicklung ländlicher Räume gesteuert wird, haben ebenfalls großen Einfluss auf die dortigen Machtverhältnisse. Im Folgenden werden zwei in der Politik maßgebliche Planungs- und Entwicklungsparadigmen für ländliche Räume vorgestellt und hinsichtlich ihrer Konsequenzen erörtert. Das klassische Verständnis von ländlicher Entwicklung ist, dass es für ländliche Regionen immer gut ist, wenn die lokale Wirtschaft wächst (Terluin 2003). Darin drückt sich bereits ein verkürzter Begriff von Entwicklung aus, der vor allem auf die Verbesserung von Standortbedingungen zielt. An dieser Vorstellung orientiert sich das Modernisierungsparadigma, das als Erstes erläutert wird.

In einem zweiten Schritt wird mit dem endogenen Entwicklungskonzept das bedeutendste Paradigma regionaler Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte vorgestellt. Gegenüber dem Modernisierungsparadigma berücksichtigt es auch die sozialen und kulturellen Potenziale ländlicher Räume und setzt auf die Partizipation der lokalen Bevölkerung. In den letzten Jahren ist der Ansatz der endogenen Entwicklung vermehrt Kritik ausgesetzt, auf die die wir am Ende des Kapitels eingehen.

Das Modernisierungsparadigma

Um die Entwicklung ländlicher Räume voranzutreiben, dominierte in der Politik lange Zeit das Modernisierungsparadigma, auch exogenes Entwicklungskonzept genannt. Es geht davon aus, dass sich Gesellschaften linear entwickeln: von einer technisch rückständigen und traditionellen hin zu einer fortschrittlichen und modernen Gesellschaft (Woods 2011b). Dafür sind technische Innovationen, Investitionen externer Investoren und die Ansiedelung von Unternehmen notwendig (Sharp et al. 2002). Ab Mitte des 19. Jahrhunderts zielte dieser Entwicklungsansatz in ländlichen Räumen vor allem auf den Ausbau und die Industrialisierung der Landwirtschaft (Lapping 2006).

Die zentralen Entscheidungen über die ländliche Entwicklung wurden dabei auf nationaler Ebene getroffen und von dieser ausgehend in verschiedenen ländlichen Regionen implementiert (Murdoch et al. 2003). Bis in die späten 1970er Jahre schließt das Modernisierungsparadigma auch Programme zur sozialen Unterstützung mit ein, um räumlichen Ungleichheiten entgegenzuwirken (Woods 2016). Dies geschah jedoch weniger zum Abbau sozialer Ungleichheiten als vielmehr zur Sicherstellung der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion. Schließlich galten zu große Einkommensunterschiede als Gefahr für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Die soziale Dimension der Entwicklung ländlicher Räume rückte mit der Durchsetzung neoliberaler Politik etwa ab den 1980er Jahren zunehmend in den Hintergrund. Gründe dafür waren unter anderem eine landwirtschaftliche Überproduktionskrise und der Machtgewinn rechter Parteien und Politiker*innen. In Großbritannien etwa verschwand die Förderung ländlicher Räume mit der Wahl Margaret Thatchers zur Premierministerin fast vollständig von der politischen Agenda (Lapping 2006). Damals kam es nicht zuletzt aus Kostengründen vielerorts zu einer Gemeindefusion (Douglas 2016). Diese Vergrößerung der Kommunen im Zuge der Gebietsreformen gilt einigen Autor*innen als Gefährdung der repräsentativen Demokratie in ländlichen Räumen (ebd.).

Das endogene Entwicklungsparadigma

Ab den späten 1980er Jahren wuchsen in Europa Zweifel an der Wirksamkeit von Modernisierungspolitiken für ländliche Räume (Lyson 2006). Im Jahr 1999 wurde in der EU die bisherige Gemeinsame Agrarpolitik grundlegend reformiert. Ein wesentliches Ziel bestand darin, den unterschiedlichen ländlichen Räumen gerecht zu werden. Damit ging eine Veränderung der förderpolitischen Schwerpunkte einher, die nicht länger allein auf die Landwirtschaft als zentralen Wirtschaftssektor ausgerichtet waren (Lapping 2006). Stattdessen erfolgte eine Anerkennung der wirtschaftlichen Potenziale kleiner und mittlerer Unternehmen sowie des regionalen Handels. Es wurden lokale Firmengründungen auch jenseits der Landwirtschaft gefördert (Murdoch et al. 2003).

Mit diesen Maßnahmen verfolgt die EU nun auch in der Agrarpolitik das Ziel der endogenen Entwicklung. Es geht vornehmlich darum, die lokal vorhandenen Potenziale besser zu nutzen, die Multifunktionalität ländlicher Räume zu stärken und ländliche Ökonomien zu diversifizieren (Râmniceanu/Ackrill 2007). Der Begriff der endogenen Entwicklung, der bis dahin vor allem aus der Entwicklungszusammenarbeit bekannt war (Korf/Oughton 2006), wurde so auch zum dominierenden Entwicklungsansatz für ländliche Räume in der EU. Der Ansatz stützt sich stark auf Governance-Strukturen, eine politische Steuerung durch vielfältige Netzwerke verschiedener Akteure und Träger der ländlichen Entwicklung, wodurch die Bedeutung privatwirtschaftlicher Akteure in politischen Entschei-

dingsfindungsprozessen gewachsen ist (Edwards et al. 2001).

Der Ansatz der endogenen Entwicklung bevorzugt nämlich Partnerschaften zwischen zivilgesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren, weil davon ausgegangen wird, dass diese zusammen bessere Lösungen finden können als Politik und Verwaltung allein. Der Ansatz verfolgt den Anspruch, Entwicklungsansätze von den lokalen Bedürfnissen abzuleiten. Offizielles Ziel ist es, lokale Werte und Traditionen sowie bisher ungenutzte lokale Ressourcen zu identifizieren und die Wertschöpfung in der Region zu halten (Terluin 2003). Dieser Entwicklungsansatz wird daher auch als *bottom-up*, als eine Entwicklung von unten bezeichnet. Damit ging gleichzeitig aber auch eine Übertragung der politischen Verantwortung auf die ländlichen Räume einher. Dies ist auch einer der Hauptkritikpunkte an dem Konzept.

Kritik an endogenen Entwicklungsansätzen

Die Beweggründe, Verfahren und Folgen endogener Entwicklungsansätze sind kritisch zu hinterfragen (Douglas 2016). Trotz der Betonung von lokaler und zivilgesellschaftlicher Beteiligung geben staatliche Institutionen weiterhin die grundlegenden Strukturen und Leitlinien der Förderung vor und entscheiden letztendlich über die Finanzierung von Projekten (Edwards et al. 2001). Die Verantwortung für ländliche Entwicklung wird damit den Kommunen übertragen, während die Finanzierung weiterhin von den übergeordneten Entscheidungsebenen kontrolliert wird (Ray 2006). Darauf weisen auch Bosworth und Atterton (2012) hin, bewerten dies aber nicht negativ. Vielmehr betonen sie mit dem Begriff neoendogene Entwicklung die Relevanz von endogenen und exogenen Faktoren (siehe Beispielstudie).

Der partizipative Ansatz endogener Entwicklungsansätze wird ebenfalls kritisch diskutiert. Johansen und Chandler (2015) stellen in ihrer Arbeit fest, dass Interessen bestimmter lokaler Bevölkerungsgruppen oft wenig beachtet werden, da diese sich in den Partizipationsprozessen nicht durchsetzen können. Damit ist die Frage verbunden, wer über die sozialen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen sowie Kompetenzen verfügt, um überhaupt an Entscheidungsprozessen zur Förderung endogener Entwicklung mitzuwirken. Während Akteure aus der Wirtschaft und Vertreter*innen von staatlichen Institutionen ihr diesbezügliches Engagement entlohnt bekommen, ist dies bei Bewohner*innen und auf Ehrenamt basierenden Organisationen nicht der Fall. Den zeitintensiven Aufbau von Partnerschaften und Entscheidungsstrukturen müssen sie unbezahlt neben ihrer sonstigen Lohn- und Reproduktionsarbeit leisten (Woods 2011a).

Woods gibt außerdem zu bedenken, dass (lokale) Regierungen durch Wahlen demokratisch legitimiert sind. Die Entscheidungen über ländliche Räume im Rahmen von Partnerschaften verschiedener lokaler und überregionaler Akteure beziehen ihre Legitima-

tion jedoch lediglich aus den beteiligten Institutionen (ebd.). Darüber hinaus haben ländliche Räume aufgrund ihrer Diversität unterschiedliche Kapazitäten, um endogene Entwicklungen anzustoßen und umzusetzen. So sind (soziales) Kapital und (zeitliche) Ressourcen unterschiedlich verteilt. Dies gilt auch für die Bildung funktionierender Partnerschaften, die Beantragung von Finanzmitteln und die Einhaltung von Kriterien und Rahmenbedingungen. Ungleiche Kapazitäten und Ressourcen führen zu einer Verschärfung ungleicher Entwicklungen in ländlichen Räumen (ebd.). Ganz grundsätzlich muss an dem Ansatz der endogenen Entwicklung kritisiert werden, dass es sich nach wie vor um eine kapitalistische Entwicklungsstrategie handelt (Lyson 2006), die in erster Linie auf Wirtschaftswachstum, Profitsteigerung und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet ist (Ray 2006). Mit dem Paradigma der endogenen Entwicklung wird weiterhin verhindert, dass Kommunen und Regionen mehr zusammenarbeiten. Stattdessen wird am Konkurrenzprinzip festgehalten und werden ungleiche Entwicklungen bestärkt (Harvey 2012).

Beispielstudie:

Unternehmerisch motivierte Migration und neoendogene ländliche Entwicklung

Bosworth und Atterton (2012) kritisieren die Diskussion um endogene und exogene Entwicklungsparadigmen als eine zu eindimensionale Betrachtungsweise und verweisen darauf, dass wir es vielmehr mit komplexen Netzwerken zu tun haben, die sowohl endogen wie auch exogen wirken. Sie schlagen den Begriff der neo-endogenen Entwicklung vor, der sowohl extralokale Faktoren als auch lokale Ressourcen und Potenziale in die Analyse ländlicher Entwicklung einbezieht. Ihre Fallstudie konzentriert sich auf ländliche Räume in Großbritannien und legt den Fokus auf die Eigentümer von Unternehmen, die sich in ländlichen Räumen ansiedeln. Resultat der Studie: Diese Unternehmensgründer sind gut in lokale und überregionale soziale wie ökonomische Netzwerke eingebunden und verknüpfen damit endogene und extralokale Netzwerke miteinander.

Quelle: Bosworth, Gary/Atterton, Jane (2012): Entrepreneurial In-migration and Neoendogenous Rural Development, in: Rural Sociology 77(2), S. 254–279.

3.4.3 Autoritärer Populismus in ländlichen Räumen

Mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im Jahr 2016 und dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien wie Rassemblement National/Front National in Frankreich, der Lega in Italien oder der AfD in Deutschland rückte die Frage danach, wer die Unterstützer*innen dieser Parteien sind, in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Debatten. Traditionell gilt

die Bevölkerung in ländlichen Räumen als konservativer und auch aktuell wird sie stark mit den Wahlerfolgen rechtsgerichteter Parteien in Verbindung gebracht (Edelman 2018). Auch wenn vereinfachte Gegenüberstellungen zwischen Stadt und Land hier zu kurz greifen, zeigen Statistiken, dass ein großer Teil der Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien in ländlichen Räumen sozialisiert wurde (Rodríguez-Pose 2018).

Das folgende Kapitel sucht in der englischsprachigen Literatur nach Gründen für die Ausbreitung des autoritären Populismus in ländlichen Räumen. Da es sich um ein relativ neues Forschungsfeld handelt, konzentriert sich die Übersicht nach einer einleitenden Definition von autoritärem Populismus auf eine Auswahl von Studien zu den Hintergründen des Wahlerfolges von Donald Trump in den USA und zum Erstarken rechtspopulistischer Parteien in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten.

Populismus

Unter Populismus wird die Ausrichtung politischer Positionen nach gesellschaftlichen Stimmungen verstanden (Hervik 2018). Taggart (2002) beschreibt ihn als eine Ideologie, die häufig als Reaktion auf gesellschaftliche Krisen auftritt und die bislang akzeptierte Grundwerte einer Gesellschaft infrage stellt. So zeigt Populismus beispielsweise eine Feindlichkeit gegenüber der repräsentativen Demokratie. Der Begriff des autoritären Populismus wurde Anfang der 1980er Jahre von Stuart Hall (1980) geprägt, der damit die politischen Veränderungen des Thatcherismus in Form einer dominanten und autoritären Klassenpolitik beschreibt. Edelman (2018) bemerkt, dass autoritärer Populismus, Rassismus und wirtschaftliche Notlagen oft gemeinsam auftreten und eng miteinander verbunden sind.

Populistische Bewegungen gewinnen weltweit in ländlichen Räumen an Unterstützung (Bello 2018) und stellen damit eine wichtige Herausforderung für eine emanzipatorische Politik auf dem Land dar (Scoones et al. 2018).

Autoritärer Populismus in den USA

In medialen Diskursen heißt es häufig, Donald Trump habe seinen Sieg vor allem Bewohner*innen ländlicher Gegenden zu verdanken, die mit ihrer Wahl gegen die eigenen (Klassen-)Interessen verstoßen hätten (Roman-Alcalá et al. 2018). Allerdings erhielt der republikanische Präsidentschaftskandidat den Großteil seiner Unterstützung von Menschen aus der Mittelschicht, die mehrheitlich in kleinstädtischen und suburbanen Gebieten wohnen (Edelman 2018). Dennoch verzeichnete die Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2016 auch bei der Wählerschaft auf dem Land deutliche Zugewinne. Erstmals konnten sie mehr als 60 Prozent ihrer Gesamtstimmen in ländlichen Räumen gewinnen (Roman-Alcalá et al. 2018).

Dabei sind Trump-Wähler*innen nicht gleichmäßig auf alle ländlichen Räume verteilt. Ulrich-Schad

und Duncan (2018) unterteilen ländliche Räume in den USA zum besseren Verständnis der Wahlerfolge Trumps in drei Kategorien: erstens in landschaftlich attraktive Regionen, zweitens in Regionen, die in den letzten Jahrzehnten starke wirtschaftliche und soziale Transformationen durchlaufen haben, und drittens in Regionen, die schon immer als strukturschwach galten. Während die landschaftlich attraktiven Regionen aufgrund von Zuzügen, Tourismus und einer stabilen Wirtschaft florieren, sind die Bewohner*innen der letzten beiden Kategorien von zunehmender Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Überalterung und dem Abbau von Dienstleistungen betroffen (ebd.).

Insbesondere in Regionen, die starke wirtschaftliche Veränderungen durchliefen, waren die Erfolge der Republikaner bei den letzten Präsidentschaftswahlen besonders groß. Bis in die 1980er Jahre hinein galten diese Regionen als wirtschaftlich erfolgreich (Edelman 2018). Eine staatlich geförderte Landwirtschaft und die Ansiedelung von Fertigungsbetrieben der Auto- und Stahlindustrie oder rohstoffextrahierenden Industrien sorgten für Arbeitsplätze und ein ausgeprägtes Gemeindeleben, das sich unter anderem in einem intensiven nachbarschaftlichen Miteinander und gemeinschaftlichen Aktivitäten ausdrückte. Arbeiten und Leben in ländlichen Räumen wurde so zu einer Quelle kultureller Identität (Ulrich-Schad/Duncan 2018). Die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die diese Regionen in den folgenden Jahrzehnten durchliefen, führten zu Abwanderungsprozessen insbesondere der jungen Bevölkerung (Jadhav 2018; siehe auch Kapitel 3.1.2). Die Zurückgebliebenen äußerten vermehrt eine nostalgische Haltung gegenüber vergangenen Zeiten sowie den Wunsch nach einer Rückkehr alter Industrien und dem damit verbundenen Gemeinschaftsleben (Ulrich-Schad/Duncan 2018).

Angesichts der Misserfolge ländlicher Entwicklungspolitik und des Ausbleibens von Reformen sehen viele Bewohner*innen auf dem Land die Zukunft ihrer Dörfer und ihres Lebensumfeldes eher pessimistisch (Rodríguez-Pose 2018). So korrelierten die Wahlerfolge Donald Trumps mit den höchsten Raten von Alkoholabhängigkeit, Drogenmissbrauch und Selbstmordfällen (Edelman 2018). Edelman spricht in diesem Zusammenhang von «Opferzonen». Darunter versteht er abgelegene und wirtschaftlich abgehangene Orte, an denen die Menschen und die Umwelt in besonderem Maße von den negativen Auswirkungen des kapitalistischen Systems betroffen sind. Der Begriff «Opferzonen» ist durchaus ambivalent, da damit ländliche Räume und ihre Bewohner*innen stigmatisiert werden.

Auch Roman-Alcalá et al. (2018) sehen die Gründe für die große Anfälligkeit für populistische Rhetorik in erster Linie im Wirken politökonomischer Prozesse und neoliberaler Reformen. Diese hätten zu einer verschärften ungleichen geographischen Entwicklung beigetragen. In den USA gehen einige Theoretiker*innen soweit, von einer Entwicklung in Richtung zweier wirtschaftlich und sozial voneinander getrennter Re-

gionen zu sprechen: den konservativ geprägten und wirtschaftlich schwachen ländlichen Gebieten und den wachsenden kreativen urbanen Zentren (Cramer 2016). In der Literatur wird diese Entwicklung als wichtiger Nährboden für rechtspopulistische Bewegungen identifiziert. So beschreibt Jadhav (2018) bestimmte rassistische, frauenfeindliche, christlich-fundamentalistische und heteronormative Narrative, die von Politiker*innen in wirtschaftlich schwachen Landesteilen der USA, insbesondere in armen ländlichen Gegenden, gezielt verwendet werden.

Die Anfälligkeit bestimmter ländlicher Bevölkerungsgruppen gegenüber autoritärem Populismus wird auch mit der Fokussierung der Demokraten auf urbane Räume begründet. Verschiedene Forscher*innen werfen der progressiven Linken vor, eine gewisse Mitverantwortung für den Aufstieg des autoritären Populismus zu tragen, indem sie sich mit der Konstruktion eines elitären «Wir» von der konservativen Bevölkerung auf dem Land, die Trump unterstützt, abgrenze (ebd.). Darin sieht Jadhav (2018) eine Art kollektiven «Othering»-Prozess, der nicht nur durch Klassenzugehörigkeit, sondern vor allem durch die räumliche Trennung zwischen Stadt und Land verstärkt werde.

Edelman (2018) fragt in diesem Zusammenhang, inwieweit autoritärer Populismus ein Werkzeug politischer Eliten ist. Er legt nahe, dass diese im Namen traditioneller Familienwerte, der Maskulinität, der Heteronormativität und des Nationalismus die gesellschaftliche Spaltung weiter vorantreiben, um somit die vorherrschenden sozialen und ökologischen Ausbeutungsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Er spricht dabei von einer globalen Achse des autoritären Populismus, zu deren Anführern er neben Trump auch Putin, Erdoğan, Le Pen und Orbán zählt.

Autoritärer Populismus in der Europäischen Union

Auch im europäischen Kontext wird deutlich, dass das Erstarken rechtsgerichteter Parteien in ländlichen Räumen in gewisser Weise auf ein Versäumnis der politischen Linken zurückzuführen ist. Franquesa (2018) wirft der Linken vor, unfähig zu sein, mit ländlichen Lebenswelten zu interagieren und deren soziale Notlagen zu erkennen. Forschungsarbeiten zum Erfolg der Rechten in europäischen Staaten sehen die primären Gründe dafür in wirtschaftlichen Entwicklungen und zunehmenden Ungleichheiten im Zuge der Globalisierung (Scoones et al. 2018). Für Länder wie Spanien oder Italien wird davon ausgegangen, dass die von der EU durchgesetzte Austeritätspolitik für eine Verschlechterung der Lebenssituation in ländlichen Räumen verantwortlich ist (Iocco et al. 2018). Die ständige Kürzung kommunaler Mittel, die mit einem eingeschränkten Handlungsspielraum einhergeht, verstärkte das Gefühl der Ohnmacht unter der ländlichen Bevölkerung. Diese Entwicklungen seien keineswegs nur auf dem Land festzustellen, trafen aber Regionen, die bereits von wirtschaftlichem Niedergang, Abwanderung und Überalterung betroffen sind, besonders hart (Franque-

sa 2018). Iocco et al. (2018) sprechen von einem Gefühl der Marginalisierung, das Frustration auslöse und einen «Krieg der Armen» provoziere.

Die Prozesse, die auf die Finanzkrise 2008 folgten, werden von Franquesa (2018) als langsame Vertreibung der eingeseessenen ländlichen Bevölkerung beschrieben. Durch eine zunehmende Verarmung sähen sich immer mehr Menschen, insbesondere Kleinbäuer*innen, gezwungen, ihr Land zu verkaufen – in den meisten Fällen an größere Investoren. Die Rede von einer langsamen Enteignung verweist dabei auch auf den unspektakulären und graduellen Charakter, den diese Prozesse angenommen haben (ebd.). Populistische Parteien und Bewegungen nahmen explizit Bezug auf die Gefühle und Erfahrungen von Demütigung, Ausschluss, Benachteiligung und Verlust und übersetzten diese in rassistische und nationalistische Argumente (Rodríguez-Pose 2018). Bello (2018) wiederum erinnert angesichts der Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in Italien an die Situation des Machtgewinns Mussolinis in den 1920er Jahren. Dieser wurde zwar in erster Linie von der urbanen Mittelschicht unterstützt und agierte im Interesse der Bourgeoise, sein Machtaufstieg wäre aber ohne die Unterstützung ländlicher Bevölkerungsgruppen unwahrscheinlich gewesen (ebd.). Franquesa (2018) verweist darüber hinaus darauf, dass sich rechtsgerichtete Bewegungen in der Europäischen Union heute gezielt in ländlichen Räumen organisieren und vernetzen.

Ursachen des autoritären Populismus

Eine politische Ökonomie der Ressourcenextraktion in ländlichen Räumen schuf einen Nährboden von Frustration, Pessimismus und Enttäuschung, der die Zustimmung zu rechten Parteien und Bewegungen fördert (Scoones et al. 2018). Diese Entwicklungen treten weder überall auf dem Land gleichermaßen auf, noch sind es Prozesse, die ausschließlich in ruralen Gebieten stattfinden. Die Konzentration demokratischer Bewegungen und linker Politiken auf urbane Zentren und das Scheitern ländlicher Reformprogramme, die auf gleiche Lebensbedingungen abzielten, haben jedoch zu sogenannten «vergessenen Räumen» geführt. Die ungleiche Entwicklung zwischen Stadt und Land, aber auch innerhalb von ländlichen Regionen nährt Gefühle der Benachteiligung und der ungerechten Behandlung. Diese wurden durch die Verschärfung der schwierigen ökonomischen Lage während der globalen Finanzkrise 2008 und die Austeritätspolitik der EU noch verstärkt. Edelman (2018) wirft Wissenschaft und Medien vor, die menschlichen Tragödien, die Krise und Austeritätspolitik hervorriefen, unterschätzt zu haben.

Dennoch rechtfertigt wirtschaftlicher und sozialer Verfall von bestimmten Regionen und Kommunen nicht das Aufkommen nationalistischer, rassistischer oder homophober Haltungen oder Handlungen. Gleichzeitig sollte einer Stigmatisierung ländlicher Räume als Orte rechten Gedankenguts entgegengewirkt werden (ebd.). Denn zum einen hat die urbane Ausrichtung wei-

ter Teile der Linken die Wahlerfolge rechter Parteien befördert, zum anderen darf nicht übersehen werden, dass ländliche Räume auch Orte der Alternativen und des Widerstands gegen die Ausbeutung im Kapitalismus, gegen globale Eliten und gegen den autoritären Populismus sind (Roman-Alcalá et al. 2018).

Beispielstudie: Die ländlichen Wurzeln der Würde: republikanische und reaktionäre Einstellungen im ländlichen Spanien

Franquesa beschäftigt sich mit Spanien, in dem es im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten bis zu den letzten Wahlen lange Zeit kein Erstarken einer rechtspopulistischen Partei zu verzeichnen gab. Er sieht die Gründe für diese Resistenz vor allem im Engagement demokratischer oder republikanischer Bewegungen. Allerdings verweist Franquesa darauf, dass diese Bewegungen nur wenig Einfluss in ländlichen Räumen besitzen, was auch daran liegt, dass sie sich als urbane Bewegungen verstehen. So sind Symbole, Rhetorik, Stil und Agenden von Anti-Austeritäts-Bewegungen urban geprägt. Ländliche Räume fielen hingegen in erster Linie durch eine Nichtpräsenz in politischen Diskursen auf. Der Autor spricht daher von einer «Unsichtbarkeit» ländlicher Räume in politischen und medialen Diskursen, gerade in Bezug auf die Auswirkungen der Finanzkrise. Er sieht darin die Gefahr der Förderung eines erstarken Rechtspopulismus in ländlichen Räumen. Diese sind seit den 1950er Jahren von Abwanderung betroffen und werden häufig als das «leere Spanien» bezeichnet. Franquesa hält die räumliche Trennung von städtischer und ländlicher Politik für gefährlich. Zum einen würde dadurch die Reichweite emanzipatorischer Bewegungen beschränkt, zum anderen komme es zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen in ländlichen Räumen, was wiederum problematische politische Effekte nach sich ziehen kann.

Quelle: Franquesa, Jaume (2018): The rural roots of dignity: Republican and reactionary specters in rural Spain, Beitrag auf der Konferenz «Authoritarian Populism and the Rural World», Den Haag, 17.–18. März 2018.

3.4.4 Schlussfolgerungen

Zum Verständnis der Machtverhältnisse in ländlichen Räumen sind drei Aspekte von besonderer Bedeutung.

- *Maßstabsebenen politischer Steuerung*: Ländliche Entwicklung wird von unterschiedlichen Akteuren, die auf verschiedenen politischen Ebenen (global, supranational, national, regional und lokal) aktiv sind, beeinflusst. In den letzten Jahrzehnten hat sich die politische Steuerung ländlicher Räume weg von Top-down-Ansätzen hin zu stärker dezentralisierten und partizipativen Steuerungsformen verschoben.
- *Endogene Entwicklung*: Mit der Strategie der endogenen Entwicklung sollen Netzwerke in ländlichen Räumen gestärkt und lokal verfügbare Entwicklungspotenziale genutzt werden. Problematisch ist dabei, dass die Verantwortung für die Entwicklung vor Ort auf Regionen und Kommunen verlagert wird, während wesentliche Entscheidungskompetenzen auf den übergeordneten Ebenen verbleiben. Zudem kann die Förderung endogener Entwicklung den Wettbewerb zwischen den Regionen und damit regionale Disparitäten verstärken.
- *Populismus*: Die Erfolge rechtspopulistischer Bewegungen sind nicht auf ländliche Räume beschränkt, haben dort aber eine besondere Dynamik. Wirtschaftliche Entwicklungen, die Extraktion von Ressourcen, die Abwanderung von Arbeitskräften aus ländlichen Räumen sowie weitere ökonomische und demographische Probleme können zu einem Gefühl des Abgehängtseins, der Ohnmacht und der Alternativlosigkeit in ländlichen Räumen beitragen. Diese Wahrnehmung kann von autoritären Populist*innen in rassistische, autoritäre oder homophobe Einstellungen kanalisiert werden. Eine wesentliche Herausforderung für die progressive Linke besteht darin, den bisherigen Fokus auf städtische Räume und deren Bewohner*innen zu überwinden.

4 PERSPEKTIVEN: ALTERNATIVE ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN FÜR LÄNDLICHE RÄUME

Ländliche Räume haben in den vergangenen Jahrzehnten tief greifende Veränderungen durchlaufen. Heute sehen sich ländliche Gemeinschaften einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber: den Auswirkungen des Klimawandels, den Veränderungen ländlicher Gemeinschaften durch Migration und Mobilität, dem Abbau staatlicher Dienstleistungen oder der anhaltenden Kommerzialisierung der Landwirtschaft (Young 2016). Die globale Finanzkrise 2008 und die Austeritätsauflagen innerhalb der EU haben zu einer Verschärfung sozialer Spaltungen geführt und äußern sich unter anderem in einem erheblichen Stimmengewinn rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen (van Sant 2018; siehe Kapitel 3.4.2).

An die Analyse der aktuellen Herausforderungen für ländliche Räume schließt die Frage an, was Alternativen zur Lösung der beschriebenen Probleme ländlicher Entwicklung wären. Die kritische Forschung zu ländlichen Räumen liefert hierzu – häufig inspiriert von einer kritischen Stadtforschung – Anregungen für Utopien, Leitbilder und Ansätze, die eine Orientierung für eine emanzipatorische Entwicklung ländlicher Räume bieten können. Dieses Kapitel umreißt einige dieser Diskussionen und deren Potenzial für eine kritische Debatte um ländliche Räume. Zunächst stehen Möglichkeiten und Grenzen der Selbstorganisationen in ländlichen Räumen im Fokus (Kapitel 4.1). Anschließend geht es um den Ansatz von Gemeinschaftsgütern (Commons) in ländlichen Kontexten (Kapitel 4.2). Mit den Debatten um einen neuen Munizipalismus (Kapitel 4.3) und das «Recht auf Dorf» (Kapitel 4.4) wird der Versuch unternommen, Konzepte städtischer sozialer Bewegungen auch auf rurale Fragen zu beziehen.

4.1 SELBSTORGANISATION IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Ländliche Räume und ihre Bewohner*innen stehen den oben beschriebenen Veränderungen und Eingriffen nicht nur passiv gegenüber. Ländliche Regionen sind auch Orte des Widerstands und der Versuche, alternative Entwicklungen anzustoßen. Weltweit ist eine Zunahme sozialer Bewegungen in ländlichen Räumen zu beobachten (Larsen 2008). Im Folgenden werden verschiedene Formen ländlichen Widerstands vorgestellt.

Lokale Selbstorganisation

Mit dem Rückbau des Sozialstaates wurden Versorgungseinrichtungen und öffentliche Dienstleitungen in ländlichen Räumen ausgedünnt (Halhead 2006). Die entstandenen Lücken werden teilweise durch das Engagement der lokalen Bevölkerung geschlossen beziehungsweise streben staatliche Akteure an, dass ehrenamtliche Strukturen bislang öffentliche Infrastruktur ersetzen sollen (Woods 2006). Dies reicht von der

Gründung von Gemeindezentren, dem Erhalt von Dorfläden über den ehrenamtlichen Betrieb von Schwimmbädern bis hin zur Einrichtung von Bürgerbussen.

In der Literatur wird die Reichweite solcher Ansätze lokaler Selbstorganisation breit diskutiert: Die Selbstorganisation wird oft in Zusammenhang mit dem Begriff der Resilienz und der Anpassungsfähigkeit ländlicher Gemeinschaften genannt (Young 2016; siehe Kapitel 3.3.2). Ländliche Räume und Gemeinschaften, die einen positiven Umgang mit den starken Veränderungen entwickeln konnten, beispielsweise mithilfe von lokaler Selbstorganisation, oder denen eine eigenständige Stärkung der Ökonomie gelingt, etwa durch die Vermarktung von touristischen Attraktionen, gelten als resilient und anpassungsfähig (Young 2016). Soziales Kapital in Form von Wissen oder lokalen Netzwerken wird dabei als besonders bedeutend für eine starke Resilienz bewertet (Halhead 2006).

Das Konzept der Resilienz und die Ermutigung ländlicher Gemeinden, zum Mittel der lokalen Selbstorganisation zu greifen, stehen aber auch in der Kritik. Zum einen ist der Ansatz mit neoliberalen Argumentationslinien kompatibel (Young 2016). Mit der Übernahme der Verantwortung für die eigene Entwicklung nimmt der Ansatz den Staat, der eigentlich für die Schaffung räumlicher Chancengleichheit zuständig ist, aus der Verantwortung (Bristow/Healy 2014). Vielmehr liegt die Verbesserung oder Verschlechterung der lokalen Lebensverhältnisse nach diesem Ansatz allein bei den lokalen Gemeinschaften (Young 2016).

Gleichzeitig bietet lokale Selbstorganisation aber auch eine Möglichkeit, das Gefühl der Ohnmacht lokaler Akteure zu überwinden und bestehende und weitere entstehende Lücken im lokalen Versorgungsnetz zu schließen (Woods 2006). Seit den 1970er Jahren ist zudem zu beobachten, dass sich ländliche soziale Bewegungen und politische Aktionsgruppen zu EU-weiten Netzwerken und Bündnissen zusammenschließen (Halhead 2006). Die entstehenden Plattformen sind zum einen Orte des Austauschs über auftretende Probleme, Erfahrungen und Lösungsansätze, zum anderen aber auch ein Instrument, um auf nationalstaatlicher und zunehmend auch auf EU-Ebene an Einfluss zu gewinnen und eine Stimme zu erheben, die eine Auseinandersetzung mit ländlichen Entwicklungen einfordert (ebd.).

Soziale Bewegungen

Es ist nicht nur ein Anstieg lokaler Selbstorganisation zu verzeichnen, die in erster Linie eine unmittelbare Verbesserung der lokalen, meist eigenen Lebenssituation durch eine veränderte Alltagspraxis zum Ziel hat. Es werden auch zunehmend soziale Bewegungen in ländlichen Räumen aktiv (Woods 2016). Diese Bewegungen sind zumeist politisch motiviert und streben ei-

nen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel an. So formieren sich linke Gegenbewegungen wie etwa die Redneck-Revolte in den USA, die sich gezielt in ländlichen Räumen für Solidarität und gegen eine Stigmatisierung ländlicher Räume als konservative oder rechte Orte einsetzt (van Sant 2018). Auf der anderen Seite nutzen rechte Bewegungen die Diskurse um ländliche Räume als «weiße» Orte und instrumentalisieren die Unzufriedenheit von Teilen der ländlichen Bevölkerungen (siehe Kapitel 3.4.3).

Häufiger erheben die Protestierenden aber keine allgemeinen politischen Forderungen, sondern der Widerstand der Bevölkerung konzentriert sich auf konkrete lokale Ereignisse wie den Bau von Schnellstraßen, Flughäfen oder den Abbau von Rohstoffen (Woods 2016). Dabei werden lokale Akteure je nach Ziel des Protestes auch von (inter-)nationalen NGOs wie etwa Umweltorganisationen unterstützt (Larsen 2008). Oft kommt in den Protesten keine grundlegende Ablehnung eines Bauvorhabens zum Ausdruck, sondern sie sind verursacht durch die eigene unmittelbare Betroffenheit (Reed 2008). Woods (2016) bemerkt dazu, dass es bei den Formen und Themen ländlicher Proteste und sozialer Bewegungen Unterschiede zwischen Globalem Süden und Globalem Norden gebe. So übten ländliche Bewegungen und Proteste im Globalen Süden oft explizit Kritik an den Folgen der Globalisierung und sahen darin den Ursprung lokaler Probleme. Sie verknüpften so lokale Ereignisse explizit mit allgemeinpolitischen Forderungen. Während diese Proteste oft in transnationale solidarische Netzwerke eingebunden seien, seien ländliche Proteste im Globalen Norden seltener international vernetzt. Auch die Ursprünge der Unzufriedenheit werden hier weniger mit einem Machtzuwachs transnationaler Konzerne und einer neoliberalen Politik in Verbindung gebracht.

Reed (2008) stellt die Frage, ob alle Proteste auf dem Land im Globalen Norden als soziale Bewegungen zu bewerten sind, da hier zum Teil reaktionäre Forderungen formuliert würden, die darauf abzielten, bestimmte Privilegien lokaler Eliten zu erhalten. Als Beispiel nennt er die Demonstrationen zwischen 1997 und 2004 gegen ein Verbot von Hetzjagden in England.

Aussteiger*innen in ländlichen Räumen

Eine weitere Form des Widerstands sieht Halfacree (2007) im «Aussteigen» aus dem kapitalistischen (urbanen) Alltagsleben in Form von kollektiven Wohn- und meist auch Arbeitsgemeinschaften auf dem Land. Diese können politisch rechts- wie auch linksgerichtet sein, aber auch ökologische oder religiöse Beweggründe haben (Woods 2011a). Hier manifestiert sich der Widerstand gegen Globalisierung und Kapitalismus in Alltagspraktiken und im Aufbau alternativer Strukturen in ruralen Kontexten (Wilbur 2013). Durch die Möglichkeit, das eigene Territorium zu kontrollieren, auf dem der Alltag nach gemeinschaftlichen Vorstellungen gestaltet werden kann, definieren diese Grup-

pen das «ländliche Idyll» nach ganz eigenen, oft antikapitalistischen und solidarischen Grundsätzen (Woods 2011a) – oder wie im Fall von rechten Aussteiger*innen im Sinne reaktionärer Ideologien.

Kleinbäuerliche Landwirtschaft

Im Globalen Norden ist das Aussteigertum oft auch mit der Entwicklung einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft verbunden. Der Anbau von Lebensmitteln schafft eine gewisse Unabhängigkeit von internationalen Märkten und verhindert die Unterstützung von bewussten oder unbewussten Ausbeutungsstrukturen durch den eigenen Konsum (Calvário et al. 2018).

Das Modell der solidarischen Landwirtschaft ist ein mittlerweile weltweit verbreitetes Konzept von kleinbäuerlichen Betrieben. Dabei schließen sich lokale Produzent*innen und Konsument*innen von Lebensmitteln zu einer solidarischen Interessengemeinschaft zusammen. Durch einen fest vereinbarten monatlichen Betrag wird der Lebensunterhalt der Kleinbäuer*innen gesichert. Die Verbraucher*innen werden regelmäßig mit lokal angebauten und erzeugten Produkten versorgt und sind an Entscheidungsprozessen sowie in Erntezeiten auch an der Erzeugung beteiligt. Netzwerke der solidarischen Landwirtschaft sind nicht nur Ausdruck von Widerstand, sondern bieten auch eine nicht-kapitalistische Alternative für Konsument*innen und Produzent*innen (Hinrichs 2000).

Im Globalen Süden haben die Veränderungen der Landwirtschaft zur Entstehung transnationaler landwirtschaftlicher Bewegungen geführt (Edelman/Borras 2016). Das wohl bekannteste und erfolgreichste Beispiel ist La Via Campesina, eine Bewegung von Kleinbäuer*innen und Landlosen (Desmarais 2008). Die Bewegung ist ein transnationales Netzwerk, das sich mit dem Ziel der Ernährungssouveränität (siehe Kapitel 2.2) auf verschiedenen Ebenen nicht nur für eine andere Landwirtschaft, sondern für eine gerechtere Gesellschaft weltweit einsetzt (ebd.).

4.2 GEMEINSCHAFTSGÜTER UND LÄNDLICHE RÄUME

Der Begriff Gemeinschaftsgüter, häufig auch als Allmende oder Commons bezeichnet, hat eine lange Geschichte. Ursprünglich ein auf ländliche Kontexte bezogenes Konzept, wird es heute in den kritischen Sozialwissenschaften zunehmend auf urbane Räume angewandt. Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Forderung, das Konzept der Allmende wieder stärker für ländliche Räume zu denken. Wie diese Studie zeigt, besteht ein steigender Bedarf an einer nachhaltigen und sozialen, gemeinschaftlich organisierten Verwaltung lokaler Ressourcen gerade auch in ländlichen Räumen (Sumner 2005). Das Konzept der Commons kann dafür wichtige Ansatzpunkte liefern. Im Folgenden wird der Begriff der Gemeinschaftsgüter zunächst definiert. Das Kapitel schließt mit einer Betrachtung des Konzepts der urbanen Commons und zeigt mögliche Anschlüsse für ländliche Räume auf.

Was sind Gemeinschaftsgüter?

Im Jahr 1968 veröffentlichte Hardin (1968) seinen viel zitierten Artikel zur «Tragödie der Allmende». Darin bezieht sich der Ökologe auf das Problem einer wachsenden Bevölkerung und der Verknappung der Ressourcen. Er nutzt dafür das Beispiel von Weideland, das gemeinschaftlich von Rinderhirt*innen genutzt wird. Hardin veranschaulicht, dass alle immer mehr Rinder kaufen wollen. Denn durch die Anschaffung von mehr Tieren kann der persönliche Gewinn maximiert werden. Die ökologischen Kosten der steigenden Rinderzahl auf der Weidefläche, nämlich die allmähliche Übernutzung des Bodens, tragen jedoch alle Beteiligten gemeinsam (Ostrom et al. 2002). Mit diesem Beispiel liefert Hardin ein Argument für die Notwendigkeit des Schutzes natürlicher Ressourcen, weil diese andernfalls übernutzt würden (Harvey 2012).

Gemeinschaftsgüter bezeichnen demnach die gemeinsam organisierte Nutzung einer Ressource durch eine Gemeinschaft und stehen der Organisationsform des Privat- oder Staatseigentums entgegen. Als traditionelle Gemeinschaftsgüter werden natürliche Ressourcen bezeichnet wie im Beispiel von Hardin die gemeinsame Nutzung von Weideflächen oder Trinkwasserquellen, aber auch Wälder zur Gewinnung von Baumaterialien und Feuerholz oder gemeinschaftlich genutzte Fischgründe (Dellenbaugh et al. 2015). In aktuellen sozialwissenschaftlichen Debatten werden als weitere Beispiele Erbgut, die Atmosphäre oder Wikipedia genannt. Unter dem Begriff der neuen Allmende versteht Hess (2008) bestimmte Arten gemeinsamer Organisation und Kontrolle bei der Schaffung und Nutzung von etwa wissenschaftlichem Wissen oder Gemeinschaftsgärten.

Voraussetzungen für Gemeinschaftsgüter ist das Vorhandensein einer Ressource, dabei kann es sich sowohl um materielle Ressourcen handeln als auch um kulturelle oder soziale, wie beispielsweise lokales Wissen. Die zweite Voraussetzung ist eine Gruppe, die das sogenannte Commoning betreibt, also eine gemeinsame Praxis der Nutzung und Pflege der Ressource entwickelt. Als dritte Voraussetzungen werden Institutionen genannt. Als Institutionen werden sowohl der Prozess der gemeinschaftlichen Nutzung verstanden als auch gemeinsame Regeln, die dieser Nutzung zugrunde liegen (Dellenbaugh et al. 2015). Gemeinschaftsgüter bestehen also nicht einfach, sondern werden durch gesellschaftliche Prozesse geschaffen (Velicu/García-López 2018).

Die Genese der Commons

Die Geschichte der Commons ist ebenso alt wie die Menschheitsgeschichte selbst. Die erste Aufzeichnung rechtlich anerkannter Allmenden wird auf das Jahr 1215 datiert (Linebaugh 2009). In diesem Jahr unterzeichnete König John II. in England die «Magna Carta». Neben den ersten allgemeinen Bürgerrechten garantierte die «Magna Carta» den Landlosen Zugang zu den sogenannten «Common Lands». Die Länderei-

en blieben dabei in Besitz der Aristokratie, diese hatte aber nur in Bezug auf ausgewählte Bereiche, etwa das Jagdrecht, Bestimmungsgewalt. Ansonsten waren sie verpflichtet, Landlosen Zugang zu den Ressourcen zu garantieren, die ihr Überleben sicherten. Weiterhin wurde einmal im Jahr das Gemeinschaftsland abgeschritten und wurden errichtete Zäune und Mauern niedergerissen, um den Charakter des Gemeinguts weiterhin zu garantieren (Kratzwald 2015). Mit der Industrialisierung, der die Privatisierung von Land und die Vertreibung von Subsistenzlandwirt*innen von den Allmende-Flächen vorausging, begannen bis heute andauernde Prozesse der Verdrängung von Menschen von ihren Gemeingütern (ebd.).

Als Antwort auf die eingangs erläuterte Arbeit von Hardin veröffentlicht Ostrom (1990) das Buch «Die Verfassung der Allmende». Darin beschäftigt sie sich mit verschiedenen Beispielen von Gemeinschaftsgütern weltweit. Sie hoffte, eine Antwort darauf zu finden, warum einige Ressourcen als Allmende über Jahrzehnte und Jahrhunderte bestehen, andere aber durch eine gemeinschaftliche Verwaltung Übernutzung erfahren. Ostrom sieht die Lösung, für die sie 2009 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt, in der Art und Weise, wie die Verwaltung der Gemeinschaftsgüter organisiert wird. Dafür entwickelte sie Leitlinien, die eine erfolgreiche Verwaltung von Gemeinschaftsgütern garantieren sollen. Dazu zählt unter anderem die Beteiligung aller, die die Allmende nutzen, an der Entwicklung der Organisationsstruktur und an den Entscheidungsprozessen. Des Weiteren sei es notwendig, Instrumente zu schaffen, um die Einhaltung gemeinsam aufgestellter Regeln zu kontrollieren und Verstöße gegebenenfalls zu sanktionieren (Dellenbaugh et al. 2015).

Aus Ostroms detaillierten Beschreibungen und Vorschlägen lassen sich Prozesse und Organisationsformen ableiten, die zu einer nachhaltigen gemeinschaftlichen Nutzung lokaler Ressourcen führen können. Ostroms Beispiele und die daraus abgeleiteten Grundsätze für die Organisation der Allmende beziehen sich jedoch nur auf die lokale Ebene. So wird in ihren Beispielen eine maximale Anzahl von 15.000 Involvierten genannt (Harvey 2012). Schon in dieser Größenordnung beschreibt Ostrom die Organisation als zunehmend schwierig, da persönliche Kontakte und Absprachen mit steigender Anzahl der Beteiligten komplizierter werden und auch die Partizipationsbereitschaft des Einzelnen abnimmt (Ostrom 2010).

Wie sollen also Commons wie etwa die globale Atmosphäre sinnvoll verwaltet werden? Wie kann der Klimaschutz nach dem Konzept der Allmende organisiert werden? Diese Fragen stellen die Allmende-Forschung vor eine große Herausforderung. Während Autor*innen wie Ostrom (2010) auf ein polymeres Netzwerk lokaler Organisation verweisen, das sich aus den lokalen Gruppen ergeben werde, sieht Bookchin (1992) die Antwort in einer konföderalen Organisationsform im Sinne des libertären Kommunalismus (siehe Kapitel 4.3). Harvey (2012) hingegen spricht sich

dafür aus, dass die Organisationsform, sobald sie die lokale Ebene übersteige, durch eine hierarchisch aufgebaute, höhere Autorität geregelt werden müsse.

Urbane Commons in ländlichen Räumen?

Der Begriff der Gemeinschaftsgüter hat in den letzten zehn Jahren in der kritischen Humangeographie eine große Popularität erfahren (Dellenbaugh et al. 2015). Das Konzept der urbanen Commons beschäftigt sich nicht mit traditionellen Allmenden in ländlichen Räumen. Vielmehr begannen Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, das Konzept der Commons als Gegenentwurf zu einer zunehmenden Neoliberalisierung in den Städten zu nutzen (Junior 2017). Urbane Commons beschreiben dabei keine klar definierbare Anzahl materieller Ressourcen. Vielmehr verweist die Debatte darauf, dass es notwendig ist, sich in den Städten Räume und Ressourcen aktiv anzueignen (Dellenbaugh et al. 2015).

Die Forderungen der Urban-Commons-Bewegung sind eng mit Lefebvres (2003) Konzept des «Rechts auf Stadt» verknüpft (Junior 2017). Demnach bestehen Städte nicht nur aus gebauter Umwelt, sondern gewinnen ihre Menschlichkeit, ihren Charakter und damit auch ihre Attraktivität erst durch alltägliche kreative Handlungen (Dellenbaugh et al. 2015). Lefebvre leitet daraus einen auch auf ländliche Räume übertragbaren Anspruch auf öffentliche Güter und Räume ab, die es vor der Kommerzialisierung durch den Neoliberalismus zu schützen gilt. So werden öffentliche Räume beispielsweise zu Commons, wenn sich Menschen diese Orte aneignen, um ihre politischen Meinungen und Sichtweisen auszudrücken (Harvey 2012). Zum Commoning braucht es dabei keinen klar definierten Prozess. Voraussetzung für eine Allmende ist jedoch der kollektive Nutzen der Aneignung ebenso wie ein wirksamer Schutz vor einer Kommodifizierung der Resource (ebd.).

Die aktuelle Debatte um die Commons, mit einem Fokus auf soziale Bewegungen und der Möglichkeiten der Organisation als Allmende, über die Verwaltung natürlicher Ressourcen hinaus bietet auch für ländliche Räume große Potenziale, so etwa in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, alternative Bildungsangebote und beim Kampf gegen die «Neoliberalisierung» anderer Aspekte des alltäglichen Lebens. Einige der Probleme beim Aufbau urbaner Commons (Dellenbaugh et al. 2015) wie die Anonymität entfallen dabei in ländlichen Räumen. Die meist geringe Anzahl lokal Beteiligter und der beständige Charakter ländlicher Gemeinschaften bieten beste Voraussetzungen für den Aufbau von gemeinschaftlichen Organisationsstrukturen zur Verwaltung traditioneller wie neuer Allmenden.

4.3 LIBERTÄRER UND NEUER MUNIZIPALISMUS

Wie im vorangegangenen Kapitel zu den Allmenden beschrieben, verlangt die lokale Organisation des gemeinschaftlichen Lebens nach bestimmten Organisati-

onsstrukturen. Wie die Selbstorganisation von lokalen Gemeinschaften aussehen kann, ist in der Commons-Forschung umstritten (Harvey 2012). Dieses Kapitel beschäftigt sich mit dem Ansatz des neuen Munizipalismus, angelehnt an den libertären Munizipalismus, der durch den US-amerikanischen Anarchisten Murray Bookchin geprägt wurde.

Das Ziel der munizipalistischen Bewegungen ist die Wiederaneignung der öffentlichen Sphäre durch die Übernahme und Demokratisierung lokaler Regierungsstrukturen (Bookchin 1991). Diese lokalen Einheiten sollen sich nach Bookchin auf regionaler und überregionaler Ebene organisieren. Im Folgenden wird zuerst der Ansatz des libertären Munizipalismus nach Murray Bookchin erläutert, danach geht es um den neuen Munizipalismus, wie er von sozialen Bewegungen mittlerweile vielerorts gefordert und praktiziert wird. Abschließend wird diskutiert, welche Bedeutung munizipalistische Ansätze auch für ländliche Räume haben könnten.

Der libertäre Munizipalismus nach Bookchin

Die Idee des Munizipalismus hat eine lange Tradition. Sie ist angelehnt an die Polis im alten Griechenland oder die Form mittelalterlicher Stadtstaaten, die Entscheidungen auf lokaler Ebene trafen. Im Unterschied zu diesen Beispielen sind die Mitglieder der Munizipalisten, also der Gemeinden, jedoch nicht in Schichten oder Klassen unterteilt, sondern nehmen ökonomisch und politisch gleichberechtigt am gemeinsamen Leben teil (Bookchin 1986). Murray Bookchin entwickelte das Konzept des libertären Munizipalismus unter anderem aufbauend auf Schriften der russischen Anarchisten Kropotkin und Bakunin. Er ließ sich dabei auch von munizipalistischen Bewegungen der Vergangenheit inspirieren wie etwa den spanischen Comenros im 16. Jahrhundert, der Bewegung der Städtetreffen Nordamerikas in den 1770er Jahren oder der Pariser Kommune von 1871 (ebd.).

Ziel des libertären Munizipalismus ist die radikale Demokratisierung der Gesellschaft, ausgehend von der lokalen Ebene. Dazu bedarf es nach Bookchin des Aufbaus alternativer lokaler Institutionen. Dafür müssten sich Menschen allerorts zu lokalen sozialen Bewegungen zusammenschließen (Bookchin 1993). Diese Bewegungen seien nicht wie im klassischen Marxismus ausschließlich von Angehörigen der Arbeiterklasse und dem Ziel der Veränderung der Produktionsbedingungen bestimmt. Vielmehr würden diese verschiedene Themen wie Umweltschutz, Wohnungsfragen und andere lokale Probleme aufgreifen (Bookchin 1986). Durch die Einrichtung von Nachbarschaftsgruppen und Volksversammlungen bei gleichzeitiger Beteiligung an den bestehenden lokalen Regierungsstrukturen wie etwa Gemeinde- und Stadträten werde eine Veränderung der Gesellschaft möglich (Bookchin 2015).

Dabei gehe es nicht um eine schlagartige Umgestaltung der Gesellschaft im Rahmen einer Regierungsübernahme durch eine neue Partei (Bookchin 1996).

Bookchin (1991) beschreibt die Veränderungen vielmehr als einen kontinuierlichen Prozess, bei dem die radikal basisdemokratisch organisierten, alternativen Institutionen auf lokaler Ebene die bestehenden staatlichen Regierungsinstitutionen allmählich delegitimieren und ersetzen. Die Entscheidungen würden von lokalen Volksversammlungen nach dem Mehrheitsprinzip getroffen (Bookchin 1993). Nach einer erfolgreichen Übernahme würden Land und Unternehmen in Gemeindebesitz überführt und fortan von den Volksversammlungen verwaltet (Bookchin 2015). Es ist der Versuch, ausgehend von den gegebenen demokratischen Möglichkeiten, eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft herbeizuführen. Diese soll von gesellschaftlicher Selbstverwaltung und Solidarität geprägt sowie auf die Bedürfnisse der lokalen Gemeinschaft ausgerichtet sein (Bookchin 1991).

David Harvey (2012) hält Bookchins Ansatz für überzeugend, weil die Fragilität der Idee des Munizipalismus berücksichtigt werde. So schreibt Bookchin (1991), dass eine demokratische Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene nicht unbedingt zu einer sozialeren und ökologischeren Gesellschaft führen müsse. Die geschaffenen Strukturen, auch wenn sie strukturell demokratisch sind, müssten nicht zwangsläufig sozial und ökologisch sein. Die Chancen auf die Errichtung einer demokratischen, freien Gesellschaft seien im libertären Munizipalismus jedoch deutlich höher (ebd.). Harvey (2012) sieht in den lokalen Autonomiebestrebungen jedoch auch Risiken. So argumentiert er, dass auch der Neoliberalismus die lokale Selbstorganisation der Gesellschaft befürworte. Dies könnte Ungleichheiten zwischen Regionen im Zuge lokaler Autonomien verschärfen, und Orte liefen Gefahr, miteinander in Wettbewerb zu treten. Gemeinschaften, die mit weniger Kapital, sei es monetär, kulturell oder sozial, ausgestattet sind, blieben in einer neoliberalen Logik sich selbst überlassen und würden für ihren ökonomischen Niedergang auch noch selbst verantwortlich gemacht (Hobson et al. 2019; siehe Kapitel 3.4.2). Aus lokaler Autonomie erwachse zwar die Möglichkeit für radikale gesellschaftliche Veränderungen, diese Strategie könne aber auch von rechtspopulistischen Kräften genutzt werden (Harvey 2012). Weiterhin bestehe die Gefahr, dass Strukturen lokaler Selbstverwaltung vorherrschende Klassenverhältnisse reproduzieren (ebd.).

Der Gefahr der Überbetonung der lokalen Ebene und der damit einhergehenden Beschränkung auf lokale Fragen (Purcell 2006) steht die Hoffnung auf eine progressive Politik auf lokaler Ebene gegenüber (Featherstone et al. 2012). Daher beschränkt sich Bookchins Vorschlag nicht allein auf die lokale Selbstverwaltung. So muss beim Engagement in bestehenden Regierungsinstitutionen und bei systemkonformen Forderungen an den Staat immer das größere Ziel einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung präsent bleiben. Auch richtet sich die Vorstellung des libertären Munizipalismus gegen komplett autarke

Städte oder Dörfer (Bookchin 2015). Vielmehr plädiert Bookchin (1996) für eine konföderalistische Verbindung zwischen lokalen Gemeinden, also für eine große Kommune, bestehend aus vielen kleinen Kommunen. Dies habe den Hintergrund, dass nicht alles Benötigte selbst hergestellt werden könne und eine Arbeitsteilung unter den Gemeinden mehr Zeit für politische Arbeit lasse (ebd.). In die Volksversammlungen sollten Personen gewählt werden, die die lokalen Belange in den zu bildenden Konföderationsräten vertreten (Bookchin 1991). Ihre Aufgaben seien dabei in erster Linie administrativer und koordinierender Art (ebd.). Aus den konföderalen Beziehungen entwickle sich ein System, das eine eigenständige Regionalmacht verkörpere (Bookchin 1993). Bookchin (1996) betont, dass die Entscheidungsmacht dabei weiterhin auf der lokalen Ebene liegen müsse. Damit grenzt er sich strikt vom Modell der parlamentarischen Demokratie und damit einhergehenden politischen Repräsentationsformen ab (Bookchin 1991).

Die Idee des Konföderalismus biete die Möglichkeit, Warenaustausch und Dienste zwischen lokalen Munizipalisten zu organisieren. Gleichzeitig sieht Bookchin in den Konföderationsräten eine Institution, die über die Einhaltung der Bürgerrechte und ökologische Grundsätze wache, indem sie zum Beispiel Entscheidungen auf Gemeindeebene, die dagegen verstoßen, sanktioniert (ebd.). Die Organisation der Gesellschaft in libertären Munizipalisten, die durch ein konföderales Netzwerk miteinander verbunden sind, sieht er als einen Weg, den Nationalstaat schrittweise zu überwinden und eine Politik von unten zu stärken (Bookchin 1986).

Bookchin geht jedoch nicht ausführlich darauf ein, wie eine demokratische Organisation der Gesellschaft auf globaler Ebene funktionieren und aussehen soll. So äußert er lediglich, dass die Probleme, die eine fortschreitende Globalisierung mit sich bringe, nicht global, sondern lokal gelöst werden müssten (Bookchin 2015). Dennoch geht Bookchin (1986) davon aus, dass sich der libertäre Munizipalismus nicht nur auf lokaler und regionaler Ebene, sondern letztendlich kontinental verbreiten werde.

Neue soziale Bewegungen, neuer Munizipalismus

Während Bookchin eine Vision für eine künftige Gesellschaft formuliert, wird die Idee des Munizipalismus weltweit bereits praktiziert. Die meisten Bewegungen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen der letzten Jahre verhandeln ihre Ziele unter dem Begriff des neuen Munizipalismus. Im Vergleich zu Bookchin, der sich in seinen Überlegungen immer auf Städte, Kleinstädte und Dörfer bezog, die gleichermaßen von munizipalistischen Bewegungen erobert werden sollten, stehen beim neuen Munizipalismus soziale Bewegungen in urbanen Räumen im Zentrum.

In der Literatur werden Beispiele aus verschiedenen Städten genannt, die oft mit Bezugnahme auf die Pariser Kommune von 1871 erörtert werden. Gerade in

Spanien, beginnend in Barcelona und Madrid, entstanden in den vergangenen Jahren lokale Wahlplattformen aus Bewohnerinitiativen. Diese konnten bei den Gemeinderatswahlen 2015 eine beachtliche Anzahl von Sitzen in den Stadträten gewinnen (Brunner et al. 2017). Autor*innen wie Vollmer (2017) sehen darin eine Form des neuen Munizipalismus, der die Forderungen und Inhalte sowie die basisdemokratische Struktur sozialer Bewegungen in bestehende Regierungsstrukturen einbringt.

Ein neuer Munizipalismus für ländliche Räume?

Auch wenn der Ansatz des Munizipalismus in aktuellen Debatten in erster Linie auf urbane Räume angewandt wird, bietet der libertäre bzw. neue Munizipalismus dennoch wichtige Ansatzpunkte für die Entwicklung ländlicher Räume. Purcell (2006) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Konzentration auf urbane Räume im Kampf um eine demokratischere Gesellschaft nicht zielführend sei. Er fordert daher, sich nicht explizit für mehr Demokratie in den Städten einzusetzen, sondern für eine Demokratisierung der Gesellschaft insgesamt (ebd.).

Seit den 1980er Jahren ist im Globalen Norden die Tendenz zu beobachten, dass ländliche Gemeinden im Zuge von Gebietsreformen zusammengelegt werden (Douglas 2016). Dies geht mit einem erheblichen Demokratieverlust einher, da die Gemeinden größer werden und damit der Abstand zu den gewählten Repräsentant*innen zunimmt (ebd.). Ein libertär-munizipalistischer Ansatz für ländliche Räume könnte also fordern, diese Fusionen rückgängig zu machen. Zwar wurden diese mit dem Argument begründet, damit Kosten und administrativen Aufwand für die Kommunen senken zu können, tatsächlich bedeuteten sie aber einen Verlust lokaler Demokratie und zeitigten häufig keine nennenswerten Einsparungen (Harvey 2012: 81).

Wie auch in Bezug auf die Verwaltung von Gemeinschaftsgütern bieten ländliche Räume mit kleineren lokalen Einheiten und einer überschaubaren Anzahl von Gemeindemitgliedern die Möglichkeit des direkten Kontakts zwischen den Beteiligten. Dieser Kontakt gilt bei Bookchin (1991) als wichtiges Element eines funktionierenden Munizipalismus. Er verweist aber auch auf die Gefahr der Provinzialisierung durch lokale Abschottung. Dies liegt bei ruralen Gemeinden vielleicht näher als bei urbanen Orten. Gleichzeitig macht die fortschreitende Globalisierung eine Autarkie weder erstrebenswert noch ist sie realisierbar (ebd.). Die konföderale Zusammenführung von urbanen und ruralen Munizipalitäten könnte darüber hinaus das bestehende Stadt-Land-Gefälle beseitigen und eine gleichberechtigte demokratische Beziehung zwischen den verschiedenen Gemeinden herstellen (Bookchin 1986). Die Idee des libertären Munizipalismus ist dabei nicht als Blaupause für eine gelingende lokale Vergemeinschaftung zu verstehen. Diese muss schon aufgrund ihres grundlegend lokalen und demokratischen Cha-

rakters von den sozialen Bewegungen selbst und in Abhängigkeit vom jeweiligen lokalen Kontext entwickelt werden (Vollmer 2017).

4.4 VOM «RECHT AUF STADT» ZUM «RECHT AUF DORF»

Wie die Beispiele der urbanen Commons und des neuen Munizipalismus zeigen, konzentriert sich die aktuelle kritische Forschung vor allem auf Städte. Damit wird eine Tradition – auch in der Linken – fortgesetzt, die ländliche Räume als weniger politisch relevant erachtet (Woods 2006). Demgegenüber versucht die wissenschaftliche und aktivistische Debatte um ein «Recht auf Dorf», Ansätze von städtischen sozialen Bewegungen auf ländliche Kontexte zu beziehen. Im Folgenden wird das Konzept kurz vorgestellt und werden mögliche Anwendungen auf ländliche Räume zur Diskussion gestellt.

Das Recht auf Teilhabe und Mitgestaltung

Henri Lefebvre veröffentlichte im Jahr 1968 das Buch «Le droit à la ville» («Recht auf Stadt»), das prägend für zahlreiche wissenschaftliche wie aktivistische Debatten um Teilhabe und Mitbestimmung bei der Gestaltung von Städten ist. Das «Recht auf Stadt» beinhaltet, dass Städte nach den Bedürfnissen ihrer Bewohner*innen gestaltet werden sollen (Purcell 2006). Danach haben alle Menschen das Recht, an Entscheidungen beteiligt zu werden, die ihren Lebensraum betreffen (Barraclough 2013). Daraus leitet Lefebvre das Recht ab, sich diesen Raum unabhängig von bestehenden Besitzrechten anzueignen (ebd.). Auch wenn sich der Titel seines Buches auf Städte bezieht, beschränkt sich Lefebvres Forderung nicht nur auf städtische Räume (Lefebvre 1996). Da er der Stadt keine bestimmten morphologischen Eigenschaften zuschreibt, sondern sie als einen Ort sozialer Beziehungen definiert, kann das Konzept auch auf ländliche Räume angewandt werden. Lefebvre erkennt an, dass sich der Kapitalismus auf ländliche wie städtische Räume gleichermaßen auswirkt. Städte sind für ihn Ausdruck fortschreitender kapitalistischer Entwicklung. Insofern sieht Lefebvre in der kapitalistischen Entwicklung und der damit einhergehenden Expansion urbanen Lebens die Ursache für die Krisen ländlicher Räume (ebd.).

Aktuell werden Städte in der Literatur vermehrt als Orte beschrieben, die besonders vom Neoliberalismus betroffen sind (Hess/Lebuhn 2014). Der Kampf um Mitbestimmung, gegen Privatisierungen und Enteignungen zeigt sich nach Ansicht vieler Autor*innen in urbanen Räumen besonders deutlich (siehe u. a. Harvey 2012). Forschungen zu ländlichen Räumen, die sich mit wirtschaftlichen Veränderungen und sich wandelnden Sozialstrukturen durch Abwanderung, Migration und technische Entwicklungen befassen, zeigen jedoch, dass auch ländliche Räume von den Folgen der Neoliberalisierung betroffen sind (El Nour et al. 2015). Die Forderung nach mehr Mitbestimmung und

mehr Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebensumfelds ist daher für ländliche Räume ebenso relevant wie für Städte.

Das «Recht auf Dorf»

El Nour et al. (2015) betonen mit dem Begriff «Recht auf Dorf» die Gültigkeit von Lefebvres Forderung auch für ländliche Räume. Sie argumentieren, dass Aspekte von Lefebvres Forderungen wie ein Nutzungsrecht des Raums, ein Recht auf Wohnen oder das Recht, an Entscheidungsfindungen beteiligt zu werden, auch für die Bevölkerungen ländlicher Räume gelten müssen (ebd.). Barraclough (2013) hingegen sieht in der Forderung nach Mitbestimmung für ländliche Bevölkerungsgruppen ebenfalls eine Art von «Recht auf Stadt», da die Entscheidungen, die ländliche Räume prägen, meist in den Städten getroffen werden. Daher hat jeder Mensch unabhängig vom Wohnort also ein «Recht auf Stadt». Menschen in ländlichen Räumen hätten das Recht auf ein stabiles Gemeindegewesen, eine funktionierende Ökonomie und auf Schutz vor Umweltzerstörung und wirtschaftlichem Niedergang, der die Bevölkerung zur Abwanderung in die Städte zwingt (ebd.).

Purcell (2006) verweist auf die Gefahr, durch die Forderung nach mehr Autonomie für die Städte eine Hierarchisierung zwischen Städten und ländlichen Räumen zu schaffen. Demokratisierung nur von Städten ausgehend zu denken, könne dazu führen, dass urbane Bevölkerungen aufgrund ihres Wohnsitzes berechtigt werden, Entscheidungen zu treffen, die auch nicht-ur-

bane Bevölkerungen betreffen (ebd.). Das «Recht auf Stadt» sollte also wieder im ursprünglich von Lefebvre gemeinten Sinn als Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung gedeutet werden.

Für ländliche Räume kann die Forderung eines Rechts auf Mitbestimmung vor allem als Ermächtigung verstanden werden (El Nour et al. 2015). So kann das «Recht auf Dorf» lokale Bevölkerungen darin bestärken, an Entscheidungen, die ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen, beteiligt zu werden. Woods (2006) hebt hervor, dass in vielen ländlichen Räumen soziale Bewegungen zunehmend diese Rechte einfordern. Aufgabe linker Politik und Initiativen sollte es sein, auf die strukturellen Ursachen von Marginalisierung und Machtlosigkeit, die viele auf dem Land Lebenden in Bezug auf die Veränderungen des eigenen Lebensumfeldes empfinden, aufmerksam zu machen. Es muss verdeutlicht werden, warum und wie neoliberale Politik für eine Verschlechterung der Lebensumstände in ländlichen Räumen verantwortlich ist.

Die Debatten um Entwürfe für alternative Entwicklungsstrategien ländlicher Räume stehen noch ganz am Anfang – sowohl was ihre grundsätzlichen konzeptionellen Bezüge als auch die Frage nach ihrer politischen Durchsetzungsfähigkeit und institutionellen Verankerung anbelangt. Die Diskussion um mögliche Utopien für ländliche Entwicklung zeigt aber einmal mehr die Notwendigkeit für eine politische Linke, Ansatzpunkte und Leitlinien für eine alternative Landpolitik zu bestimmen.

5 FAZIT: VON DER KRITISCHEN LANDFORSCHUNG ZU EINER ALTERNATIVEN LANDPOLITIK

Die vorliegende Studie stellte zentrale Linien der kritischen Landforschung dar, um zum einen Anregungen für eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den Widersprüchen und Perspektiven ländlicher Entwicklung in der Bundesrepublik zu geben und zum anderen Orientierungspunkte für die Bestimmung einer alternativen Landpolitik. So sind zahlreiche Themen, die in der englischsprachigen Debatte bereits seit einiger Zeit präsent sind, auch für die Situation in der Bundesrepublik außerordentlich relevant.

Dies betrifft erstens die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen in ländlichen Räumen. Der Ausbau von Infrastrukturen erneuerbarer Energien oder von Verkehrswegen sowie die Auswirkungen einer industrialisierten Landwirtschaft sind Themen, die für viele ländliche Regionen in der Bundesrepublik bestimmend sind.

Daran schließt zweitens die Kommodifizierung ländlicher Räume an. Dies betrifft internationale Investitionen in Grund und Boden, aber auch die Inwertsetzung und Veränderung durch touristische Nutzungen.

Drittens dürften mit Fragen einer drohenden Altersarmut auch Exklusionsprozesse vor allem von älteren Menschen in ländlichen Räumen zu einem wichtigen Thema in der Bundesrepublik werden. Dem stehen Prozesse der Aufwertung in landschaftlich attraktiven Regionen und die Herausbildung gentrifizierter Zufluchtsorte für die großstadtmüden Teile der Mittelschichten gegenüber.

Viertens werden auch bundesdeutsche ländliche Räume sozial heterogener. Spätestens durch den Zuzug von Geflüchteten lassen sich diese Regionen nicht mehr nur als «weiße» Orte verstehen. Ein weiteres Feld ist der Wandel von Geschlechterverhältnissen, der auch in der Bundesrepublik nicht vor Stadt-Land-Grenzen haltmacht.

Fünftens verweist die Diskussion der endogenen Entwicklungskonzepte darauf, dass eine alternative Landpolitik bestehende Ansätze kritisch auf ihre gesellschaftlichen Folgen hin überprüfen muss. Zugleich wird gerade anhand des Konzepts der endogenen Entwicklung das Spannungsverhältnis zwischen alternativer Entwicklung von «unten» und neoliberaler Vereinnahmung sehr deutlich.

Sechstens zeigen zahlreiche emanzipatorische Projekte der solidarischen Landwirtschaft, kommunale Initiativen, Festivals etc., dass auch in der Bundesrepublik ländliche Räume Orte sozialer Bewegungen und Orte gesellschaftlicher Veränderungen sein können. Sie sollten nicht Mobilisierungen von rechts überlassen werden.

Dieser Überblick macht deutlich, dass die Entwicklung ländlicher Räume in der Bundesrepublik zahlrei-

che Themen für eine kritische Forschung bereithält. Allerdings muss sich kritische Forschung auch daran messen lassen, ob sie ihrem Anspruch, zu einer Veränderung bestehender Verhältnisse beizutragen, tatsächlich gerecht wird. So weist Blomley (2006) darauf hin, dass Arbeiten, die sich der kritische Geographie zuordnen lassen, häufig eine präzise Analyse der Herrschaftsverhältnisse leisten, es am Ende dann aber bei einem frommen Appell, progressive Alternativen zu entwickeln, belassen, ohne diese zu spezifizieren. Daher stellt sich auch für eine deutschsprachige kritische Landforschung die Aufgabe, Wege zu finden, wie sie zu einer anderen politischen Praxis in ländlichen Räumen beitragen kann.

Aus der vorliegenden Studie, die einen vorläufigen Charakter hat und viele Aspekte nur anreißen konnte, ergeben sich einige weiterführende Überlegungen. Für die konzeptionelle Debatte zu ländlichen Räumen ist dies die Frage, ob eine kritische Theorie ländlicher Räume – analog zur «Critical Urban Theory» – überhaupt möglich und notwendig ist. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie bestehende Ansätze zur Erforschung ungleicher Entwicklung oder etwa zur veränderten Rolle des Staates für Arbeiten nutzbar gemacht werden können, die sich mit Entwicklungen und Perspektiven des ländlichen Raums befassen. Notwendig erscheint uns darüber hinaus eine Diskussion über methodische Herangehensweisen und Forschungsdesigns, die eventuell dem Untersuchungsgegenstand ländliche Räume anzupassen sind.

Für eine alternative Landpolitik wiederum sind etliche Herausforderungen zu nennen. Dazu zählt als eine der wichtigsten die Frage, wie eine Abkehr von einer wettbewerbsorientierten Politik gelingen kann. Weiterhin ist zu prüfen, was Alternativen zu bisherigen Ansätzen, die für räumlich gleichwertige Lebensverhältnisse eintreten, sein könnten. Außerdem muss sich eine alternative Landpolitik in die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Bestimmung dessen, was heutzutage unter gleichwertigen Lebensbedingungen eigentlich zu verstehen ist, einbringen und dieses Feld nicht dem neoliberalen Mainstream überlassen. Hier geht es neben der konkreten Verbesserung von materiellen Lebensumständen und ökologischen Fragen auch um die Stärkung von Vorstellungen und Bildern von Dörfern und Landleben jenseits «romantisierter Idyllen».

Es bleibt damit der Aufruf, ländliche Räume in der kritischen Wissenschaft und in linker Politik mitzudenken und die Debatte um alternative ländliche Entwicklungen weiterzuführen. Was eine kritische Landforschung und eine emanzipatorische Politik in ländlichen Räumen bedeuten, ist dabei immer wieder aufs Neue auszuhandeln.

LITERATUR

A

- Akram-Lodhi, A. H. (2007): Land, markets and neo-liberal enclosure: an agrarian political economy perspective, in: *Third World Quarterly*, 28(8), S. 1437–1456.
- Akram-Lodhi, A. H./Kay, C. (2010): Surveying the agrarian question (part 1): unearthing foundations, exploring diversity, in: *The Journal of Peasant Studies*, 37(1), S. 177–202.
- Altwater, E. (1989): Ecological and economic modalities of time and space, in: *Capitalism Nature Socialism*, 1(3), S. 59–70.
- Ashkenazy, A./Calvão Chebach, T./Knickel, K./Peter, S./Horowitz, B./Offenbach, R. (2018): Operationalising resilience in farms and rural regions – Findings from fourteen case studies, in: *Journal of Rural Studies*, 59, S. 211–221.
- Ashwood, L./MacTavish, K. (2016): Tyranny of the majority and rural environmental injustice. in: *Journal of Rural Studies*, 47, S. 271–277.
- Atkins, P./Bowler, I. (2001): *Food in Society: Economy, Culture, Geography*, London.
- Atterton, J. (2016): Invigorating the New Rural Economy, in: Shucksmith M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 165–180.
- Auclair, E./Vanoni, D. (2002): France, in: Gallent, N./Tewdwr-Jones, M./Shucksmith, M. (Hrsg.): *Housing in the European Countryside: Rural Pressure and Policy in Western Europe*, London u. a., S. 71–85.

B

- Baka, J. (2017): Making Space for Energy: Wasteland Development, Enclosures, and Energy Dispossession, in: *Antipode*, 49(4), S. 977–996.
- Banzhaf, S. (2012): *The Political Economy of Environmental Justice*, Palo Alto.
- Barcus, H. R./Simmons, L. (2013): Ethnic Restructuring in Rural America: Migration and the Changing Faces of Rural Communities in the Great Plains, in: *The Professional Geographer*, 65(1), S. 130–152.
- Barraclough, L. (2013): Is There Also a Right to the Countryside?, in: *Antipode*, 45(5), S. 1047–1049.
- Bauder, H. (2008): Foreign farm workers in Ontario (Canada): Exclusionary discourse in the newsprint media, in: *The Journal of Peasant Studies*, 35(1), S. 100–118.
- Belina, B./Naumann, M./Strüver, A. (Hrsg.) (2014): *Handbuch Kritische Stadtgeographie*, Münster.
- Bell, D. (2006): Variations on the Rural Idyll, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 149–160.
- Bell, M. M./Lloyd, S. E./Vatovec, C. (2010): Activating the Countryside: Rural Power, the Power of the Rural and the Making of Rural Politics, in: *Sociologia Ruralis*, 50(3), S. 205–224.
- Bell, M. M./Osti, G. (2010): Mobilities and Ruralities: An Introduction, in: *Sociologia Ruralis*, 50(3), S. 199–204.
- Bello, W. (2018): Counterrevolution, the countryside and the middle classes: lessons from five countries, in: *The Journal of Peasant Studies*, 45(1), S. 21–58.
- Bernstein, H. (2016): Agrarian political economy and modern world capitalism: the contributions of food regime analysis, in: *The Journal of Peasant Studies*, 43(3), S. 611–647.
- Bickerstaff, K./Agyeman, J. (2009): Assembling Justice Spaces: The Scalar Politics of Environmental Justice in North-East England, in: *Antipode*, 41(4), S. 781–806.
- Bijker, R. A./Haartsen, T./Strijker, D. (2012): Migration to less-popular rural areas in the Netherlands: Exploring the motivations, in: *Journal of Rural Studies*, 28(4), S. 490–498.
- Blomley, N. (2006): Uncritical critical geography?, in: *Progress in Human Geography*, 30(1), S. 87–94.
- Blythe, J./Silver, J./Evans, L./Armitage, D./Bennett, N. J./Moore, M.-L./Brown, K. (2018): The Dark Side of Transformation: Latent Risks in Contemporary Sustainability Discourse, in: *Antipode*, 50(5), S. 1206–1223.
- Bock, B. B. (2016): Social and Economic Equality: A Territorial and Relational Perspective, in: Shucksmith, M./Brown D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 427–432.
- Bookchin, M. (1986): Municipalization: Community Ownership of the Economy, in: *Left Green Perspectives* (2).
- Bookchin, M. (1991): Libertarian Municipalism: An Overview, in: *Left Green Perspectives* (24).
- Bookchin, M. (1992): *Urbanization Without Cities: The Rise and Decline of Citizenship*, Montréal u. a.
- Bookchin, M. (1993): *Remaking Society*, Montréal u. a.
- Bookchin, M. (1996): *From Urbanization to Cities: Toward a New Politics of Citizenship*, London.
- Bookchin, M. (2015): *The Next Revolution: Popular Assemblies and the Promise of Direct Democracy*, London u. a.
- Bosworth, G./Atterton, J. (2012): Entrepreneurial Immigration and Neoendogenous Rural Development, in: *Rural Sociology*, 77(2), S. 254–279.
- Brand, O./Dörhöfer, S./Eser, P. (Hrsg.) (2013): *Die konfliktvolle Konstitution der Region. Kultur, Politik, Ökonomie*, Münster.
- Brandth, B. (2002): Gender Identity in European Family Farming: A Literature Review, in: *Sociologia Ruralis*, 42(3), S. 181–200.
- Brandth, B./Haugen, M. S. (2016): Rural Masculinity, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 412–423.
- Brenner, N./Schmid, C. (2012): Planetary Urbanization, in: Gandy, M. (Hrsg.): *Urban Constellations*, Berlin, S. 10–13.

- Bressey, C. (2009):** Cultural archaeology and historical geographies of the black presence in rural England, in: *Journal of Rural Studies*, 25(4), S. 386–395.
- Bristow, G./Healy, A. (2014):** Regional Resilience: An Agency Perspective, in: *Regional Studies*, 48(5), S. 923–935.
- Brockington, D./Duffy, R. (2010):** Capitalism and Conservation: The Production and Reproduction of Biodiversity Conservation, in: *Antipode*, 42(3), S. 469–484.
- Brunner, C./Kubaczek, N./Mulvaney, K./Raunig, G. (Hrsg.) (2017):** Die neuen Munizipalisten: Soziale Bewegung und die Regierung der Städte, Wien.
- Buscher, B./Sullivan, S./Neves, K./Igoe, J./Brockington, D. (2012):** Towards a synthesized critique of neoliberal biodiversity conservation, in: *Capitalism Nature Socialism*, 23(2), S. 4–30.
- Bye, L. M. (2003):** Masculinity and rurality at play in stories about hunting, in: *Norsk Geografisk Tidsskrift – Norwegian Journal of Geography*, 57(3), S. 145–153.
- C**
- Callewaert, J. (2006):** The Multiple and Competing Conceptions of Environmental Justice, in: Shallcross, T./Robinson, J. (Hrsg.): *Global Citizenship and Environmental Justice*, Amsterdam, S. 21–40.
- Calvário, R./Desmarais, A. A./Azkarraga, J. (2018):** Solidarities from below in the making of an emancipatory rural politics: Insights from food sovereignty struggles in the Basque Country, Vortrag auf der Konferenz «Authoritarian Populism and the Rural World», Den Haag, 17.–18. März 2018.
- Cheshire, L. (2016):** Power and Governance: Empirical Questions and Theoretical Approaches for Rural Studies, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 593–600.
- Cheshire, L./Higgins, V./Lawrence, G. (Hrsg.) (2006):** *Rural Governance: International Perspectives*, London u. a.
- Cloke, P. (1989):** Rural Geography and Political Economy, in: Peet, R./Thrift, N. (Hrsg.): *New Models in Geography*, Bd. 1: The Political-Economy Perspective, London, S. 164–197.
- Cloke, P. (2006):** Rurality and Racialized others: Out of Place in the Countryside?, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 379–387.
- Cortes-Vazquez, J. A. (2017):** The end of the idyll? Post-crisis conservation and amenity migration in natural protected areas, in: *Journal of Rural Studies*, 51, S. 115–124.
- Cramer, K. J. (2016):** The Politics of Resentment: Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker, Chicago u. a.
- Crouch, D. (2006):** Tourism, Consumption and Rurality, in: Cloke, P./Murdoch, J./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 355–364.
- D**
- De Groot, C./Daalhuizen, F. B. C./van Dam, F./Mulder, C. H. (2012):** Once an outsider, always an outsider? The accessibility of the Dutch rural housing market among locals and non-locals, in: *Journal of Rural Studies*, 28(3), S. 302–313.
- De Roest, K./Ferrari, P./Knickel, K. (2018):** Specialisation and economies of scale or diversification and economies of scope? Assessing different agricultural development pathways, in: *Journal of Rural Studies*, 59, S. 222–231.
- Dellenbaugh, M./Schwegmann, M./Kip, M./Bieniok, M./Müller, A. (2015):** Seizing the (Every)Day: Welcome to the Urban Commons!, in: Dellenbaugh, M./Schwegmann, M./Kip, M./Bieniok, M./Müller, A. (Hrsg.): *Urban Commons: Beyond State and Market*, Basel u. a., S. 9–25.
- Desmarais, A. A. (2008):** The power of peasants: Reflections on the meanings of La Via Campesina, in: *Journal of Rural Studies*, 24(2), S. 138–149.
- Deutschlandfunk (2019):** Großdemo für ländliche Regionen, unter: www.tagesschau.de/ausland/spanienlandflucht-101.html (3.5.2019).
- Dixon, J./Richards, C. (2016):** On food security and alternative food networks: understanding and performing food security in the context of urban bias, in: *Agriculture and Human Values*, 33(1), S. 191–202.
- Douglas, D. J. A. (2016):** Power and Politics in the Changing Structures of Rural Local Government, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 601–614.
- Duncan, S. (1989):** What is Locality?, in: Peet, R./Thrift, N./Massey, D. (Hrsg.): *New Models in Geography: The Political-Economy Perspective*, London, S. 453–516.
- DuPuis, E. M. (2006):** Landscapes of Desires?, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 124–132.
- E**
- Edelman, M. (2018):** Sacrifice Zones in Rural and Non-Metro USA: Fertile Soil for Authoritarian Populism, Vortrag auf der Konferenz «Authoritarian Populism and the Rural World», Den Haag, 17.–18. März 2018.
- Edelman, M./Borras, S. M. (2016):** Political Dynamics of Transnational Agrarian Movements, Warwickshire.
- Edelman, M./Wolford, W. (2017):** Introduction: Critical Agrarian Studies in Theory and Practice, in: *Antipode*, 49(4), S. 959–976.
- Edwards, B./Goodwin, M./Pemberton, S./Woods, M. (2001):** Partnerships, Power, and Scale in Rural Governance, in: *Environment and Planning C: Government and Policy*, 19(2), S. 289–310.
- Ekers, M. (2019):** Financiers in the forests on Vancouver Island, British Columbia: On fixes and colonial enclosures, in: *Journal of Agrarian Change*, 19(2), S. 270–294.

- El Nour, S./Gharios, C./Mundy, M./Zurayk, R. (2015): The right to the village? Concept and History in a village of South Lebanon, in: *Spatial Justice*, 7, S. 1–24.
- Eldridge, V. L./Mack, L./Swank, E. (2006): Explaining Comfort with Homosexuality in Rural America, in: *Journal of Homosexuality*, 51(2), S. 39–56.
- Everingham, J.-A. (2016): Transformations of Rural Society and Environments by Extraction of Mineral and Energy Resources, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 272–284.
- Exner, A./Lauk, C./Zittel, W. (2015): Sold Futures? The Global Availability of Metals and Economic Growth at the Peripheries: Distribution and Regulation in a De-growth Perspective, in: *Antipode*, 47(2), S. 342–359.
- F**
- Fairbairn, M./Fox, J./Isakson, S. R./Levien, M./Peluso, N./Razavi, S./Scoones, M./Sivaramakrishnan, K. (2014): Introduction: New directions in agrarian political economy, in: *The Journal of Peasant Studies*, 41(5), S. 653–666.
- Featherstone, D./Ince, A./MacKinnon, D./Strauss, K./Cumbers, A. (2012): Progressive localism and the construction of political alternatives, in: *Transactions of the Institute of British Geographers*, 37(2), S. 177–182.
- Fischer-Tahir, A./Naumann, M. (2013): Peripheralization. The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice, Wiesbaden.
- Forrest, J./Dunn, K. (2013): Cultural diversity, racialisation and the experience of racism in rural Australia: the South Australian case, in: *Journal of Rural Studies*, 30, S. 1–9.
- Foucault, M. (1981): *Archäologie des Wissens*, Frankfurt am Main.
- Franquesa, J. (2018): The rural roots of dignity: Republican and reactionary specters in rural Spain, Vortrag auf der Konferenz «Authoritarian Populism and the Rural World», Den Haag, 17.–18. März 2018.
- Freshwater, D. (2016): Economic Transformations: Understanding the Determinants of Rural Growth, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 99–108.
- Friedmann, H. (1993): The Political Economy of Food: A Global Crisis, in: *New Left Review*, 197, S. 29–57.
- Friedmann, H. (2005): From Colonialism to Green Capitalism: Social Movements and Emergence of Food Regimes, in: Buttell, F. H./McMichael, P. (Hrsg.): *New Directions in the Sociology of Global Development*, Bingley, S. 227–264.
- Friedmann, H./McMichael, P. (1989): Agriculture and the State System: The rise and decline of national agricultures, 1870 to the present, in: *Sociologia Ruralis*, 29(2), S. 93–117.
- Furmankiewicz, M./Macken-Walsh, Á. (2016): Government within governance? Polish rural development partnerships through the lens of functional representation, in: *Journal of Rural Studies*, 46, S. 12–22.
- G**
- Garland, J./Chakraborti, N. (2006): Race, Space and Place: Examining Identity and Cultures of Exclusion in Rural England, in: *Ethnicities*, 6(2), S. 159–177.
- Geisler, C./Kay, D. (2016): Land Use Planning in an Era of Hyper-Security, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 295–312.
- Gertel, J./Sippel, S. R. (2016): The Financialisation of Agriculture and Food, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 215–226.
- Gibson, C. (2009): Geographies of tourism: critical research on capitalism and local livelihoods, in: *Progress in Human Geography*, 33(4), S. 527–534.
- Giménez, E. H./Shattuck, A. (2011): Food crises, food regimes and food movements: rumblings of reform or tides of transformation?, in: *The Journal of Peasant Studies*, 38(1), S. 109–144.
- Gkartzios, M. (2013): «Leaving Athens»: Narratives of counterurbanisation in times of crisis, in: *Journal of Rural Studies*, 32, S. 158–167.
- Gkartzios, M./Ziebarth, A. C. (2016): Housing, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 495–508.
- Goodwin, M. (1998): The governance of rural areas: Some emerging research issues and agendas, in: *Journal of Rural Studies*, 14(1), S. 5–12.
- Gurley, L. (2016): Who's Afraid of Rural Poverty? The Story Behind America's Invisible Poor, in: *American Journal of Economics and Sociology*, 75(3), S. 589–604.
- H**
- Halfacree, K. (1993): Locality and social representation: Space, discourse and alternative definitions of the rural, in: *Journal of Rural Studies*, 9(1), S. 23–37.
- Halfacree, K. (2006): Rural Space: Constructing a Three-Fold Architecture, in: Cloke, P./ Marsden, T./ Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 44–62.
- Halfacree, K. (2007): Trial by space for a «radical rural»: Introducing alternative localities, representations and lives, in: *Journal of Rural Studies*, 23(2), S. 125–141.
- Halhead, V. (2006): Rural Movements in Europe: Scandinavia and the Accession States, in: *Social Policy and Administration*, 40(6), S. 596–611.
- Hall, R. (2013): Diamond Mining in Canada's Northwest Territories: A Colonial Continuity, in: *Antipode*, 45(2), S. 376–393.
- Hall, S. (1980): Popular-democratic vs authoritarian populism: two ways of taking democracy seriously, in: Hunt, A. (Hrsg.): *Marxism and Democracy*, London, S. 157–185.
- Halseth, G. (2016): The Changing Nature of Resource Economies, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 108–119.

- Hardin, G. (1968):** The Tragedy of the Commons, in: *Science* 162(3859), S. 1243–1248.
- Harrison, J. L. (2011):** Pesticide Drift and the Pursuit of Environmental Justice, Cambridge.
- Harvey, D. (1989):** The Condition of Postmodernity: An Enquiry into the Origins of Cultural Change, Oxford.
- Harvey, D. (1996):** Justice, Nature and the Geography of Difference, Cambridge.
- Harvey, D. (2004):** Die Geographie des «neuen» Imperialismus. Akkumulation durch Enteignung, in: Zeller, C. (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster, S. 183–215.
- Harvey, D. (2005):** The New Imperialism, Oxford u. a.
- Harvey, D. (2006):** Spaces of Global Capitalism: A Theory of Uneven Geographical Development: Towards a Theory of Uneven Geographical Development, London u. a.
- Harvey, D. (2012):** Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution, New York.
- Hervik, P. (2018):** Out-trumping economic consequences in populist voting, in: *Economic Anthropology*, 5(1), S. 144–147.
- Hess, C. (2008):** Mapping the New Commons, Rochester.
- Hess, S./Lebuhn, H. (2014):** Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship, in: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 2(3), S. 11–34.
- Hines, J. D. (2012):** The Post-Industrial Regime of Production/Consumption and the Rural Gentrification of the New West Archipelago, in: *Antipode*, 44(1), S. 74–97.
- Hinrichs, C. C. (2000):** Embeddedness and local food systems: notes on two types of direct agricultural market, in: *Journal of Rural Studies*, 16(3), S. 295–303.
- Hobson, J./Lynch, K./Roberts, H./Payne, B. (2019):** Community Ownership of Local Assets: conditions for sustainable success, in: *Journal of Rural Studies*, 65, S. 116–125.
- Hoggart, K. (1990):** Let's do away with rural, in: *Journal of Rural Studies*, 6(3), S. 245–257.
- Holifield, R. (2009):** Actor-Network Theory as a Critical Approach to Environmental Justice: A Case against Synthesis with Urban Political Ecology, in: *Antipode*, 41(4), S. 637–658.
- Hubbard, P. (2005):** «Inappropriate and incongruous»: opposition to asylum centres in the English countryside, in: *Journal of Rural Studies*, 21(1), S. 3–17.
- Hugo, G. (2008):** Immigrant settlement outside of Australia's capital cities, in: *Population, Space and Place*, 14(6), S. 553–571.
- I**
- Ilbery, B. W./Bowler, I. (1998):** From agricultural productivism to post-productivism, in: Ilbery, B. W. (Hrsg.): *The Geography of Rural Change*, Harlow, S. 57–84.
- Iocco, G./Cascio, M. L./Perrotta, M. (2018):** Agriculture and migration in rural southern Italy in the 2010s: new populisms and a new rural mutualism, *Beitrag auf der Konferenz «Authoritarian Populism and the Rural World»*, Den Haag, 17.–18. März 2018.
- J**
- Jadhav, A. (2018):** Was it rural populism? Returning to the country, «catching up», and trying to understand the Trump vote, *Beitrag auf der Konferenz «Authoritarian Populism and the Rural World»*, Den Haag, 17.–18. März 2018.
- Jingzhong, Y./Lu, P. (2011):** Differentiated childhoods: impacts of rural labor migration on left-behind children in China, in: *The Journal of Peasant Studies*, 38(2), S. 355–377.
- Johansen, P. H./Chandler, T. L. (2015):** Mechanisms of power in participatory rural planning, in: *Journal of Rural Studies*, 40, S. 12–20.
- Johnson, K./Lichter, D. (2007):** The Changing Spatial Concentration of America's Rural Poor Population, in: *Rural Sociology*, 73(3), S. 331–358.
- Jonas, A./McCann, E./Thomas, M. (2015):** *Urban Geography. A Critical Introduction*, Chichester.
- Junior, O. A. dos S. (2017):** Urban common space, heterotopia and the right to the city: Reflections on the ideas of Henri Lefebvre and David Harvey, in: *Revista Brasileira de Gestão Urbana*, 6(2), S. 146–157.
- K**
- Kaeß, D. (2018):** Globale Konstellationen. Das Phänomen land grabbing als räumliche (Re-)Dimensionierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, Münster.
- Kale, S. R./Lonsdale, R. E. (1987):** Recent trends in U.S. and Canadian nonmetropolitan manufacturing, in: *Journal of Rural Studies*, 3(1), S. 1–13.
- Kazyak, E. (2012):** Midwest or Lesbian? Gender, Rurality, and Sexuality, in: *Gender & Society*, 26(6), S. 825–848.
- Kelly-Reif, K./Wing, S. (2016):** Urban-rural exploitation: An underappreciated dimension of environmental injustice, in: *Journal of Rural Studies*, 47, S. 350–358.
- Korf, B./Oughton, E. (2006):** Rethinking the European countryside – can we learn from the South?, in: *Journal of Rural Studies*, 22(3), S. 278–289.
- Kousis, M. (1998):** Ecological Marginalization in Rural Areas: Actors, Impacts, Responses, in: *Sociologia Ruralis*, 38(1), S. 86–108.
- Kousis, M. (2000):** Tourism and the environment: a social movements perspective, in: *Annals of Tourism Research*, 27(2), S. 468–489.

- Kratzwald, B. (2015): Urban Commons – Dissident Practices in Emancipatory Spaces, in: Dellenbaugh, M./Schwegmann, M./Kip, M./Bieniok, M./Müller, A. (Hrsg.): *Urban Commons: Beyond State and Market*, Basel u. a., S. 26–41.
- Kroecher, U. (2007): Die Renaissance des Regionalen: Zur Kritik der Regionalisierungseuphorie in Ökonomie und Gesellschaft, Münster.
- Kröger, M. (2016): Spatial Causalities in Resource Rushes: Notes from the Finnish Mining Boom, in: *Journal of Agrarian Change*, 16(4), S. 543–570.
- Krumbein, W./von Frieling, H.-D./Kroecher, U./Sträter, D. (Hrsg.) (2008): *Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum*, Münster.
- L**
- Laoire, C. N./Stockdale, A. (2016): Migration and the Life Course in Rural Settings, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 36–49.
- Lapping, M. B. (2006): Rural Policy and Planning, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 104–122.
- Larsen, S. C. (2008): Place making, grassroots organizing, and rural protest: A case study of Anahim Lake, British Columbia, in: *Journal of Rural Studies*, 24(2), S. 172–181.
- Lawrence, G. (2016): Food Systems and Land: Connections and Contradictions, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 183–192.
- Leap, B. (2017): Survival narratives: Constructing an intersectional masculinity through stories of the rural/urban divide, in: *Journal of Rural Studies*, 55, S. 12–21.
- Leebrick, R. A. (2015): Rural Gentrification and Growing Regional Tourism: New Development in South Central Appalachia, in: Shefner, J. (Hrsg.): *State and Citizens: Accommodation, Facilitation and Resistance to Globalization*, Bd. 34, Bingley, S. 215–234.
- Lefebvre, H. (1991): *The Production of Space*, Oxford.
- Lefebvre, H. (1996): *Writings on Cities*, Hoboken.
- Lefebvre, H. (2003): *The Urban Revolution*, Minneapolis.
- Lewis, J./Kelman, I. (2010): Places, people and perpetuity: Community capacities in ecologies of catastrophe, in: *ACME: An International Journal for Critical Geographies*, 9(2), S. 191–220.
- Linebaugh, P. (2009): *The Magna Carta Manifesto: Liberties and Commons for All*, Berkeley.
- Lipton, M. (1977): *Why Poor People Stay Poor: Urban Bias in World Development*, Cambridge.
- Little, J. (2003): «Riding the Rural Love Train»: Heterosexuality and the Rural Community, in: *Sociologia Ruralis*, 43(4), S. 401–417.
- Little, J. (2006): Gender and Sexuality in Rural Communities, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 366–378.
- Liu, Y./Chen, Y./Long, H. (2010): The process and driving forces of rural hollowing in China under rapid urbanization, in: *Journal of Geographical Sciences*, 20(6), S. 876–888.
- Lobao, L./Stofferahn, C. W. (2008): The community effects of industrialized farming: Social science research and challenges to corporate farming laws, in: *Agriculture and Human Values*, 25(2), S. 219–240.
- Lockie, S./Lawrence, G./Cheshire, L. (2006): Reconfiguring Rural Resource Governance: The Legacy of Neo-Liberalism in Australia, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 29–43.
- Löffler, R./Steinicke, E. (2006): Counterurbanization and Its Socioeconomic Effects in High Mountain Areas of the Sierra Nevada (California/Nevada), in: *Mountain Research and Development*, 26(1), S. 64–71.
- Lyson, T. A. (2006): Global Capital and the Transformation of Rural Communities, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 293–303.
- M**
- MacDonald, K. I. (2005): Global hunting grounds: power, scale and ecology in the negotiation of conservation, in: *Cultural Geographies*, 12(3), S. 259–291.
- Macken-Walsh, Á. (2016): Governance, Partnerships and Power, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 615–625.
- Malin, S. A./DeMaster, K. T. (2016): A devil's bargain: Rural environmental injustices and hydraulic fracturing on Pennsylvania's farms, in: *Journal of Rural Studies*, 47, S. 278–290.
- Marcouiller, D. W./Kim, K.-K./Deller, S. C. (2004): Natural amenities, tourism and income distribution, in: *Annals of Tourism Research*, 31(4), S. 1031–1050.
- Marini, M. B./Mooney, P. (2006): Rural Economies, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 91–103.
- Markard, M. (2005): Wissenschaft, Kritik und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, in: Kaindl, C. (Hrsg.): *Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus*, Marburg, S. 19–30.
- Marx, K./Engels, F. (1972): *Karl Marx und Friedrich Engels Werke*, Bd. 23, Berlin.
- Masterman-Smith, H./Rafferty, J./Dunphy, J./Laird, S. G. (2016): The emerging field of rural environmental justice studies in Australia: Reflections from an environmental community engagement program, in: *Journal of Rural Studies*, 47, S. 359–368.
- McAreavey, R. (2016): Understanding the Association between Rural Ethnicity and Inequalities, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 477–494.

- McAreevey, R./Argent, N. (2018):** New Immigration Destinations (NID) unravelling the challenges and opportunities for migrants and for host communities, in: *Journal of Rural Studies*, 64, S. 148–152.
- McCarthy, J./Thatcher, J. (2019):** Visualizing new political ecologies: A critical data studies analysis of the World Bank's renewable energy resource mapping initiative, in: *Geoforum*, 102, S. 242–254.
- McMichael, P. (2005):** Global Development and the Corporate Food Regime, in: *Buttel, F. H./McMichael, P. (Hrsg.): New Directions in the Sociology of Global Development*, Bingley, S. 265–299.
- McMichael, P. (2009):** A food regime genealogy, in: *The Journal of Peasant Studies*, 36(1), S. 139–169.
- McMichael, P. (2013):** Food Regimes and Agrarian Questions, Warwickshire.
- McVay, L. (2016):** Leadership and Gender, in: *Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 367–378.
- Meletis, Z. A./Campbell, L. M. (2009):** Benevolent and Benign? Using Environmental Justice to Investigate Waste-related Impacts of Ecotourism in Destination Communities, in: *Antipode*, 41(4), S. 741–780.
- Meyer, M. A. (2016):** Climate Change, Environment Hazards and Community Sustainability, in: *Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): Routledge International Handbook of Rural Studies*. Abingdon u. a., S. 335–346.
- Mießner, M. (2017):** Staat – Raum – Ordnung. Zur raumordnungspolitischen Regulation regionaler Disparitäten, Münster.
- Mießner, M./Naumann, M. (Hrsg.) (2019):** Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformation und lokale Herausforderungen, Münster.
- Mikulewicz, M. (2018):** Politicizing vulnerability and adaptation: on the need to democratize local responses to climate impacts in developing countries, in: *Climate and Development*, 10(1), S. 18–34.
- Milbourne, P. (2006):** Rural Housing and Homelessness, in: *Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): The Handbook of Rural Studies*, London, S. 427–444.
- Milbourne, P. (2014):** Poverty, Place, and Rurality: Material and Sociocultural Disconnections, in: *Environment and Planning A: Economy and Space*, 46(3), S. 566–580.
- Milbourne, P. (2016):** Poverty and Welfare in Rural Places, in: *Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 450–461.
- Milbourne, P./Doheny, S. (2012):** Older people and poverty in rural Britain: Material hardships, cultural denials and social inclusions, in: *Journal of Rural Studies*, 28(4), S. 389–397.
- Milbourne, P./Kitchen, L. (2014):** Rural mobilities: Connecting movement and fixity in rural places, in: *Journal of Rural Studies*, 34, S. 326–336.
- Molnar, J. J. (2010):** Climate Change and Societal Response: Livelihoods, Communities, and the Environment, in: *Rural Sociology*, 75(1), S. 1–16.
- Murdoch, J. (1997):** The shifting territory of government: some insights from the Rural White Paper, in: *Area*, 29(2), S. 109–118.
- Murdoch, J./Lowe, P./Ward, N./Marsden, T. (2003):** *The Differentiated Countryside*, London.
- N**
- Nelson, P. B. (2018):** Spatial and temporal scale in comparative approaches to rural gentrification, in: *Dialogues in Human Geography*, 8(1), S. 40–46.
- Noel, A. (1987):** Accumulation, regulation, and social change: an essay on French political economy, in: *International Organization*, 41(2), S. 303–333.
- Nugin, R. (2014):** «I think that they should go. Let them see something.» The context of rural youth's out-migration in post-socialist Estonia, in: *Journal of Rural Studies*, 34, S. 51–64.
- O**
- Øian, H. (2013):** Wilderness tourism and the moralities of commitment: Hunting and angling as modes of engaging with the natures and animals of rural landscapes in Norway, in: *Journal of Rural Studies*, 32, S. 177–185.
- Oßenbrügge, J./Vogelpohl, A. (Hrsg.) (2014):** *Theorien der Stadt- und Raumforschung*. Einführungen, Münster.
- Ostrom, E. (1990):** *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action*, Cambridge u. a.
- Ostrom, E. (2010):** Beyond Markets and States: Polycentric Governance of Complex Economic Systems, in: *The American Economic Review*, 100(3), S. 641–672.
- Ostrom, E./Stonich, S./Weber, E. U./Dietz, T./Dolsak, N./Stern, P. C. (Hrsg.) (2002):** *The Drama of the Commons*, Washington D.C.
- Otero, G. (2013):** The Neoliberal food regime and its crisis: State, Agribusiness Transnational Corporations, and Biotechnology, in: *Antipoda. Revista de Antropología y Arqueología*, 17, S. 49–78.
- Otsuki, K. (2016):** Procedural equity and corporeality: Imagining a just recovery in Fukushima, in: *Journal of Rural Studies*, 47, S. 300–310.
- P**
- Parker, G. (2001):** *Citizenships, Contingency and the Countryside: Rights, Culture, Land and the Environment*, Abingdon u. a.
- Pellow, D. N. (2016a):** Toward a Critical Environmental Justice Studies: Black Lives Matter as an Environmental Justice Challenge, in: *Du Bois Review Social Science Research on Race*, 13(2), S. 221–236.
- Pellow, D. N. (2016b):** Environmental justice and rural studies: A critical conversation and invitation to collaboration, in: *Journal of Rural Studies*, 47, S. 381–386.

- Pellow, D. N./Brulle, R. J. (Hrsg.) (2005): *Power, Justice, and the Environment: A Critical Appraisal of the Environmental Justice Movement*, Cambridge.
- Perkins, H. C. (2006): *Commodification: Re-Resourcing Rural Areas*, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 243–257.
- Petrou, K./Connell, J. (2018): «We don't feel free at all»: temporary ni-Vanuatu workers in the Riverina, Australia, in: *Rural Society*, 27(1), S. 66–79.
- Phillips, M. (1993): *Rural gentrification and the processes of class colonisation*, in: *Journal of Rural Studies*, 9(2), S. 123–140.
- Phillips, M. (2007): *Changing class complexions on and in the British countryside*, in: *Journal of Rural Studies*, 23(3), S. 283–304.
- Pulido, L. (2017): *Geographies of race and ethnicity II: Environmental racism, racial capitalism and state-sanctioned violence*, in: *Progress in Human Geography*, 41(4), S. 524–533.
- Purcell, M. (2006): *Urban Democracy and the Local Trap*, in: *Urban Studies*, 43(11), S. 1921–1941.
- R**
- Râmniceanu, I./Ackrill, R. (2007): *EU rural development policy in the new member states: Promoting multifunctionality?*, in: *Journal of Rural Studies*, 23(4), S. 416–429.
- Rannikko, P./Salmi, P. (2018): *Towards Neo-Productivism? Finnish Paths in the Use of Forest and Sea*, in: *Sociologia Ruralis*, 58(3), S. 625–643.
- Ray, C. (2006): *Neo-Endogenous Rural Development in the EU*, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 278–291.
- Reed, M. (2008): *The rural arena: The diversity of protest in rural England*, in: *Journal of Rural Studies*, 24(2), S. 209–218.
- Rérat, P. (2014): *The selective migration of young graduates: Which of them return to their rural home region and which do not?*, in: *Journal of Rural Studies*, 35, S. 123–132.
- Robbins, P. (2011): *Political Ecology: A Critical Introduction*, Hoboken.
- Rodríguez-Pose, A. (2018): *The revenge of the places that don't matter (and what to do about it)*, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 11(1), S. 189–209.
- Roman-Alcalá, A./de Wit, M. M./Liebman, A./Chrisman, S. (2018): *The agrarian origins of authoritarian rural populism in the United States: What can we learn from 20th century struggles in California and the Midwest?*, *Beitrag auf der Konferenz «Authoritarian Populism and the Rural World»*, Den Haag, 17.–18. März 2018.
- Rønningen, K. (2016): *Environment and Resources: New and Old Questions for Rural Landscapes*, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 265–272.
- Rønningen, K./Flemsæter, F. (2016): *Multifunctionality, Rural Diversification and the Unsettling of Rural Land Use Systems*, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 312–322.
- Rosvall, P.-Å./Rönnlund, M./Johansson, M. (2018): *Young people's career choices in Swedish rural contexts: Schools' social codes, migration and resources*, in: *Journal of Rural Studies*, 60, S. 43–51.
- Roth, R. J./Dressler, W. (2012): *Market-oriented conservation governance: The particularities of place*, in: *Geoforum*, 43(3), S. 363–366.
- S**
- Schlosberg, D. (2009): *Defining Environmental Justice: Theories, Movements, and Nature*, Oxford.
- Schwarcz, G. (2012): *Ethnicizing poverty through social security provision in rural Hungary*, in: *Journal of Rural Studies*, 28(2), S. 99–107.
- Scoones, I./Edelman, M./Borras, S. M./Hall, R./Wolford, W./White, B. (2018): *Emancipatory rural politics: confronting authoritarian populism*, in: *The Journal of Peasant Studies*, 45(1), S. 1–20.
- Sharma-Wallace, L. (2016): *Toward an environmental justice of the rural-urban interface*, in: *Geoforum*, 77, S. 174–177.
- Sharp, J. S./Agnitsch, K./Ryan, V./Flora, J. (2002): *Social infrastructure and community economic development strategies: the case of self-development and industrial recruitment in rural Iowa*, in: *Journal of Rural Studies*, 18(4), S. 405–417.
- Sherman, J. (2014): *Rural Poverty: The Great Recession, Rising Unemployment, and the Under-Utilized Safety Net*, in: Bailey, C./Jensen, L./Ransom, E. (Hrsg.): *Rural America in a Globalizing World: Problems and Prospects for The 2010's*, Morgantown, S. 523–542.
- Short, B. (2006): *Idyllic Ruralities*, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 133–148.
- Short, C./Clarke, L./Carnelli, F./Uttley, C./Smith, B. (2019): *Capturing the multiple benefits associated with nature-based solutions: Lessons from a natural flood management project in the Cotswolds, UK*, in: *Land Degradation & Development*, 30, S. 242–251.
- Shortall, S. (2016): *Changing Configurations of Gender and Rural Society: Future Directions for Research*, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 349–356.
- Shucksmith, M. (2012): *Class, Power and Inequality in Rural Areas: Beyond Social Exclusion?*, in: *Sociologia Ruralis*, 52(4), S. 377–397.
- Shucksmith, M. (2016): *Social Exclusion in Rural Places*, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 433–459.
- Sibley, D. (2006): *Inclusions/Exclusions in Rural Space*, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 401–410.

- Silva, L./Leal, J. (2015):** Rural tourism and national identity building in contemporary Europe: Evidence from Portugal, in: *Journal of Rural Studies*, 38, S. 109–119.
- Smith, N. (2008):** *Uneven Development: Nature, Capital, and the Production of Space*, Athens.
- Sommerville, M./Magnan, A. (2015):** «Pinstripes on the prairies»: examining the financialization of farming systems in the Canadian prairie provinces, in: *The Journal of Peasant Studies*, 42(1), S. 119–144.
- Spoor, M. (2013):** Multidimensional Social Exclusion and the «Rural-Urban Divide» in Eastern Europe and Central Asia, in: *Sociologia Ruralis*, 53(2), S. 139–157.
- Stenbacka, S./Bygdell, C. (2018):** The cosmopolitan farmer: Ideas and practices beyond travel and internationalisation, in: *Journal of Rural Studies*, 61, S. 63–72.
- Stockdale, A. (2010):** The diverse geographies of rural gentrification in Scotland, in: *Journal of Rural Studies*, 26(1), S. 31–40.
- Sumner, J. (2005):** *Sustainability and the Civil Commons: Rural Communities in the Age of Globalization*, Toronto.
- T**
- Taggart, P. (2002):** Populism and the Pathology of Representative Politics, in: Mény, Y./Surel, Y. (Hrsg.): *Democracies and the Populist Challenge*, London, S. 62–80.
- Tawadros, C. (1989):** Ingrid Pollard: Pastoral interludes, in: *Third Text*, 3(7), S. 41–46.
- Terluin, I. J. (2003):** Differences in economic development in rural regions of advanced countries: an overview and critical analysis of theories, in: *Journal of Rural Studies*, 19(3), S. 327–344.
- Thiede, B. C./Lichter, D. T./Slack, T. (2018):** Working, but poor: The good life in rural America?, in: *Journal of Rural Studies*, 59, S. 183–193.
- Tomaskovic-Devey, D./Roscigno, V. J. (1997):** Uneven Development and Local Inequality in the U. S. South: The Role of Outside Investment, Landed Elites, and Racial Dynamics, in: *Sociological Forum*, 12(4), S. 565–597.
- Townsend, L./Wallace, C./Fairhurst, G./Anderson, A. (2017):** Broadband and the creative industries in rural Scotland, in: *Journal of Rural Studies*, 54, S. 451–458.
- U**
- Ulrich-Schad, J. D./Duncan, C. M. (2018):** People and places left behind: work, culture and politics in the rural United States, in: *The Journal of Peasant Studies*, 45(1), S. 59–79.
- V**
- Van der Ploeg, J. D. (2006):** Agricultural Production in Crisis, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*, London, S. 258–277.
- Van Sant, L. (2018):** A Redneck Revolt? Radical Responses to Trumpism in the Rural US, Beitrag zur Konferenz «Authoritarian Populism and the Rural World», Den Haag, 17.–18. März 2018.
- Velicu, I./García-López, G. (2018):** Thinking the Commons through Ostrom and Butler: Boundedness and Vulnerability, in: *Theory, Culture & Society*, 35(6), S. 55–73.
- Vergunst, J. (2016):** Beyond Production and Consumption, in: Shucksmith, M./Brown, D. L./Argent, N./Bock, B. B./Freshwater, D. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 285–294.
- Vollmer, L. (2017):** Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. Über den Kongress «Fearless-Cities», Barcelona 10./11. Juni 2017, in: *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5(3), S. 147–156.
- Vuin, A./Carson, D. A./Carson, D. B./Garrett, J. (2016):** The role of heritage tourism in attracting «active» in-migrants to «low amenity» rural areas, in: *Rural Society*, 25(2), S. 134–153.
- W**
- Wallerstein, I. (2004):** *World-Systems Analysis: An Introduction*, Durham.
- Webster, N. A. (2017):** Rural-to-rural translocal practices: Thai women entrepreneurs in the Swedish countryside, in: *Journal of Rural Studies*, 56, S. 219–228.
- Weis, T. (2010):** The Accelerating Biophysical Contradictions of Industrial Capitalist Agriculture, in: *Journal of Agrarian Change*, 10(3), S. 315–341.
- Wilbur, A. (2013):** Growing a Radical Ruralism: Back-to-the-Land as Practice and Ideal, in: *Geography Compass*, 7(2), S. 149–160.
- Woods, M. (2006):** Political Articulation: The Modalities of New Critical Politics of Rural Citizenship, in: Cloke, P./Marsden, T./Mooney, P. (Hrsg.): *The Handbook of Rural Studies*. London, S. 457–471.
- Woods, M. (2011a):** *Rural Geography: Processes, Responses and Experiences in Rural Restructuring*, London.
- Woods, M. (2011b):** *Rural*, London.
- Woods, M. (2016):** Confronting Globalisation?, in: Shucksmith M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 626–637.
- Woods, M. (2018):** Precarious rural cosmopolitanism: Negotiating globalization, migration and diversity in Irish small towns, in: *Journal of Rural Studies*, 64, S. 164–176.
- Y**
- Young, N. (2016):** Responding to Rural Change: Adaptation, Resilience and Community Action, in: Shucksmith, M./Brown, D. L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*, Abingdon u. a., S. 638–649.
- Z**
- Zufferey, C./Chung, D. (2015):** «Red dust homelessness»: Housing, home and homelessness in remote Australia, in: *Journal of Rural Studies*, 41, S. 13–22.

